

51. Sitzung

Mittwoch, den 13.04.2011

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Bergner, FDP	4635
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4635
Kemmerich, FDP	4636
Ramelow, DIE LINKE	4636
Siegismund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4636
Gumprecht, CDU	4637
Jung, DIE LINKE	4637
Pelke, SPD	4637

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: "Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 auf Thüringen"	4638
--	------

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2513 -

Lemb, SPD	4638, 4639
Leukefeld, DIE LINKE	4639
Siegismund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4640
Holzappel, CDU	4641, 4642, 4642
Kemmerich, FDP	4642
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4643
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	4644

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: "Erfordernis der Öffentlichkeit der Erörterungstermine zur möglichen Genehmigung der Starkstromtrasse durch den Thüringer Wald"	4645
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 5/2515 -	
Enders, DIE LINKE	4646, 4653
Worm, CDU	4647
Untermann, FDP	4647
Weber, SPD	4648
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4649, 4652
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	4650
c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Zusammenarbeit der Landesregierung mit den Akteuren der Thüringer Wirtschaft“	4654
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 5/2522 -	
Kemmerich, FDP	4654
Hausold, DIE LINKE	4655, 4656
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4656, 4657, 4664
Lemb, SPD	4657
Heym, CDU	4658, 4659, 4660
Recknagel, FDP	4660
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	4660, 4663, 4663, 4663
Barth, FDP	4663
Bergemann, CDU	4665
d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: "Halbzeitbilanz für das Ausbildungsjahr 2011 in Thüringen: Mehr Stellen als Bewerber - Bewertung und Schlussfolgerungen"	4665
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 5/2544 -	
Holzapfel, CDU	4665
Hennig, DIE LINKE	4666
Heym, CDU	4667
Baumann, SPD	4667, 4668, 4668
Kemmerich, FDP	4668, 4669
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4669
Staschewski, Staatssekretär	4670

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: "Gefährdung der Fortführung der Koordinationsstelle 'UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung für Thüringen' des Arbeitskreises Umweltbildung Thüringen (akuTH e.V.)" 4672
 Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
 - Drucksache 5/2554 -

Aussprache

Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4672
Primas, CDU	4673
Kummer, DIE LINKE	4674, 4677
Weber, SPD	4675
Hitzing, FDP	4676
Richwien, Staatssekretär	4677

Fragestunde 4678

a) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Ramelow (DIE LINKE) Spekulationen mit Lebensmitteln in Thüringen 4679
 - Drucksache 5/2468 -

wird von Staatssekretär Richwien beantwortet. Zusatzfragen.

Ramelow, DIE LINKE	4679, 4679, 4679
Richwien, Staatssekretär	4679, 4679, 4680, 4680, 4680
Kummer, DIE LINKE	4680
Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4680

b) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kummer (DIE LINKE) Auswirkungen der Flutung der Wismut-Gruben auf den Gessenbach und die Weiße Elster 4680
 - Drucksache 5/2469 -

wird von Staatssekretär Richwien beantwortet. Zusatzfragen.

Kummer, DIE LINKE	4680, 4681
Richwien, Staatssekretär	4681, 4681, 4682
Siegsmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4682

c) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Sojka (DIE LINKE) Weiterhin Personalmangel an den Grundschulhorten in Gera 4682
 - Drucksache 5/2470 -

wird von Staatssekretär Prof. Dr. Deufel beantwortet. Zusatzfragen.

Sojka, DIE LINKE	4682, 4683, 4683
------------------	------------------

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär 4682, 4683,
4683, 4683
Jung, DIE LINKE 4683

d) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel (DIE LINKE) 4683
Abwahl/Abberufung eines Verbandsvorsitzenden eines kommunalen Zweckverbands
- Drucksache 5/2471 -

wird von Staatssekretär Rieder beantwortet. Zusatzfragen.

Kuschel, DIE LINKE 4683, 4684,
4684
Rieder, Staatssekretär 4684, 4684,
4684, 4685, 4685
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 4684, 4685

e) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Untermann (FDP) 4685
Umstufung von Landesstraßen
- Drucksache 5/2499 -

wird von Staatssekretärin Dr. Eich-Born beantwortet. Zusatzfragen.

Untermann, FDP 4685, 4686
Dr. Eich-Born, Staatssekretärin 4685, 4686,
4686, 4686
Dr. Lukin, DIE LINKE 4686
Bergner, FDP 4686

f) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Lukin (DIE LINKE) 4686
Überarbeitung des Betriebskonzepts für den Flughafen Erfurt-Weimar
- Drucksache 5/2506 -

wird von Staatssekretärin Dr. Eich-Born beantwortet. Zusatzfrage.

Dr. Lukin, DIE LINKE 4686, 4687
Dr. Eich-Born, Staatssekretärin 4687, 4687

g) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kowalleck (CDU) 4687
Abstufung einer Teilstrecke der Landesstraße Nr. 1100 im Raum Drognitz-Altenbeuthen
- Drucksache 5/2507 -

wird von Staatssekretärin Dr. Eich-Born beantwortet.

Kowalleck, CDU 4687
Dr. Eich-Born, Staatssekretärin 4688

h) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Rothe-Beinlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 4689
Aufhebung der Residenzpflicht
- Drucksache 5/2520 -

wird von Staatssekretär Rieder beantwortet. Zusatzfragen.

Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 4689, 4689,
4690
Rieder, Staatssekretär 4689, 4689,
4690, 4690

Berninger, DIE LINKE 4690

i) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten König (DIE LINKE) 4690
Mögliche Kriminalisierung des Landesjugendausschusses des DGB Thüringen
- Drucksache 5/2521 -

wird von Staatssekretär Rieder beantwortet. Zusatzfragen.

König, DIE LINKE 4690, 4691,
4692

Rieder, Staatssekretär 4691, 4691,

Blechschildt, DIE LINKE

4691, 4692, 4692
4691, 4692

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Grob, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Primas, Reinholz, Scherer, Schröter, Tasch, Dr. Voigt, Walsmann, Wetzels, Worm, Dr. Zeh

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Enders, Hauboldt, Hausold, Hellmann, Hennig, Jung, Dr. Kaschuba, Keller, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Dr. Lukin, Ramelow, Renner, Sedlacik, Sojka, Stange

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Gentzel, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Lemb, Marx, Matschie, Metz, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Recknagel, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Matschie, Carius, Geibert, Machnig, Dr. Poppenhäger, Reinholz, Taubert, Dr. Voß, Walsmann

Beginn: 14.01 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüÙe die Zuschauer auf der Besuchertribüne sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Als Schriftführer hat neben mir Platz genommen der Herr Abgeordnete Kowalleck, die Rednerliste führt der Herr Abgeordnete Recknagel.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: der Abgeordnete Mohring, der Abgeordnete Huster, der Abgeordnete Fiedler, der Abgeordnete Günther, der Abgeordnete Dr. Hartung, die Frau Abgeordnete Schubert, die Frau Abgeordnete Wolf, der Herr Abgeordnete Wucherpfennig und der Herr Minister Reinholz zeitweise.

Gestatten Sie mir folgende allgemeine Hinweise: Die UNICEF Arbeitsgruppe Erfurt wird morgen traditionell ihre Oster- und Grußkarten zugunsten der Kinderhilfsorganisation zum Kauf anbieten. Der Verkauf findet am Infostand vor dem Landtagsrestaurant statt.

Der Initiativkreis Thüringen „Das Erdgasfahrzeug“ wird für heute zu einem parlamentarischen Abend einladen, der am Ende der Plenarsitzung beginnt.

Der Ältestenrat hat gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung Dauergenehmigungen für Bild- und Tonaufnahmen für Herrn Bernd Edelmann, Herrn Thomas Mau, Herrn Thorsten Stahlberg aus der Presseabteilung des Innenministeriums erteilt.

Ich habe aufgrund der Eilbedürftigkeit für diese Plenarsitzung eine Sondergenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen für Frau Monique Junker beim MDR Thüringen-Journal erteilt.

Folgende Hinweise zur Tagesordnung: Entsprechend einer Übereinkunft im Ältestenrat werden die Tagesordnungspunkte 1 a, b und c am Freitag als erste Punkte und der Tagesordnungspunkt 8 am Donnerstag als erster Punkt aufgerufen.

Die Landesregierung hat darum gebeten, den Tagesordnungspunkt 13 morgen als letzten Tagesordnungspunkt zu behandeln.

Die Beschlussempfehlung in TOP 1 a hat die Drucksachennummer 5/2546, zu TOP 1 b die Drucksachennummer 5/2542, zu TOP 1 c die Drucksachennummer 5/2543. Weiterhin werden zu TOP 1 b ein Entschließungsantrag in der Drucksache 5/2568 und ein Änderungsantrag in der Drucksache 5/2570 jeweils der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verteilt.

Zu TOP 7 findet in diesen Plenarsitzungen nur die erste Lesung statt.

Die Beschlussempfehlung zu TOP 8 hat die Drucksachennummer 5/2545.

Zu TOP 9 wird ein Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2557 verteilt.

Zu TOP 15 wird ein Alternativantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/2569 verteilt.

Zu TOP 23 - Fragestunde - kommen die Mündlichen Anfragen in den Drucksachen 5/2506/2507/2520/2521 und 5/2528 bis 2536 hinzu.

Die Landesregierung hat inzwischen mitgeteilt, neben den bereits zur letzten Plenarsitzung angekündigten Sofortberichten zu den Tagesordnungspunkten 12, 13 und 14 auch zu den Tagesordnungspunkten 16, 17, 19, 20 und 21 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Ich habe Ihre Wortmeldung gesehen, Herr Abgeordneter Bergner, aber ich möchte als Erstes noch einmal darüber abstimmen, ob es gegenteilige Meinungen gibt, dass der Tagesordnungspunkt 13 morgen als letzter auf der Tagesordnung behandelt wird. Ich sehe, das ist nicht der Fall. Da wird also der Bitte der Landesregierung entsprochen, ich danke Ihnen.

Die Wortmeldung habe ich gesehen von Herrn Abgeordneten Bergner. Herr Abgeordneter Bergner, zur Tagesordnung?

Abgeordneter Bergner, FDP:

Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich stelle den Antrag namens der FDP-Fraktion auf Aufnahme in die Tagesordnung und Fristverkürzung nach § 66 Abs. 1 Geschäftsordnung für die Anträge in den Drucksachen 5/2556 und 5/2567.

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Gibt es weitere Anträge? Bitte schön, Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Namens meiner Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantrage ich die Aufnahme der Drucksache 5/2555 in verkürzter Frist in die Tagesordnung.

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Weitere Anträge? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zu den Anträgen der FDP. Das wäre der Antrag in der Drucksache 5/2556 „Abschaffung der Stiftung FamilienSinn“. Wünscht die Fraktion der FDP eine Begründung zur Eilbedürftigkeit? Nein. Gibt es Widerspruch zur Aufnahme in die Tagesordnung?

(Präsidentin Diezel)

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Ja.)

Ja. Dann benötigen wir die Zweidrittelmehrheit, weil der Antrag nicht in der entsprechenden Frist eingegangen ist. Ich frage, wer ist für die Aufnahme dieses Tagesordnungspunkts in die Tagesordnung, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Da gibt es Zustimmung bei den Fraktionen der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenteilige Meinung? Das ist Ablehnung bei den Fraktionen der CDU und der SPD. Wer enthält sich? Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Ich auch.)

Gut und Frau Abgeordnete Pelke aus der SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Der zweite Antrag war „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in der Drucksache 5/2667. Wünschen Sie das Wort zur Begründung? Ja. Bitte schön, Herr Abgeordneter Kemmerich.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Das Thüringer Wirtschaftsministerium hat eine GRW-Richtlinie mehr oder minder im Handstreich kurzfristig verändert. Wir sind damit auch bundesweit in die Schlagzeilen gekommen, wie wir finden, auch sehr negativ. Zuletzt hat sich der Verbandspräsident Gesamtmetall geäußert und gesagt, das wäre ein schlechtes Investitionszeichen für Thüringen. Insofern halten wir es für sehr dringlich, hier eine Korrektur einzuläuten und möglichst schnell diese Richtlinie wieder zurückzunehmen. Auch Unternehmer in Thüringen haben sich insofern geäußert, dass wir hier ein für Unternehmen und Ansiedlungen vergiftetes Klima zeugen, was nicht gut ist. Insofern bitte ich um Ihre Zustimmung zur Aufnahme in die Tagesordnung. Danke.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Möchte jemand gegen die Fristverkürzung sprechen? Bitte schön, Herr Abgeordneter Ramelow.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir sind bundesweit in der Tat in die Schlagzeilen geraten, weil wir offenkundig die höchste Anzahl von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern in Deutschland haben.

(Beifall DIE LINKE)

In der Form, wie diese Leiharbeit angewendet wird und durchgeführt wird, ist damit ein massiver Tarifabbau und ein Entgeltabbau verbunden gewesen,

(Beifall DIE LINKE, SPD)

der die Arbeit dieser Menschen entwertet hat, die tagtäglich arbeiten gehen. Insoweit ist es nicht weiter konsequent, als dass man staatliche Mittel in Zukunft daran knüpft, dass Betriebe, die sich ordentlich verhalten, diese staatlichen Mittel erhalten und dass Betriebe, die die Ausnahmetatbestände nutzen, um Lohnabbau zu betreiben, nicht mehr die staatlichen Mittel bekommen. Insoweit sind wir strikt gegen diese Aufnahme in die Dringlichkeit ...

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Es geht um die Dringlichkeit.)

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Sehr geehrter Herr Kollege Barth, ich bin schon in der Lage, mit der Tagesordnung und der Geschäftsordnung umzugehen. Es bedarf nicht Ihres Geschreis eben. Ich will einfach nur deutlich machen: Ihr Antrag geht in die völlig falsche Richtung. Er hat überhaupt keine Dringlichkeit. Die einzige Dringlichkeit, die ich erkennen kann, ist, dass endlich die Menschen vernünftigen Lohn bekommen für ihre Arbeit und nicht mehr weiter ausgenutzt werden durch Leiharbeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Widerspricht jemand, dass wir mit einfacher Mehrheit abstimmen?

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD. Ja.)

Ja, ich sehe Widerspruch aus zwei Fraktionen. Damit muss auch dieser Tagesordnungspunkt eine Zweidrittelmehrheit erreichen, um auf die Tagesordnung zu kommen. Wer ist für die Aufnahme dieses Tagesordnungspunkts? Zustimmung bei den Fraktionen der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist gegen die Aufnahme? Gegen die Aufnahme stimmen die Fraktionen der CDU, der SPD und DIE LINKE. Damit ist die Aufnahme des Tagesordnungspunkts abgelehnt.

Wir kommen nun zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/2555 „Rechtliche Neubewertung der Stiftung FamilienSinn - wie weiter mit der Familienpolitik in Thüringen?“. Wünschen Sie das Wort zur Begründung zur Dringlichkeit? Bitte schön, Frau Siegesmund.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schon bemerkenswert, wenn eine der größten Stiftungen, die das Land hat, geprüft wird seitens des Rechnungshofs, und es ist bemerkenswert, wenn dabei herauskommt, dass das Gründungsdokument dieser Stiftung eigentlich keines ist, weil es gegen Bundesrecht verstößt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Siegesmund)

Wenn man das erst innerhalb kurzer Frist weiß, bevor das Plenum stattfindet, ist es, finde ich, ein guter Zug, wenn die Landesregierung sich dazu verhält und in einem Sofortbericht mitteilt, wie sie denkt mit dem Bericht, der uns als Abgeordneten übrigens auch noch nicht vorliegt, künftig umzugehen,

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Das ..., was Ihnen vorliegt.)

wie und auf welcher rechtlichen Grundlage sie denkt, diese Stiftung fortzuführen, und vor allen Dingen, wie diejenigen, die damals Minister waren, sich dazu verhalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Offenbar gibt es hier jetzt schon Unmut. Ich sehe, dass es eine gute Grundlage gibt, heute zu diskutieren und ich bitte Sie deshalb sehr herzlich um die Aufnahme in die Tagesordnung. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Möchte jemand dagegen sprechen? Ja. Bitte schön, Herr Abgeordneter Gumprecht. Bevor Sie sprechen, Herr Abgeordneter Gumprecht - Frau Siegesmund, lassen Sie mich bitte korrigieren. Ich habe gestern verfügt - ich glaube es ist auch heute in den Postfächern -, dass der Entwurf dieses Berichts an die Mitglieder des Sozialausschusses verteilt wurde. Ja, Herr Adams klopft, er hat ihn. Gut.

Bitte schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordneter Gumprecht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich spreche gegen die sofortige Aufnahme. Die Argumentation ist eben auch angesprochen worden. Wie wollen wir über ein Thema, das wir nur über Dritte hören, reden?

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bei uns ist noch nichts angekommen.)

Ich halte es für angemessen und im Sinne des Themas, wenn wir den Bericht gelesen haben, diesen sinnvoll zu analysieren und danach zu diskutieren. Deshalb halte ich eine Diskussion, ohne dass der Bericht vorliegt - ich habe gehört, er ist uns heute zugegangen - und ohne ihn gelesen zu haben, nicht für sinnvoll. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Erst einmal gibt es die einfache Mehrheit. Wer widerspricht der einfachen Mehrheit? Ich sehe Widerspruch aus der CDU-Fraktion. Dann brauchen wir die Zweidrittelmehrheit. Wer für die Aufnahme dieses Tagesordnungspunkts ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Ich sehe Zustimmung bei den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Wer ist gegen die Aufnahme? Dafür sprechen sich die Fraktionen der CDU und der SPD aus. Wer enthält sich? Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Tagesordnungspunkt für die Aufnahme abgelehnt. Und Frau Abg. Pelke, jawohl ich sehe Sie.

Sie möchten zum Abstimmverhalten reden? Ja, bitte.

Abgeordnete Jung, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, danke. Ich möchte eine persönliche Erklärung zum Abstimmverhalten geben. Ich habe mich der Stimme enthalten, weil wir der Meinung sind, dass wir als Fraktion die Aufklärung im Ausschuss für Soziales und Familie gefordert haben und das dort auch tun wollen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt könnten wir die Ausführungen der Landesregierung auch nicht bewerten. Dem Ansinnen sind wir natürlich aufgeschlossen und stimmen dem auch zu.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Sie möchten auch eine Erklärung abgeben. Bitte schön.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich habe mich der Stimme enthalten, weil im Moment ein Bericht kurzfristig vorliegt, der ein Entwurf ist und nicht abschließend diskutiert werden kann. Deshalb müsste zunächst die Diskussion im Ausschuss erfolgen. Ich kann mich Frau Jung anschließen. Demzufolge habe ich mich der Stimme enthalten, weil vom Grundsatz eine Diskussion und Aufarbeitung natürlich notwendig ist. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Es gibt auch keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 24. Alle Fraktionen haben eine Aktuelle Stunde beantragt. Die Zeit für die einzelnen Themen beträgt jeweils 30 Minuten; die Redezeit des einzelnen Abgeordneten 5

(Präsidentin Diezel)

Minuten. Die Redezeit der Landesregierung bleibt unberücksichtigt.

Ich rufe auf den ersten Teil des **Tagesordnungspunkts 24**

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: "Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 auf Thüringen"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2513 -

Als Erster hat sich Abgeordneter Lemb zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne, Europa rückt in wenigen Tagen ein Stück näher zusammen. Das ist grundsätzlich zu begrüßen, da zum 30. April die Übergangsfristen für die Länder Mittel- und Osteuropas, die 2004 der Europäischen Union beigetreten waren, enden. Das bedeutet, für die Menschen in Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn gilt ab 1. Mai 2011 eine der fundamentalen Freiheiten aller Menschen in der Europäischen Union, das ist die Freiheit, in jedem Land der Union nicht nur leben, sondern auch arbeiten zu können mit gleichen Rechten und Pflichten. Diese neuen Freiheiten für die Menschen aus diesen Mitgliedstaaten bieten natürlich Chancen. Sie bieten aber auch nach wie vor, zumindest aus unserer Sicht, eine Menge Risiken. Es geht darum, dass wir allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aber auch unseren Betrieben Sicherheit und Schutz bieten - den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Sicherheit und Schutz vor Lohndumping, den Betrieben vor Billigkonkurrenz und damit auch im Hinblick auf eine Sicherheit der Beschäftigung in den Unternehmen. Nach einer letzten Forsa-Umfrage sind die Menschen gefragt worden, wie sie bezogen auf diese Arbeitnehmerfreizügigkeit stehen: 60 Prozent der Befragten haben Ängste vor einer Zunahme von Einwanderung der Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Ländern und insbesondere vor Lohndumping geäußert. Insofern sind wir, die Politik, gefordert, mit politischen Gestaltungsmöglichkeiten dafür zu sorgen, dass eine Maxime gilt, nämlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die Erfahrungen aus anderen EU-Staaten, die die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht eingeschränkt hatten, also schon längere

Zeit damit konfrontiert sind, sind eindeutig so, dass Regelungen zu Lohn- und Arbeitsbedingungen wichtig sind, um Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern. Insofern gibt es noch eine Reihe von Maßnahmen, die politisch in der Gestaltung umgesetzt werden müssen. Ich will mich deshalb ausdrücklich bedanken - das war ja eben schon mal kurz Thema und wird wahrscheinlich im Verlauf der Plenardebatte noch häufiger Thema sein -, dass wir bundesweit in die Schlagzeilen gekommen sind. Das ist richtig, aber Herr Kemmerich, für den Präsidenten von Gesamtmetall gilt das Gleiche wie für die FDP auch: Sie haben nicht immer recht. Insofern ist ausdrücklich zu begrüßen,

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Sie vergiften die Stimmung.)

dass die Landesregierung hier initiativ geworden ist, weil das ein praktischer Beitrag zu mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt in Thüringen und damit auch ein Beitrag für mehr Schutz und Sicherheit der Menschen ist, die hier in Thüringen leben, auch mit Blick auf den 1. Mai 2011.

(Beifall SPD)

Ich will noch einmal deutlich machen, dass 39 Prozent einer repräsentativen Umfrage in Thüringen von der thüringischen Arbeitsmarktpolitik erwartet haben und erwarten, dass es klarere und bessere Regelungen und Eingrenzungen im Bereich der Leiharbeit geben soll. Insofern ist diese Initiative ausdrücklich zu begrüßen. Zu begrüßen ist auch mit Blick auf den 1. Mai 2011, dass sich im Rahmen der Hartz-IV-Regelungen und im Rahmen der Debatten im Bundestag und im Bundesrat auf einen Mindestlohn der Leiharbeit verständigt werden konnte. Das ist aus unserer Sicht noch nicht ausreichend, aber ein erster Schritt. Insofern ist auch hier zu begrüßen die Initiative der Bundesarbeitsministerin von der Leyen, die ja vor einigen Tagen den Koalitionspartner auf der Bundesebene aufgefordert hat, weitere Branchen in das Entsenderecht einzubeziehen.

(Beifall SPD)

Zum Zweiten ist wichtig, dass wir Scheinselbstständigkeit verhindern. Auch das ist eine Aufgabe, der wir uns in der politischen Gestaltung in den Ländern und auch im Bund stellen müssen. Es geht darum, Scheinselbstständigkeit zu verhindern. Es geht im Bereich der EU darum, dass das Europäische Vergaberecht entsprechend angepasst wird, dass die Tariftreuerregelung im Europäischen Vergaberecht Einzug findet. Auch hier haben wir - damit werden wir uns ja am Freitagfrüh beschäftigen - mit dem zur Abstimmung stehenden Vergabegesetz die notwendigen Vorbereitungen an dieser Stelle für Thüringen getroffen. Aber es gibt eine Reihe weiterer Herausforderungen, sei es in der Bekämpfung der Schwarzarbeit, sei es in der Regi-

(Abg. Lemb)

strierung der Entsendung bei der Sozialversicherung, sei es bei der statistischen Erfassung von Entsendetatbeständen im Zusammenhang mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Hier bleibt eine Menge politischer Handlungsbedarf, an dem wir uns aktiv auch aus Thüringen heraus beteiligen sollten. Das geht in weiten Teilen nur auf der Bundesebene. Dazu fordere ich uns alle auf.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Ich habe es gesehen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächste spricht für die Fraktion DIE LINKE Abgeordnete Ina Leukefeld.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, auch wir sind sehr dafür, dass dieses Thema heute hier noch einmal behandelt wird. Wir hatten ja schon einen Selbstbefassungsantrag analog im Wirtschaftsausschuss. Der Abgeordnete Lemb hat jetzt sehr schön noch einmal dargelegt, um was es geht.

Gestatten Sie mir nur eine Anmerkung: Es ist richtig, diese sieben Jahre Übergangszeit hat Deutschland ausgenutzt. Aber man muss schon sagen, dass die Bundesrepublik neben Österreich der einzige „alte“ Mitgliedstaat der EU war, der die Arbeitnehmerfreizügigkeit über den höchstmöglichen Zeitpunkt ausgesetzt hat. Begründet wurde das ursprünglich mit der konkreten Arbeitsmarktsituation in Deutschland und auch mit dem gespaltenen Arbeitsmarkt Ost und West. Aber ich sage Ihnen, Hauptgrund war das Agieren der damaligen Bundesregierung, die sich strikt weigerte - und heute sich die neue schwarz-gelbe Bundesregierung erst recht weigert -, hinreichende nationale Regelungen gegen Lohndumping und ruinösen Lohnwettbewerb einzuführen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen ganz klar als LINKE: Mindestlohn statt Lohndumping! Uns reichen auch nicht die branchenspezifischen Mindestlöhne, Sie wissen das, ich sage das fast gebetsmühlenartig hier. Die LINKE fordert einen flächendeckenden

(Zwischenruf Abg. Kemmrich, FDP:)

- Herr Kemmrich, Sie müssen das aushalten - gesetzlichen

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Existenz sichernden Mindestlohn. Auch da hat sich in der Vergangenheit einiges verändert. Von ursprünglich 8 € sind wir jetzt bei 10 € gelandet. Wir fordern, da sind wir uns sehr einig, gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die eingeführten branchenspezifischen Mindestlöhne sichern das aus unserer Sicht nicht ab, was jetzt gebraucht wird. Ich meine, die Notbremse wurde gezogen mit dem Mindestlohn für Zeitarbeit. Aber auch dort, das will ich an dieser Stelle noch einmal sagen, 7,79 € West und 6,89 € Ost sind in mehrfacher Hinsicht für uns nicht zu akzeptieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstens, weil es nicht zum Leben reicht und zweitens, weil wir erneut wieder auch die Unterschiede Ost und West zementieren.

Meine Damen und Herren, die Debatte im Wirtschaftsausschuss hat gezeigt und das ist jetzt auch noch einmal gesagt worden, die Studien sagen das auch, eine riesige Zuwanderungswelle wird jetzt sofort nicht erwartet, zumindest nicht in Thüringen. Aber die Gefahr ist real, dass es im Bereich der gering qualifizierten Beschäftigung durchaus zu einer Konkurrenzsituation von Arbeitnehmern hier und den neuen EU-Staaten kommt, ganz besonders in bestimmten Bereichen. Ich will hier nur mal einen Bereich sagen, der hat mit dem verarbeitendem Gewerbe und IG Metall gar nichts zu tun, ich nenne z.B. den Pflegebereich. Da haben wir das zum großen Teil schon. Aber ich will hier auch für DIE LINKE ganz klar sagen: Wir begrüßen natürlich die Öffnung der Grenzen, da jeder Mensch das Recht auf Freizügigkeit hat.

(Beifall DIE LINKE)

Ein soziales, solidarisches und auf gleichen Rechten beruhendes Europa ohne Ausgrenzung und Diskriminierung, das ist es, was wir wollen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Kann ich das mit den offenen Grenzen noch mal hören?)

Ich habe das jetzt leider nicht verstanden, aber das ist egal.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Kann ich das mit den offenen Grenzen noch mal hören?)

Wissen Sie, Sie wollen ja nur die reinholen, die wir als Fachkräfte gebrauchen können, und die anderen wollen Sie lieber draußen lassen. Aber ich sage: Menschenrecht, gleiches Recht, das gilt für alle. Wir sind dafür, dass Europa zusammenwächst. Da

(Abg. Leukefeld)

ist die Arbeitnehmerfreizügigkeit, Herr Barth, ein Schritt in diese Richtung. Wir sind vor allen Dingen dafür, Menschen und erst recht auch Arbeitnehmer nicht gegeneinander auszuspielen, das will ich Ihnen auch ganz klar sagen.

(Beifall DIE LINKE)

Viele Menschen haben Angst vor negativen Auswirkungen. Dem gilt es natürlich entgegenzuwirken, beispielsweise durch eine ordentliche Absicherung mit entsprechenden Löhnen.

Eines will ich auch noch sagen: Wir reden immer über Arbeitnehmerfreizügigkeit, aber die Dienstleistungsfreiheit, die im gleichen Zuge kommt, birgt auch eine ganze Menge an Problempotenzial, denn die erlaubt es Unternehmen, Dienstleistungen in anderen EU-Ländern anzubieten und hierfür Beschäftigte zu entsenden. Sie sind dann nach den Tarifen des Herkunftslandes zu entlohnen. Wir wissen heute schon, dass es Firmen - auch der Zeitarbeit - gibt, die sich woanders etablieren, und die genau in diese Lücke stoßen wollen. Ich glaube, das ist sehr problematisch. Wir wollen Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial gestalten und wir wollen, dass Arbeitnehmer nicht erster oder zweiter Klasse sind und schon gar nicht, dass sie gegeneinander ausgespielt werden. Ich bedanke mich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Als Nächste spricht Frau Abgeordnete Anja Siegesmund von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine der großen Errungenschaften im europäischen Einigungsprozess und integraler Bestandteil verbindlich geltenden Gemeinschaftsrechts der Europäischen Union. Ich bin Herrn Lemb dankbar für die Einordnung gleich zu Beginn als eine der vier Grundfreiheiten mit - das haben Sie betont - gleichen Rechten und Pflichten. Das war der Debatte auch angemessen, manche Zwischenrufe, die ich hier gehört habe, nicht.

Was heißt das für uns? Für uns heißt das, dass wir genau schauen müssen, was in der siebenjährigen Übergangszeit vor allen Dingen auf Bundesebene passiert ist. Wir führen hier eine Debatte, die vor allem die Bundesebene tangiert, und ich sehe, dass in den vergangenen sieben Jahren sowohl die schwarz-rote als auch die schwarz-gelbe Bundesregierung es verpasst haben, alle Rahmenbedingungen, die man vernünftig hätte schaffen müssen, zu

schaffen. Ich nenne vor allen Dingen die Frage des gesetzlichen und allgemein verbindlichen Mindestlohns. Diese Chance wurde verpasst, obwohl inzwischen Zeitungen, Studien vorliegen. Das Handelsblatt berichtete unter anderem erst vor wenigen Wochen darüber, dass Studien neuerdings wieder beweisen, dass höhere Mindestlöhne und überhaupt die Einführung von Mindestlöhnen - als Beispiele werden herangezogen die Vereinigten Staaten - in den vergangenen 16 Jahren überhaupt keine Jobs vernichtet haben. Genau mit diesen Studien, die das Handelsblatt übrigens auch wertet als wissenschaftlichen Meilenstein in diesem Bereich, kann man argumentieren und zeigen, dass wir hier nach wie vor in der Bundesrepublik einer übrigens auch europäischen Erfahrung hinterherhecheln, da muss man ja nicht nach Übersee schauen, um zu sehen, wie wichtig das wäre.

Deswegen, ja, Herr Lemb, es ist gut, es ist auch gut, dass es einen Mindestlohn im Bereich Leiharbeit gibt und dass die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss an dieser Stelle weitergekommen sind. Aber nein, das reicht weiterhin nicht aus. Es reicht vor allen Dingen auch im Bereich Leiharbeit nicht aus, wenn es nicht kontrolliert wird. Das eine ist, der Mindestlohn ist da. Das Zweite ist zu überprüfen, wie ist es mit Schwarzarbeit, wie ist es auch, dass er tatsächlich eingehalten wird. Deswegen verpuffen Effekte, so sehr man sich vielleicht auch darüber freuen kann. Wir wissen das heute noch nicht, was das heißt im Bereich Leiharbeit, das werden wir erst in ein oder zwei Jahren wissen, wenn evaluiert wird. Deswegen will ich kurz zitieren aus einem Antrag, den unsere Fraktion auf Bundesebene vorgelegt hat. Darin heißt es: „Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Kontrolle auf die Finanzkontrolle Schwarzarbeit ‚FKS‘ übertragen wird.“ Und es heißt weiter: „Die bisher laxen Kontrolle in der Leiharbeit muss endlich ein Ende haben.“

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zusammengefasst: In den Branchen, wo es den Mindestlohn gibt, darf es auch keine Möglichkeiten zum Abweichen geben. Wir haben auf der anderen Seite den Niedriglohnsektor in der Bundesrepublik Deutschland; mehr als 6,5 Mio. Menschen fallen unter diese Überschrift des Niedriglohnbereichs. Fast 1,2 Mio. Menschen in der Bundesrepublik verdienen weniger als 5 € Brutto in der Stunde. Das spricht nach wie vor für sich, ist noch mal ein starkes Argument, um zu zeigen, somit macht man keine Schule, somit ist man nicht Vorbild, sondern Arbeitnehmerfreizügigkeit ist auch eine Debatte, die wir für uns selber nutzen müssen, um zu sehen, welche Stellschrauben wir drehen müssen.

Es gibt, lassen Sie mich das zum Schluss sagen, noch ein drittes Argument, was in diese Debatte gehört. Wir brauchen eine Willkommenskultur. Ich glaube, meine Fraktion wird nicht müde, es immer

(Abg. Siegesmund)

wieder zu sagen in diesem Land, wir brauchen eine Willkommenskultur. Ich war ganz angetan darüber, dass Herr Behr aus dem Wirtschaftsministerium vergangene Woche bei einem Pflegegipfel aufzeichnete, was wir für einen, Frau Leukefeld hat es gesagt, unglaublichen Bedarf nicht nur an Fachkräften, sondern an sich an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen haben allein im Dienstleistungsbereich der Pflege. Wir wissen heute hier, was 2020 auf uns zukommt: über 45.000 Stellen werden wir brauchen im Bereich Pflege. Wir sehen, dass dieser Mangel auf uns zukommt und stellen uns dann hierhin und diskutieren Dinge, die auf Bundesebene nicht passieren. Ich bin der SPD-Fraktion dankbar für die Möglichkeit, hier darüber zu sprechen, aber der Druck muss nach Berlin gehen und das ist unsere vordergründige Aufgabe. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Für die CDU-Fraktion hat das Wort Frau Abgeordnete Elke Holzapfel.

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren! Fast alle hatten in ihren Reden den gleichen Eingang, und zwar die Arbeitnehmerfreizügigkeit, über die wir heute reden, ist ein Ergebnis des Falls des eisernen Vorhangs vor inzwischen mehr als 20 Jahren. Millionen haben für diese Freiheit gekämpft. So waren die Menschen in Ostdeutschland nicht mehr bereit, sich mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl abzufinden. In den Ländern Osteuropas ist die politische Wende auf den Weg gebracht worden. Ich erinnere dabei besonders an die herausragende Rolle Polens und Ungarns. Es ist nur folgerichtig, dass diese Länder heute Teil der Europäischen Union sind und Thüringen die Mitte Europas. Aufgrund der in den vergangenen Jahren schwierigen Lage - und das war so - auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat die Bundesregierung den Beitrittsvertrag für Polen und Ungarn auf den letztmöglichen Zeitpunkt gelegt und dieser ist der 1. Mai 2011. Deutschland und Österreich haben diese Maximalfrist in Anspruch genommen. Ich hätte mir gewünscht, wir debattierten in einem Jahr über die Auswirkungen, wenn erste Analysen und Fakten vorliegen. Dann könnte man auch über Stellschrauben zu möglicher Nachjustierung reden. Derzeit sind belastbare Aussagen oder Vorhersagen zu den Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Thüringen nicht möglich und wären hier nur Kaffeesatzleserei. Auch Herr Weise, 2004 von Rot-Grün als Chef der Arbeitsagentur ins Amt gerufen, also im Bezug auf das SPD-Begehren eher unverdächtig, erwartet keine große Gefahr für Deutschland

auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Wie viele andere sieht er eher eine große Chance für Deutschland angesichts der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung und des Fachkräftemangels. Meine Vorrednerin hat davon gesprochen. Zu einem diesbezüglichen Antrag der SPD-Bundestagsfraktion vor dem Arbeitsausschuss des Bundestages stellte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das IAB, fest, dass Wanderungsprognosen und Schätzungen der Arbeitsmarktwirkungen mit erheblichen Unsicherheiten verbunden sind. In Ländern, in denen die Arbeitsmärkte bereits geöffnet sind, hat es keine Verwerfungen gegeben, so das Institut. Dennoch nehmen wir Sorgen und Ängste der Arbeitnehmer sehr ernst. In Polen bestehen bereits heute erhebliche Bedenken vor einem Fachkräfteverlust, denn auch dort schrumpft die Erwerbsbevölkerung dramatisch. Risikobereiche, dazu zählen unter anderem die Leiharbeits- und Pflegeberufe, müssen sorgfältigst beobachtet werden. Ängste zu schüren um des vermeintlichen politischen Gewinns Willen ist der völlig falsche politische Ratgeber.

(Beifall CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heraufbeschworene Angstszenerarien wie zur Debatte um die EU-Dienstleistungsrichtlinie und die damit verbundene Niederlassungsfreiheit sind zum Glück nicht eingetreten. Ich bin besorgt um die politische Kultivierung jedweder Dagegen-Sein-Stimmung in Deutschland. Mit „dagegen“ lässt sich auf Dauer keine Zukunft gestalten.

(Beifall CDU, FDP)

Wir alle sehen, wie gelassen und pragmatisch die Bevölkerung in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien bereits jetzt mit dieser Herausforderung umgeht. Daran sollten wir uns ein Beispiel nehmen. Dort wird die neue Freizügigkeit bereits als Win-win-Situation begriffen; nicht wenige Deutsche arbeiten bereits in Polen.

Die Bundesregierung hat die entsprechenden gesetzlichen Regelungen - wie das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz - novelliert, um Missbrauch weiter einzudämmen. Selbstverständlich - da sind wir alle einer Meinung, nicht alle, aber viele - müssen natürlich auch hier die Kontrollsysteme funktionieren. Im Übrigen gilt das Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Eine Ausweitung auf weitere Branchen muss von den Betroffenen selbst kommen. Einen flächendeckenden Mindestlohn lehnen wir weiterhin ab.

(Beifall CDU)

Das Jobrisiko, insbesondere für Mitteldeutschland, ist noch nicht ausgeräumt. Im Übrigen ist die Frage zur Arbeitnehmerfreizügigkeit von der gesetzgeberischen Zuständigkeit Bundesangelegenheit. Auch darüber wurde hier schon mehrfach gesprochen.

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit.

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

Wir fordern eine konsequente Kontrolle durch die zuständigen Stellen, dass die im Zuge der Arbeitnehmerfreizügigkeit zuwandernden Arbeitskräfte zu rechtmäßigen Bedingungen beschäftigt werden. Unser Grundsatz, guter Lohn für gute Arbeit, gilt auch hier. Wir wollen, dass Europa gemeinsam wächst. Und schon in meiner Rede am 25.03. habe ich eine neue - jetzt zitiere ich - „Willkommenskultur“ gefordert,

Präsidentin Diezel:

Aber das ist das letzte Zitat.

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

die ich heute noch einmal bekräftigen möchte. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Als Nächster spricht Abgeordneter Thomas Kemmerich von der FDP-Fraktion.

(Beifall FDP)

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kollegen Abgeordneten, meine Damen und Herren auf der Tribüne, ja, wir haben jetzt viel gehört, das Thema heißt tatsächlich „Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011“ und nur darüber möchte ich dann auch zunächst zumindest reden.

Dass wir das alle begrüßen, das haben wir quer durch die Fraktionen gehört, dass Berichte gefasst worden sind und das sollte das Wichtige sein. Es gibt Länder, wo das seit sieben Jahren gilt. Die Länder haben ihre Erfahrungen gemacht und es gibt Studien, was dort passiert ist. Die EU hat festgestellt, dass insgesamt ca. 1,1 Mio. Menschen sich bewegt haben innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, in der die Freizügigkeit gegolten hat, dass es keine Auswirkungen auf die Lohngefüge in den Ländern gegeben hat, in denen Zuzug bzw. Zuwanderung stattgefunden hat. Insbesondere ist hier Spanien zu nennen, die einen unheimlichen Boom hatten,

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Genau deshalb ...)

einen Boom, den sie mit heimischen Arbeitskräften nicht mehr bewältigen konnten, und einen Boom

hatten, den sie dadurch, dass Leute nach Spanien gekommen sind, dort willkommen geheißen worden sind, bewältigt haben können, und wo die Leute, die dort zugewandert sind, so bezahlt worden sind wie alle Leute auf den Baustellen, in den Industriefirmen, in den Handwerksbetrieben, die dort in Spanien vorgehalten worden sind. Lesen Sie mal nach oder fragen Sie Ihre Parteikollegen in Spanien, auch das muss möglich sein für alle Beteiligten.

Danach ebte diese ganze Bewegung ab und jetzt sind wir eben in diesem Abschwung. Und warum? In den osteuropäischen Ländern, die wir hier zitieren und vor deren Bewegung und vor deren Erscheinen wir hier in Deutschland solche Angst verbreiten, die haben selber Probleme, Fachkräfte zu akquirieren, die haben selber Geburtenzahlen, die selbst unter den deutschen Geburtenzahlen liegen, die haben auch Nachwuchssorgen. Deshalb wird es leider ausbleiben, dass in Heerscharen Leute aus unseren osteuropäischen Nachbarländern nach Deutschland kommen, um hier am Wirtschaftsleben und am Wirtschaftsaufschwung teilzuhaben.

(Beifall FDP)

Und das ist ja mehrfach gesagt worden. Frau Holzapfel, ausdrücklichen Dank. Hier wird mit Angst gearbeitet. Denken Sie mal, als der Euro eingeführt worden ist. Da mussten wir es wochen- und monatelang hören, dass am Tag danach die Welt untergeht - es gibt kein Bargeld, es gibt kein Kleingeld, die Automaten funktionieren nicht. Am Montag früh um 7.00 Uhr ging das Leben ganz normal weiter. Aber alle haben kräftig an der Angst verdient und, meine Damen und Herren von der LINKEN, von den GRÜNEN, von der SPD, Sie wollen jetzt mit dieser Angst eben politisch andere Felder besetzen, um hier etwas durchzudrücken und das geht so nicht.

(Beifall FDP)

Diese Arbeitnehmerfreizügigkeit und den danach kommenden Folgen und Spätfolgen ist eine Lüge und das ist wirklich Politik machen mit der Angst anderer Leute. Und wie sehr Sie das Klima vergiften, Herr Lemb, ist belegt an dem Beispiel von dem Herrn Orschler aus Königsee, der nach einer Auseinandersetzung mit Ihnen jetzt frustriert unser Land Thüringen mit einer weiteren Investition verlassen wird. Er wird die Investition nicht mehr in Thüringen durchführen, sondern außerhalb von Thüringen. Damit vergiften Sie hier die Stimmung. Da brauchen Sie nicht zu sagen, da hat der eine oder andere recht - es ist ein schlechtes Signal für Thüringen und für unsere Thüringer Wirtschaft.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Herr Lemb, geh' mal zu diesem Frisör.)

Schwarzarbeit ist hier genannt worden. Gerade die fehlende Freizügigkeit hat doch zu Schwarzarbeit geführt. In den grenznahen Bereichen, Frau Holz-

(Abg. Kemmerich)

apfel hat es gesagt, hat ein reger Austausch von Dienstleistungen heute schon stattgefunden. Das können wir jetzt auf die Art und Weise legalisieren, wir holen die Leute eben aus diesen schwarzarbeit-geneigten Tätigkeiten heraus. Das sollten wir begrüßen und nicht verteufeln.

(Beifall FDP)

Gerade da ist es wichtig, dass diese Freizügigkeit eben Transparenz auf Märkten schafft, was dann dazu führt, dass, meine Damen und Herren, das steht im Grundgesetz, die Tarifautonomie hier ihre Wirkung entfalten kann.

(Beifall FDP)

Dafür haben wir Tarifpartner, die im Einvernehmen Lösungen für die diversen Branchen, die hier zitiert worden sind, herbeiführen sollten und da im Sinne der Tarifautonomie, was Wesensgrund unserer Verfassung ist, die wir hoffentlich alle gleichmäßig anerkennen, dann auch betriebsnahe, branchennahe Lösungen schaffen, die dort gerechte Wirkung entfalten. Nach sieben Jahren, in denen jetzt Freizügigkeit herrscht in großen Teilen Europas, ist es eben nicht mehr an der Zeit, hier mit irrationalen Ängsten zu arbeiten, sondern mit den Erfahrungen, die unsere Nachbarländer gemacht haben, hier die Arme zu öffnen und zu sagen, wir haben eine große Chance für Deutschland. Wir bieten denen, die zu uns kommen wollen, eine große Chance, hier teilzuhaben. Meine Damen und Herren, es kommt dann noch an anderer Stelle: Wir brauchen eben einen Austausch innerhalb von Europa von Arbeitnehmern und auch von Dienstleistungen. Das wollen wir gar nicht zurückschrauben, sondern wir wollen es befördern und damit auch davon profitieren und natürlich auch die Möglichkeit haben, das ist eben ein Geben und Nehmen, dass unsere Dienstleistungen in anderen europäischen Ländern genauso anbieterbar sind. Das ist eben keine Einbahnstraße. Übrigens, wenn Sie das immer nur auf schwarz-gelb und auf schwarz-rot zurückführen, die Grundsätze, wie Arbeitnehmerfreizügigkeit geregelt worden ist, sind vor dem Jahre 2005 gelegt worden unter Rot-Grün. Danke schön.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Wir haben noch vier Minuten. Das Wort hat der Abgeordnete Carsten Meyer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich habe mich noch kurz zu Wort gemeldet als der Sprecher für Europapolitik in meiner Fraktion, weil man an diesem Punkt feststellen kann, dass Deutschland in diesem

Fall schon lange nicht mehr der Motor der europäischen Einigung ist. Das sollten wir alle hier in diesem Raum beklagen. Das, was wir erleben zum 1. Mai, ist seit sieben Jahren eine der Schanden, die wir zum Thema der großen Einigung Europas sozusagen auf uns geladen haben als Deutsche, dass wir es nicht geschafft haben zu sagen, wir trauen unserer Wirtschaft genauso viel zu wie Großbritannien, Spanien, Frankreich oder alle anderen, die es mitgemacht haben. Das ist wirklich peinlich und das sollten wir dringend heute hier ändern. Wenn wir morgen zu Recht dafür plädieren und sagen, wir haben einen großen Schritt dazu getan, es als europäische Parteien zu verstehen und dafür zu sorgen, dass wir in diesem Parlament Europa gut finden, dann müssen wir bei diesem Thema heute feststellen, da haben wir als Deutsche völlig versagt. Wir haben übrigens auch wirtschaftspolitisch versagt, Herr Kemmerich, da bin ich relativ nah bei Ihnen. Die Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben z.B. Großbritannien, und das ist ein schöneres Beispiel als die ärmlichen Bedingungen, unter denen Leute auf den Zitrusplantagen in Spanien arbeiten müssen, egal ob sie illegale sind oder legale, aber in Großbritannien haben sie die Wirtschaft auch schon mit organisiert und sie haben vor allen Dingen, nachdem der Aufschwung zu Ende war, durch die Tatsache, dass sie als erste herausgeschmissen werden konnten, dafür gesorgt, dass die englischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eben gerade nicht alle davon betroffen waren, als die Krise gekommen ist, sondern die Arbeitslosenquoten relativ niedrig geblieben sind, weil die ausländischen Beschäftigten gar nicht mit hineingezählt haben. Die waren nämlich schon wieder zurück in ihren Heimatländern.

Das ist das zweite Problem dabei, die Janusköpfigkeit dieses Themas. Wir haben die Abpolsterung der Wirtschaftskrise 2008/2009 durch einen Export der Risiken in unsere Randgebiete bezahlt. Wenn Sie heute nach Litauen gehen oder in die Slowakei oder nach Slowenien sehen Sie genau die Folgen der Tatsache, dass Hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und übrigens viel mehr als die 1,1 Mio., weil sie die Illegalen nicht zählen können oder wollen, wieder zurückgegangen sind nach Hause, weil sie herausgeschmissen worden sind und die Armut sozusagen wieder zurückgegangen ist. Das muss man auch deutlich dazu sagen. Daran müssen wir arbeiten und da hilft nur eines - auch in Litauen, auch in Rumänien, auch in der Slowakei ein Mindestlohn, der zum Leben reicht, nicht nur bei uns, aber bei uns sowieso natürlich auch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ja gar keine Frage, gleiche Arbeit, gleicher Lohn und gleiche Rechte, das soll die Europäische Union für die Arbeitnehmer in der Sozialpolitik leis-

(Abg. Meyer)

ten. Da haben wir noch einen ganz schönen Schritt zu tun. Deutschland war da vor sieben Jahren feige und nicht innovativ. Dass wir als Deutsche immer noch feige und nicht innovativ sind, sieht man daran, dass Sie vergessen haben, zwei Länder zu erwähnen bei Ihrer ersten Aufzählung, Herr Lemb. Rumänien und Bulgarien sind immer noch nicht dabei. Für die gilt immer noch eine „Schonfrist“, weil wir so viel Angst davor haben, dass diese gut qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu uns kommen. Vor sieben Jahren hieß es noch ganz anders, da waren das alles wilde Horden, so kurz vor dem Balkan, die nichts konnten, aber unsere Sozialsysteme kaputt machen wollten. Mittlerweile diskutieren wir nach dem Motto, jetzt sind das alles Facharbeiter geworden. Es sind dieselben Menschen. Wir müssen endlich dafür sorgen, dass die integrierte Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa insgesamt diskutiert wird und nicht so klein, klein für Deutschland und schon gar nicht für Thüringen. Wenn überhaupt, sollten wir uns hinstellen und sagen, wir wären ein kleiner Motor für die europäische Einigung, lassen Sie uns morgen damit anfangen und dann vielleicht mal Initiativen in Richtung Europäisches Parlament starten, dass das Ganze auch besser wird, als wir das von den letzten sieben Jahren her kennen. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Herr Lemb, Sie haben sich zu Wort gemeldet. Wir haben noch eine halbe Minute, also zwei Sätze.

(Beifall DIE LINKE)

Gut, dann nicht. Die Landesregierung? Bitte schön, Herr Minister Machnig.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will an das anknüpfen, was Abgeordneter Meyer gerade gesagt hat. In der Tat ist Europa ein zentrales Projekt für Deutschland und es haben große Staatsmänner in Deutschland eines formuliert, dass der europäische Integrationsprozess zum Staatskomment in Deutschland gehört. Ich glaube, das ist richtig. Ich bin auch sehr bei Ihnen, wenn wir sagen, wir müssen wieder stärker zum europäischen Integrationsmotor werden, und zwar auf sehr vielen Feldern; auch bei der Frage: Wie retten wir zum Beispiel den Euro? Der eine oder andere Diskussionsbeitrag, der dazu aus Deutschland kam, war nicht immer hilfreich. Deswegen können Sie mir eines glauben, ich bin überzeugter Europäer. Wenn es noch eine politische Vision für mich gibt, dann ist es eines, dass wir ein starkes, geeintes und wettbewerbsfähiges, aber auch soziales und

nachhaltiges Europa aufbauen und damit eine Konsequenz aus einer Geschichte ziehen, die über viele, viele Jahrzehnte, ja über mehrere Jahrhunderte durch Krieg und andere Auseinandersetzungen geprägt war. Von daher brauchen wir in der Tat ein starkes Europa und wir brauchen auch dann, wenn wir ein starkes Europa wollen, als Konsequenz der Öffnung der Märkte auch eine Öffnung der Arbeitsmärkte. Wir brauchen Arbeitnehmerfreizügigkeit. Ich will das ausdrücklich unterstreichen. Nur ich will an eines erinnern: Vor sieben Jahren - da waren auch Sie mit in der Regierung, zumindest die GRÜNEN - gab es einen sehr breiten Konsens, und zwar im gesamten Deutschen Bundestag über die Parteigrenzen hinweg auch mit Unterstützung der FDP im Übrigen - ich erinnere mich da noch gut -, dass wir eine Übergangsregelung auch angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland, insbesondere in den neuen Bundesländern brauchten. Jetzt ist diese Zeit abgelaufen. Jetzt müssen wir uns mit dieser Situation auseinandersetzen. Ich sage, darin liegen Chancen - zu denen will ich etwas sagen -, aber es gibt auch Probleme oder es könnte Probleme geben, wenn wir nicht die richtigen Rahmenbedingungen und die richtigen Regeln für dieses System schaffen, weil eines doch klar ist, auch Arbeitsmärkte brauchen Regeln, gerade dann, wenn es große Arbeitsmärkte sind, wie etwa der europäische Arbeitsmarkt.

Herr Meyer, nur ein Hinweis: Das Beispiel Großbritannien ist deswegen kein gutes Beispiel oder vielleicht doch ein gutes Beispiel, weil in Großbritannien es einen Mindestlohn gibt, in der Tat. Der gilt dann auch für Leiharbeiter,

(Beifall DIE LINKE)

die dort hingehen und dann natürlich zu bestimmten Konditionen arbeiten können. Deswegen sage ich, wir müssen darauf schauen, was ist als Chance vorhanden. Ich will mal mit den Chancen beginnen. Wir werden in den nächsten Jahren in Thüringen einen Fachkräftebedarf bis zum Jahr 2020 von 200.000 haben. Das ist etwa ein Drittel unserer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung sagt voraus für das Jahr 2015, dass wir pro Jahr 250.000 Fachkräfte - pro Jahr - altersbedingt verlieren werden, die aus dem Arbeitsprozess ausscheiden. Rein rechnerisch, nicht politisch, aber rein rechnerisch sagt das GEW, wir bräuchten, um das Arbeitskräftepotenzial in Deutschland zu stabilisieren, eine jährliche Zuwanderung von 500.000. Das ist die Zahl. Ich sehe nicht, dass diese Größenordnung kommen wird, aber dass wir in den nächsten Jahren Zuwanderung brauchen, das halte ich für klar.

Studien, die es zurzeit gibt für die Zeit ab dem 01.05.2011, sind unpräzise. Die variieren zwischen 50.000 und 140.000, die angeblich kommen - bun-

(Minister Machnig)

desweit, nicht nach Thüringen. Nicht viele davon werden nach Thüringen kommen, da bin ich auch sehr sicher. Dennoch müssen wir auf eines achten - das meine ich mit großem Nachdruck: Wir brauchen Regeln auf den Arbeitsmärkten. Dazu gehören unterschiedliche Regeln. Eines will ich sagen: Wenn man schon keinen flächendeckenden Mindestlohn will, dann muss man aber das Arbeitnehmer-Entsendegesetz dramatisch ausweiten, um weitere Branchen aufzunehmen. Das muss die Konsequenz sein, dann sollten wir das tun.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD)

Dann sollten wir eine gemeinsame Bundesinitiative starten und sagen, wir wollen folgende Branchen im Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufnehmen. Ich glaube, im Haus sind alle - außer der FDP - dafür. Also es wäre chancenreich, im Deutschen Bunderrat eine Mehrheit dafür zu gewinnen.

Das Zweite, was wir brauchen, ist, dass wir auch unsere Wirtschaftsförderpolitiken darauf abstellen, weil es darum geht, gute Arbeit zu fördern. Weil ich weiß, die Debatte kommt ja noch, ich will nur auf eines hinweisen: Wann, wenn nicht im wirtschaftlichen Aufschwung, wollen wir das eigentlich tun? Wollen wir das während der Krise tun? Nein, wir können das nur tun im wirtschaftlichen Aufschwung, dass wir darauf setzen, wenn wir öffentliche Gelder investieren, dass wir dann auch sagen, wir wollen Standards für Arbeit. Das ist, glaube ich, mehr als gerecht.

Drittens, wir werden das ja diese Woche verabschieden, hoffe ich, am Freitag, das Vergabegesetz, das auch für öffentliche Aufträge dann entsprechende Regeln hat. Ich glaube, das ist wichtig, dass wir das tun und dass wir darauf auch - ich würde sagen - ein Regelwerk schaffen, das Sicherheit schafft. Ich will an eines erinnern: Wir haben auch in den zurückliegenden Jahren in Deutschland Entwicklung hin zur Xenophobie gehabt. Deswegen ist das ein sehr schwieriges Thema und deswegen brauchen wir auch angesichts der einen oder anderen Fehlentwicklung bei uns klare Regeln auf dem Arbeitsmarkt, dass wir Akzeptanz haben für Zuwanderung, denn es gelten dann für alle die gleichen Regeln und niemand verliert etwas in einem Wettbewerb gegeneinander. Darauf sollten wir uns konzentrieren, aber - das will ich auch mit großem Nachdruck sagen - Zuwanderung wird unser Problem nicht lösen, sondern wir müssen investieren in die Fachkräftesicherung hier im Land.

(Beifall CDU, SPD)

Wir haben einen enormen Fachkräftebedarf. Deswegen will ich ein paar Punkte nennen, die mir besonders wichtig sind. Das Ziel muss sein, dass kein Jugendlicher in Thüringen mehr ohne Schulabschluss von der Schule geht.

(Beifall SPD)

Wir liegen heute immer noch bei einem Prozentsatz von 12 Prozent, das ist ein relativ hoher Prozentsatz im bundesweiten Vergleich. Wir müssen alles tun, damit es einen Schulabschluss gibt.

Zweitens: Wir müssen auch in Jugendliche investieren, die vielleicht Spätentwickler waren, vielleicht keine Chance hatten zu einem bestimmten Zeitpunkt auf einen Ausbildungsplatz. Deswegen machen wir ein Programm - das „Nullte Ausbildungsjahr“ -, das Jugendlichen helfen soll, vor der Regelausbildung von drei Jahren betriebsnah weitergebildet und qualifiziert zu werden. Wir brauchen auch Investitionen in heute noch arbeitslose Menschen, weil wir sie in den nächsten Jahren brauchen werden auch am Arbeitsmarkt. Wir müssen ihnen vor allem das Signal geben: Ihr werdet gebraucht, wir glauben an eure Qualifikationen und Fähigkeiten. Wir müssen mehr Hochschulabsolventen im Lande behalten, ein ganz wichtiger Punkt, denn über 30 Prozent der heute hier Studierenden in Thüringen kommen nicht mehr aus den neuen Bundesländern, sondern sie kommen aus dem Ausland oder aus den alten Bundesländern. Dieses Potenzial im Land zu halten, das ist eine ganz, ganz wichtige Aufgabe.

Deswegen, weil von der Willkommenskultur die Rede war: Ja, ich bin auch ein Vertreter und Anhänger einer Willkommenskultur, einer Willkommenskultur, die den Menschen, die herkommen, sich mit ihrer Hände Arbeit hier etwas erwirtschaften wollen unter fairen Bedingungen, dass sie diese Chance haben. Ich glaube, das ist gut für Europa, das ist gut für Deutschland, das ist gut für Thüringen. Von daher sollten wir gemeinsam daran arbeiten, dass dieser Konsens nicht nur in diesem Parlament, sondern auch außerhalb dieses Parlaments von möglichst vielen Menschen geteilt wird. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Minister. Nein, es gibt keine Redezeit mehr. Der Herr Minister hat 8 Minuten und 59 Sekunden gesprochen, das ist also im Rahmen der 10 Minuten.

Ich schließe den ersten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **zweiten Teil**

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: "Erfordernis der Öffentlichkeit der Erörterungstermine zur möglichen Genehmigung der Starkstromtrasse durch den Thüringer Wald"

(Präsidentin Diezel)

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2515 -

Das Wort hat als Erste Abgeordnete Petra Enders von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Enders, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, seit März wissen wir, dass das Landesverwaltungsamt mit Erörterungsterminen im Rahmen des Anhörungsverfahrens die Planfeststellung für den Abschnitt Vieselbach-Altenfeld für die 380-kV-Leitung vorbereiten will. Damit wird formal eine der Forderungen der Bürgerinitiativen erfüllt. Allerdings - und das muss auch mit Nachdruck an dieser Stelle gesagt werden - sind diese Erörterungstermine eine Farce.

(Beifall DIE LINKE)

Erstens ist es eine Farce, diese Erörterungstermine unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen.

(Beifall DIE LINKE)

Seit Jahren ist diese Trasse eines der Kernthemen der politischen Debatte hier in Thüringen. Die Menschen wollen Antworten haben. Gerade jetzt, nach der Atomkatastrophe in Japan ist es wichtig, dass eine öffentliche Diskussion über eine der wichtigsten Zukunftsfragen der Menschheit, die Energieversorgung, geführt wird und dass Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden und dass man mit ihnen über nachhaltige, zukunftsfähige Strukturen der Energieerzeugung und Verteilung debattiert. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, dass in einer solch wichtigen Angelegenheit nicht hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. Am Ausschluss der Öffentlichkeit können nur die ein Interesse haben, die etwas zu verbergen haben.

(Beifall DIE LINKE)

Für die Bürgerinitiative und für meine Fraktion kann ich sagen: Wir nicht, wir haben nichts zu verbergen.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, unsere Alternativen liegen seit 2007 auf dem Tisch. Es ging uns schon immer um den Ausstieg aus der Atomenergie und für den regionalen Mix regenerativer Energien.

(Beifall DIE LINKE)

Einen regionalen Mix regenerativer Energien der geradezu prädestiniert dazu ist, dezentrale Strukturen zu schaffen und der auch eine neue Netzphilosophie erfordern wird. Eine neue Netzphilosophie muss nicht mit mehr neuen Höchsttemperaturleitungen, sondern mit Netzoptimierung, mit Netzbau, mit intelligenten, regelbaren Netzstrukturen einher-

gehen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen wir öffentlich erörtert haben.

(Beifall DIE LINKE)

Es muss auch zur Sprache kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Höchstspannungsleitungen, wie die 380-kV-Leitung über den Thüringer Wald, nicht vorrangig gebraucht werden, um den Windstrom vom Norden in den Süden zu transportieren, sie werden vor allem gebraucht, um die Machtstrukturen der Energiekonzerne und deren Profitinteressen zu sichern. Auch das muss öffentlich diskutiert werden, genauso wie öffentlich diskutiert werden muss, dass es Möglichkeiten gibt, die bestehenden Trassen Remptendorf-Redwitz mit Freileitungsmonitoring und Hochtemperaturseilen zu ertüchtigen, statt eine neue Freileitung zu bauen.

Es muss auch hier die Frage beantwortet werden: Was ist eigentlich mit den Stromtrassen, die bislang den Atomstrom transportierten, wenn die Atomkraftwerke abgeschaltet werden? Das muss öffentlich und nicht hinter verschlossenen Türen diskutiert werden, sonst sind die Erörterungstermine tatsächlich eine Farce.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch einen zweiten Grund sagen, warum diese Erörterungstermine eine Farce sind. Es ist eine Farce, weil die Netzbetreiber 50Hertz und weil auch die Genehmigungsbehörde, das Thüringer Landesverwaltungsamt, es nicht für nötig befunden haben, die Erwiderung auf die hundertfachen Einwendungen der Trassengegner zur Kenntnis zu geben. Ich frage Sie: Was soll diese Geheimniskrämerei? Ist das die Thüringer Variante auf die Schlussfolgerungen von Stuttgart 21? Ist das die vollmundige Ankündigung nach Transparenz und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, wie ich sie zumindest jetzt erst wieder im Bundestag durch Wirtschaftsminister Brüderle hören konnte? Ich sage nein, mitnichten. 50Hertz und auch die Genehmigungsbehörde, das Thüringer Landesverwaltungsamt, gefährden damit die Chancengleichheit im Anhörungsverfahren. Es ist der wiederholte Versuch von 50Hertz, die Einwände und Proteste der Bürger, der Bevölkerung zu verhindern. Das kann nicht Interesse in Thüringen sein. Wir fordern deshalb den Landtag auf, unsere Forderung nach Öffentlichkeit zu unterstützen und den Kritikern die Möglichkeit zu geben, sich mit den Argumentationen des Leitungsplaners 50Hertz befassen zu können. Das kann nicht in ein oder zwei Tagen passieren, dazu braucht man entsprechende Zeit. Deshalb ist eine Verschiebung der Erörterungstermine notwendig. Unsere Anwälte haben das bereits beantragt. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Henry Worm.

Abgeordneter Worm, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kollegin Enders, ich hätte mich schon gewundert, wenn das Thema nicht in irgendeiner Form vor dem Ostermarsch am 25. in Schalkau Eingang in die Tagesordnung gefunden hätte. Aber es ist nun passiert.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wir sind zuverlässig.)

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind zumindest kalkulier- und planbar. Sehr gut. Aber - das sage ich an dieser Stelle deutlich - die Forderung nach Öffentlichkeit zum Erörterungstermin ist eine Forderung der Bürgerinitiativen, mit der ich persönlich überhaupt kein Problem habe, die ich auch absolut ernst nehme.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Die Sie unterstützen. Toll! Gut!)

Ich sage noch mal sehr deutlich, jeglicher Ansatz - das ist wichtig und das gilt es an dieser Stelle noch einmal zu sagen - so zu tun, als wären wir im Thüringer Landtag Herr des Verfahrens, ist nicht zielführend.

(Beifall CDU)

Zuständige Behörde ist das Landesverwaltungsamt,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wem gehört das Landesverwaltungsamt denn?)

das wissen wir alle. Der derzeitige Stand im Verwaltungsverfahren ist, dass das Planfeststellungsverfahren im Abschnitt Altenfeld-Vieselbach eingeleitet worden ist. Auch richtig ist, dass diesbezüglich mehr als 1.100 Einwendungen und Stellungnahmen im Landesverwaltungsamt eingingen. Daraus resultierten zahlreiche Änderungen. Die Einleitung des Planänderungsverfahrens erfolgte im September 2010. Im Rahmen dieses Verfahrens wurden dann noch einmal mehr als 200 Einwendungen und Stellungnahmen erhoben. An dieser Stelle kommen wir zum Erörterungstermin, welcher ein Hauptbestandteil des Planfeststellungsverfahrens ist. Um es deutlich zu machen: im Vorfeld wurden alle Planungsunterlagen öffentlich gemacht. Jeder konnte Einsicht nehmen. Jeder konnte auch entsprechende Einwendungen gegen das Vorhaben geltend machen. Diese Einwendungen werden jetzt mit den Erbringern dieser Einwendungen erörtert

und die gesetzlichen Grundlagen und die Planungen ausführlich besprochen.

Jetzt kommen wir zum eigentlichen Punkt: Bislang war es nicht üblich, dass dieser Erörterungstermin öffentlich stattfand. Grundsätzlich waren nur die Personen bei dem Termin zugelassen, die auch Einwendungen erhoben hatten. Wenn ich aber de facto schon mehr oder weniger eine öffentliche Veranstaltung aufgrund der Vielzahl der Einwendungen habe - ich sage es noch mal: zum Planfeststellungsverfahren rund 1.100 Einwendungen, über 200 im Rahmen des Planänderungsverfahrens und für das Raumordnungsverfahren zum Abschnitt Altenfeld-Redwitz noch mal gut 1.100 Einwendungen -, dann sollte man vonseiten des Landesverwaltungsamts durchaus - weil Sie es angesprochen haben, Frau Enders - auch aus der Erkenntnis von Stuttgart 21 die Bürger bei solch schwierigen Entscheidungen mitnehmen und darüber nachdenken, die Öffentlichkeit zuzulassen.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Auch das LVA gehört doch zu uns!)

Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass keiner der offiziell Beteiligten an diesem Verfahren etwas dagegen hat. Das ist die rechtliche Grundlage. Das muss sauber abgeklärt werden. Aber letztendlich, wenn das alles passt, würde eine in diesem Sinne gefällte Entscheidung des Thüringer Landesverwaltungsamts von uns durchaus begrüßt. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das ist wieder organisierte Verantwortungslosigkeit. Jeder schiebt die Verantwortung hin und her.)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Worm. Als Nächster spricht der Abgeordnete Heinz Untermann von der FDP-Fraktion.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Zuschauer auf der Tribüne, die noch vorhanden sind, die Verlegung der 380-kV-Leitung durch den Thüringer Wald steht erneut zur Diskussion in diesem Haus. Zur Erinnerung: Der Tatbestand, dass die Verlegung der Trasse durch den Thüringer Wald erfolgen muss, entstand während der schwarz-roten Koalition. Das Projekt ist Bestandteil des neu zu errichtenden europäischen Stromnetzes und Teil des Energiekonzepts 2020.

Meine Damen und Herren, trotzdem, die Notwendigkeit dieser Trasse müssen wir noch einmal auf-

(Abg. Untermann)

rollen, ohne Frage. Ich denke da nur an die Offshore-Erzeugung der Windkraft im Norden und der Transport im Süden. Die Trassenführung ist nicht optimal und an manchen Stellen regulierungsbedürftig, das steht fest. Es ist im Vorfeld von Thüringer Vertretern versäumt worden, ihren Einfluss bei der Trassenführung geltend zu machen. Eine Entscheidung ist gefällt und das müssen wir wohl akzeptieren.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE:
Nein, müssen wir nicht.)

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Es ist
doch noch gar keine Entscheidung da.)

Sie fordern Verlegung von Erdkabel. Haben Sie sich über den tatsächlichen Kostenaufwand kundig gemacht? Bei schwierigem Gelände

(Beifall FDP)

könnten sich die Kosten verzehnfachen. Wer soll das bezahlen? Ich hoffe, nicht wieder der Endverbraucher, also wieder die kleinen Bürger.

Übrigens begrüße ich die Äußerung von Ministerpräsidentin Frau Lieberknecht gegenüber der Presse außerordentlich: Thüringen braucht einen Ausgleich für Stromleitungen. Da stehen wir eindeutig dahinter.

Das Planfeststellungsverfahren läuft. Es ist ein förmliches Verfahren, in dessen Verlauf das Landesverwaltungsamt Anhörungsverfahren und Erörterungstermine ermöglicht, wie schon bereits gesagt wurde. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens besteht die Möglichkeit der öffentlichen Anhörung. Da begrüße ich, dass das hier öffentlich sein muss, da stehe ich auch persönlich dahinter,

(Beifall DIE LINKE)

wo die betroffenen Kommunen und Anwohner öffentlich Fragen diskutieren können.

Wie anfangs bereits erwähnt, ist die Trasse ein Projekt des Transeuropäischen Energienetzes und zählt als ein Projekt von europäischem Interesse. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, zügig diese Projekte umzusetzen. Bei Verzögerung könnten Vertragsstrafen die Folge sein. Machen wir doch aus der Not eine Tugend. Es sollten alternative, aber realistische und bezahlbare und technisch umsetzbare Umsetzungsvorschläge gefunden werden.

Meine Damen und Herren von der LINKEN, ich erinnere an unseren gemeinsamen Antrag, wo Sie sich für den Einsatz erneuerbarer Energie klar positioniert haben.

(Beifall DIE LINKE)

Sie wollen erneuerbare Energien.

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Dezentrale.)

Man muss aber auch solche Forderungen durch ein schlüssiges Gesamtkonzept und ein Netzkonzept untersetzen.

(Beifall FDP)

Dazu zählen auch solche Überlegungen: Wie kommt der umweltfreundliche Strom aus dem Norden nach Süden? Aber auch ein ganz wichtiger Fakt, und das ist meiner Meinung nach viel bedeutender noch, ist: Wo positioniere ich jetzt andere alternative Energieprojekte, um längere Wege des Stroms zu vermeiden? Ein ganz wichtiger Fakt, an den wir denken sollten.

Meine persönliche Meinung zum Abschluss: Jede Verzögerung solcher Projekte, die wir jetzt machen, um alternative Energien einzusetzen, könnte das Laufzeitende der Atomkraftwerke verzögern. Danke.

(Beifall SPD, FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Frank Weber.

Abgeordneter Weber, SPD:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, entschuldigen Sie, Frau Präsidentin natürlich zu Beginn. Ich will nicht alles wiederholen, was wir in den letzten

(Beifall FDP)

Plenardebatten zu diesem Thema hatten. Frau Enders, ich werde auch nicht abschweifen, sondern tatsächlich beim Thema der Aktuellen Stunde bleiben, obwohl vieles, was Sie gesagt haben, schlichtweg falsch ist und auch einfach zu widerlegen ist.

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Eine Unverschämtheit!)

Aber es geht um die Erörterungstermine und die Frage der Herstellung der Öffentlichkeit. Kollege Worm hat schon richtig gesagt, all diejenigen, die der Meinung waren, sich in diesem Verfahren einbringen zu müssen, die Einwände haben, sind beteiligt worden. Das hat alles transparent und öffentlich stattgefunden. Es hat jeder die Möglichkeit gehabt, seine Einwendungen zu machen. Es werden beim Erörterungstermin auch all diejenigen geladen, die Einwände haben. Vor diesem Hintergrund kann ich es auch nur begrüßen, wie es der Kollege Worm schon sagte, dass wir selbstverständlich auch in diesem Fall der Auffassung sind, man kann durchaus - insbesondere bei der Zahl der Einwendungen, die es gibt - einen öffentlichen Termin machen. Ich sehe das als völlig unproblematisch und möchte das für meine Fraktion unterstützen. Ich halte es allerdings für sinnvoller für die

(Abg. Weber)

Bürger und die Menschen, die betroffen sind von der Leitung, wenn man sich tatsächlich irgendwann einmal mit der Frage auseinandersetzt, ob es nicht sinnvoller wäre, vernünftige Ausgleichsmaßnahmen zu fordern und ob es nicht auch vernünftiger wäre, dafür zu sorgen, dass dort, wo die Menschen irgendwann mal mit dieser Trasse in Berührung kommen und von dieser Trasse betroffen sind, tatsächlich einen Ausgleich dafür bekommen, denn sie werden nicht aufhalten, dass diese Trasse gebaut wird. Danke Schön.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das sehen wir anders.)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Dirk Adams.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst ein kurzes Eingehen auf Herrn Kollegen Untermann. Es ist eben nicht so, dass die Menschen in den Bürgerinitiativen den Ausbau der Netze aufhalten. Gestern Abend gab es einen Bericht - und ich begrüße diesen ganz außerordentlich - im Magazin „Frontal 21“, weil er zeigt, dass in der medialen Kommunikation auch Veränderungen und Erkenntnisse möglich sind. Dieser Bericht ist einer der ersten Berichte seit vielen Jahren, der die Menschen, die ihre ganz normalen Beteiligungsrechte wahrnehmen, nicht diffamiert, sondern sie ernst nimmt

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und ganz klar sagt, natürlich ist es das Recht von Bürgerinnen und Bürgern, im Planfeststellungs- und Raumordnungsverfahren ihre Meinung zu sagen.

Vielleicht auch noch mal eine Sache ganz deutlich: Im Augenblick haben wir 24 Projekte am Laufen zum Neuausbau. Davon sind acht nicht im Zeitplan, drei davon - so wie in Thüringen - sind lediglich darauf zurückzuführen, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Beteiligungsrechte wahrgenommen haben. Wer hier davon spricht, dass die Bürgerinnen und Bürger das Problem beim Netzausbau sind, fehlt vollkommen. Sie irren an dieser Stelle. Es sind die Konzerne und das muss man mal ganz klar sagen, auch wenn uns heute wieder erklärt werden wird, dass die Netzbetreiber vollkommen abgekoppelt sind von den großen Energieriesen. Das mag heute so sein. Aber als die dena-I-Studie gemacht wurde, waren sie Abteilungen der Energieriesen und so ist diese dena-I-Studie auch gestrickt worden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Aber eigentlich geht es in der Debatte, die heute von der LINKEN in der Aktuellen Stunde eingefordert wurde, gar nicht um Energiepolitik, sondern es geht um Demokratie und um Bürgerbeteiligung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Energie ist hier an der Stelle gar nicht einschlägig, sondern es geht um Beteiligung. Das trennt mich auch vollkommen von Herrn Kollegen Weber, der sagt: Die haben ja alles sagen dürfen und damit sei die Beteiligung erledigt. Es geht eben bei dieser Beteiligung nicht darum, dass wir ein Verfahren abspulen, ein bisschen Papier produzieren und dann eigentlich schon wissen, was rauskommen muss. Herr Weber, Sie haben es selber gesagt, die Leute sollen einfach aufgeben und sagen, so wird es. Aber das rechtsstaatliche Planungsverfahren, das wir alle zusammen erkämpft und fortentwickelt haben, gerade Menschen, die umweltbewusst sind, so wie Sie - das unterstelle ich jetzt einmal. Und nun müssen wir diese Planungsverfahren doch auch ernst nehmen. Wir können doch nicht sagen, wunderbar, dass ihr uns eure Einwendungen schreibt und dann sind wir damit fertig, sondern wir müssen doch beteiligen. Das heißt doch nicht Bürgeranhörung, sondern das heißt Bürgerbeteiligung. Deshalb tun wir gut daran, wenn wir sagen, wir wollen die Bürger wirklich beteiligen. Das ist ja bisher auch schon geschehen. Die Ideen, die von den Bürgerinitiativen eingebracht und aus Richtung der CDU permanent verlacht wurden, sind ja heute Standard. Niemand behauptet mehr, dass man einfach nur durch Neubau, ohne Speicherung, ohne neue Leitungssysteme, ohne Leitungsmonitoring hier vorwärtskommen würde. Das haben die Bürgerinitiativen für uns alle gemacht, im Übrigen immer in Kritik zur SPD, immer in Kritik hier in Thüringen zur CDU und oft auch zur FDP. Sie sind da ein bisschen unentschieden, Sie haben ja auch Pressemitteilungen losgelassen, wo Sie gesagt haben, alles schlimm, was der Herr Machnig macht. Der will die Leitung durchpreschen. Ihre Bundespolitiker kommen immer zu den Politikern meiner Partei, Herr Trittin muss sich da immer anzählen lassen. Das ist einfach unredlich, dass Sie den Menschen in Thüringen nicht ganz klar sagen, wo Sie stehen. Sagen Sie doch einfach mal, wo Sie stehen. Haben Sie einen wirklichen energiepolitischen und beteiligungspolitischen Debattenstandpunkt? Wo stehen Sie? Wollen Sie, dass die Bürger beteiligt werden, und dass tatsächlich im Planfeststellungsverfahren auch Änderungen erfolgen zugunsten der Bürger?

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Wo stehen Sie denn?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt haben wir hier den Fakt, das Landesverwaltungsamt lädt ein, kann man in verschiedenen Amtsblättern

(Abg. Adams)

sehen, zu nicht öffentlicher Sitzung. Unerhört, meine sehr verehrten Damen und Herren, unerhört, sage ich da dreimal.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben vor 14 Tagen bei Ihnen, Herr Machnig, im Beirat zusammensitzen können, da haben Sie Dr. Ahmels da gehabt, haben ihn gelobt für seine Arbeit hier am Plan N. Den habe ich schon seit Dezember in jeder Debatte zu dem Thema hochgehalten. Hier steht drin - übrigens auch von den Bürgerinitiativen in Thüringen unterstützt -, wir wollen beteiligt sein, wir wollen Transparenz, wir wollen mitmachen. Und mitmachen heißt nicht, dass man kurz mal zuhört, mitmachen heißt wirkliche Beteiligung. Deshalb ist unsere Forderung: Beteiligen Sie die Bürgerinnen und Bürger, hören Sie auf die Bürgerinnen und Bürger und dann werden wir ganz genau diskutieren, ob wir diese Leitung wirklich brauchen. Wenn das dargelegt wird, dass die Leitung gebraucht wird, müssen wir sie bauen.

(Beifall CDU)

Wenn Sie das nicht nachweisen können, dürfen wir sie nicht bauen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Adams, gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Herr Minister Machnig für die Landesregierung. Bitte schön.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Adams, ich habe jetzt intensiv zugehört, aber Ihre Position habe ich überhaupt nicht verstanden.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Die ist irgendwo, aber nirgendwo, sie ist vor allen Dingen durch eines gekennzeichnet, sich bloß nicht festlegen und möglichst auf gar nichts festlegen.

(Beifall CDU, SPD)

Das ist das, was Sie hier betreiben. Jetzt will ich noch mal erklären, wo wir eigentlich stehen in der Diskussion. Das ist ein europäisches Projekt, das ist hier schon mehrfach vorgetragen worden. Wenn wir das Projekt in Deutschland nicht realisieren, gibt es ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland. Das ist die Realität. Alle haben ja vorhin das große Lied auf Europa gesungen. Aber dann, wenn Europa uns etwas abverlangt, dann sagen wir, gilt aber nicht.

(Beifall CDU)

Dann haben wir zweitens das Energieleitungsausbaugesetz, das ist über den Deutschen Bundestag gegangen und wir haben Studien. Ich will mal sagen, diesen Unsinn, dass das Monopolkapital das alles wieder vorgegeben hat in der dena-Netzstudie, das ist einfach abenteuerlich. Meine Mitarbeiter waren ein Teil der dena-Netzstudie im damaligen BMU. Einer von denen ist heute Staatssekretär in der grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, wenn der ein Vertreter des Monopolkapitals ist, dann weiß ich nun gar nichts mehr.

(Beifall CDU)

Jetzt noch mal zum berühmten Plan N. Der Mitarbeiter, von dem Sie gesprochen haben, Herr Adams, hat sich, wenn Sie sich erinnern, am Anfang der Sitzung bei mir bedankt. Warum? Diesen Plan N habe ich damals im BMU in Auftrag gegeben an die Deutsche Umwelthilfe. Was steht im Plan N drin?

(Zwischenruf Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann nehmen Sie ihn doch ernst)

Auch, aber da steht vor allem drin, wir brauchen Netzausbau. Der Kollege, der da war, auch von der ThUA hat gesagt: Wir brauchen Netzausbau. Dann kommen wir zu der Frage, wie machen wir das?

(Unruhe DIE LINKE)

Jetzt gibt es wieder die Meinung, da bin ich allerdings auch sehr prinzipienfest. Ich habe mich immer dafür eingesetzt, dass in Erörterungsterminen und in den Verfahren auch Öffentlichkeitsbeteiligung sichergestellt ist. Ich kann sogar Projekte zeigen, wo über die Öffentlichkeitsbeteiligung eine Beschleunigung der Verfahren erreicht wird. Aber, was wir nicht mehr können, das sage ich jetzt mal mit großem Nachdruck, gerade an diejenigen, die die Energiewende wollen. Wenn wir weiterhin 12 bis 15 Jahre für den Netzausbau brauchen, dann werden wir die Energiewende nicht schaffen. Ich bin sehr bei Ihnen, der Kollege Untermann, der das vorhin gesagt hat, bin ja sonst nicht immer Freund der FDP, aber in der Tat, wenn wir mit dem Netzausbau nicht vorankommen, dann werden wir die Energiewende hinausschieben müssen. Das ist die bittere Wahrheit und die müssen auch Vertreter der Umweltverbände und der Umweltbewegung endlich einsehen.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Das ist die bittere Realität. Da sage ich auch, was man dann tun muss - da bin ich auch gerne bereit dazu -, alle Maßnahmen der Netzoptimierung zu prüfen, alle Maßnahmen. Dann kann es sein, dass wir nicht dena I und dena II, 4.500 km brauchen, vielleicht sind es nur 2.700 km oder 2.800 km. Aber für Thüringen - darauf lege ich schon großen Wert -, wir haben die Anhörung gemacht, Herr Heym, hier

(Minister Machnig)

auf unser Betreiben hin vonseiten der Koalition. Was haben wir denn dort gehört: Alle Lastflussanalysen haben eines gezeigt, selbst durch Netzoptimierung ist der zusätzliche Strom nicht transportierbar.

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Das ist doch gar nicht wahr.)

Natürlich stimmt das. Das wollen Sie nicht hören, das stimmt aber.

(Beifall CDU, FDP)

Das ist nun mehrfach vorgetragen worden von all denjenigen, die im Unterschied zu uns eines wissen, was eine Lastflussanalyse überhaupt ist.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Manche reden ja darüber und wissen gar nicht, was das ist.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Deswegen sage ich ganz klar: Der Nachweis, dass die Strecke gebraucht wird, ist für mich völlig klar. Ich kenne kein - außer der tumben Behauptung, man könne alles irgendwie optimieren - Gegenargument bislang, welches diesen Netzausbau infrage stellt. Jetzt bin ich allerdings auch ein Vertreter von Rechtsstaatlichkeit, und zwar ein glühender Vertreter von Rechtsstaatlichkeit, ja. Nun wollen wir mal schauen, was ist eigentlich rechtsstaatlich geboten. Rechtsstaatlich geboten ist Folgendes: Das Landesverwaltungsamt ist noch nicht einmal gesetzlich verpflichtet, einen Erörterungstermin zu machen. Sie machen aber trotzdem einen, das ist die Wahrheit.

(Zwischenruf Abg. Enders, DIE LINKE: Weil wir es gefordert haben - immer und immer wieder!)

Ja, das ist die Wahrheit. Ich habe Ihnen doch auch zugehört. Sie sind gesetzlich gar nicht verpflichtet, machen es aber und haben im Übrigen - das ist schon mehrfach hier gesagt worden - die Unterlagen ausgelegt. Dann heißt es - wie gesagt, manchmal hilft das Nachschlagen im Gesetzeswerk bei dem Erkenntnisgewinn -, was heißt es dann im Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz: Eine Erörterung findet grundsätzlich nicht öffentlich statt. Das steht da erst einmal drin, das ist die erste Festlegung. Zweite Festlegung heißt aber: Der Versammlungsleiter kann aber anderen Personen bei Bedarf und Interesse die Anwesenheit gestatten, darf er. Also er kann es zulassen. Nur eines sage ich Ihnen, woran ist es jetzt gelegen: Wenn ich Leute zulassen darf, die ihre Argumente vortragen wollen, aber wenn kein Hully-Gully vor laufenden Kameras stattfindet, was ist eigentlich so schlimm daran? Die Argumente können doch vorgetragen werden. Zu sagen, weil da jetzt nicht alle Medien vertreten sind

und damit auch ein bestimmter Zirkuscharakter aus der Veranstaltung wird, dass das nicht möglich ist,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Für Sie ist das ein Zirkus, ja?)

- ja natürlich -, da das nicht möglich ist, zu behaupten, das würde nur hinter verschlossenen Türen stattfinden und es sei keine Transparenz gewährleistet, das ist geradezu abenteuerlich. Das heißt, der Versammlungsleiter kann, ich würde mir wünschen, wenn der Versammlungsleiter von seiner Möglichkeit Gebrauch machen würde, alle diejenigen, die ein ernsthaftes Interesse haben, ein ernsthaftes, ein fachliches Interesse, dass die Dinge dort vorgetragen werden und dass die in die Betrachtung mit einbezogen werden können. Das ist meine Position und dazu, liebe Frau Enders, brauche ich dann nicht den Eindruck zu erwecken, als sei in Deutschland Rechtsstaatlichkeit und auch öffentliche Beteiligung nicht gewährleistet.

(Beifall FDP)

Ich stelle fest, das ist gewährleistet und ich wünsche mir eines, wenn wir die Energiewende machen wollen und wir führen 20-mal solche Diskussionen, dann weiß ich eines, dann wird die 2085 kommen und nicht vorher. Ich habe mir das ein bisschen schneller vorgestellt. Ich glaube, dass es auch schneller notwendig ist. Dazu müssen wir aber alle dann auch eines tun - das sage ich an alle Parteien, auch an meine eigene -, wenn wir dann Infrastrukturen bauen wollen, dann kann das nicht nach der Melodie gehen, auf der Bundesebene erklären wir die Notwendigkeit und vor Ort erklären wir den Bürgern, dass es aber nicht notwendig ist. Das geht nicht. Das ist Politik, die aus meiner Sicht nicht geht, sondern dann muss man auch überall dazu stehen, überall dazu stehen, weil wir - das ist völlig unstrittig - in den nächsten Jahren Netzinfrastrukturen brauchen. Wir sollten ein gemeinsames Interesse daran haben, dass diese Netzinfrastrukturen auch gebaut werden, damit die Energiewende kommt, damit wir die Erneuerbaren fördern können und damit wir auch Versorgungssicherheit in allen Teilen Deutschlands gewähren können. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich habe zwei Wortmeldungen noch gesehen seitens der Abgeordneten. Herr Dirk Adams von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Petra Enders seitens der Fraktion DIE LINKE. Wir haben noch 10 Minuten Redezeit. Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dirk Adams von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, vielen Dank, dass ich das Wort noch mal bekommen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Machnig, das war jetzt bezeichnend, wer Medien und den Wunsch von Medien, über Veranstaltungen von hohem öffentlichen Interesse zu berichten, als Zirkus bezeichnet, hat die Maske voll plumpsen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Ich fühle mich aber echt erlappt, zutiefst erlappt.)

Ich glaube, Sie sind gerade zynisch und Zynismus kommt relativ selten gut. Ich will Ihnen eine Antwort auf Ihre Frage geben, wenn Sie so tun, als ob wir GRÜNEN hier irgendwo unklar seien. Ich will Ihnen mal eines sagen - und da saßen Sie auch daneben, deshalb nehme ich Ihnen das so enorm übel -, es gibt überhaupt keinen Dissens darüber, dass wir neue Netze und einen Netzausbau brauchen.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Mit zu viel Presse hat der Minister noch nie ein Problem gehabt.)

Und dieser Netzausbau bedeutet vieles - und das ist Ihr Problem, dass Sie da ein bisschen einseitig sind - und nicht nur eines, dieser Netzausbau bedeutet ganz klar, wir brauchen Speicherung, das ist vollkommen verpennt worden, auch Sie haben das nicht vorangetrieben als Staatssekretär auf der Bundesebene nicht und hier auch noch nicht.

(Zwischenruf Abg. Worm, CDU: Sie haben es auch nicht vorangetrieben.)

Wir haben das vorangetrieben und das sehen Sie nur nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Speicherung ist wichtig. Wir brauchen neue Leitungstechnik, auch das ist bis vor Kurzem verlacht worden, und wenn es an der Aufhängung dazu fehlt, dann müssen wir Innovationen lostreten, um daran etwas zu machen.

(Unruhe FDP)

Wir brauchen Monitoring, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das ist verlacht worden von vielen bisher, mittlerweile ist das Standard. Aber was haben Sie denn bisher gefördert zum Thema Monitoring, das habe ich noch nicht gehört. Jetzt legen Sie mal los beim Netzausbau, nicht nur neue Leitungen bauen, sondern was ist denn jetzt los mit Speichern, was ist denn hier in Thüringen los mit Leitungstechnik und was ist los mit Leitungsmonitoring? Da sage ich Ihnen auch noch mal ganz deutlich, es wird neue Leitungen geben müssen, da gibt es überhaupt gar kein Problem.

Und ich sage Ihnen noch eines: Möglicherweise muss es die Leitung durch den Thüringer Wald geben. Aber ich sage Ihnen auch, was wir GRÜNEN nicht akzeptieren, wir akzeptieren nicht, dass Sie ein Gesetz machen, in dem drinsteht, dass das, was normalerweise im Raumordnungsverfahren erst festgestellt werden muss, ob man diese Leitung an dieser Stelle genau braucht, dass Sie das nicht mal prüfen wollen, das akzeptieren wir nicht. Wir wollen, dass dargelegt wird, ob diese Leitung an dieser Stelle exakt gebraucht wird. Da will ich mit einer Mär aufhören, dass irgendwann irgendjemand uns in der Befassung - ich glaube, es war am 18. Mai letzten Jahres - vorgerechnet hätte, dass diese Anlage, dass diese neue Leitung nötig ist. Mitnichten, wir haben nämlich extra darauf hingewiesen, dass wesentliche Grunddaten, um diese Berechnung durchführen zu können, nicht vorhanden sind. Da haben Sie gesagt, Sie wollen sich bemühen, dass wir diese Unterlagen bekommen, und ich glaube, es war ein Fax gewesen, das so ungefähr auf 10 x 10 cm ein Bild zeigte, ich glaube, einer Jahresscheibe, wo sozusagen die Pegelausschläge, wie sich das Netz geändert hat, und das sollte etwas beweisen. Das konnte man überhaupt nicht lesen. Und da haben Sie das hochgehalten und haben gesagt, das ist der Beweis. Ich sage Ihnen ganz klar, wenn das für Sie der Beweis ist, okay, ich bin Ingenieur, ich gucke mir so was gern exakt an, und ich habe überhaupt kein Problem, meine Meinung zu ändern, aber Sie müssen das vorrechnen und Sie haben es bisher nicht vorgerechnet und bis Sie es nicht vorgerechnet haben sage ich Ihnen, ich zweifle daran, dass diese Leitung an dieser Stelle genau langgehen muss. Sie haben keine Alternativen geprüft. Sie haben nicht die Alternativen geprüft, ob wir 100 km links, rechts oder sagen wir östlich oder westlich davon viel besser durchgehen könnten, das haben Sie, die Befürworter, nicht geprüft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das stimmt doch gar nicht!)

Und dann will ich Ihnen noch eines sagen: Mir ist bewusst und ich kenne das Argument, dass es im Wesentlichen nicht um die Übertragung der Leistungsfelder geht, sondern um die Stabilität des Netzes, aber Sie werden es nicht sauber und zweifelsfrei erklären können, dass Sie bei mehr Autarkie mehr Transport brauchen. Das werden Sie nicht abschließend erklären können. Sie können einen Teil Ihrer Ausbaupläne damit erklären, dass Sie die Frequenz stabil halten müssen, das funktioniert, aber Sie können nicht den Widerspruch auflösen, dass wir mehr autarke Regionen haben werden, und Sie meinen, dass Sie mehr Leitungen dafür brauchen.

(Abg. Adams)

Noch eine letzte Sache: Der Kollege Worm hat das so schön gesagt; wir müssen darauf achten, dass wir erneuerbare Energien nicht nur im Osten Deutschlands haben, sondern auch in Baden-Württemberg. Darum kümmern wir GRÜNEN uns. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Es spricht erneut Frau Petra Enders von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Enders, DIE LINKE:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal an das anknüpfen, was mein Kollege Adams gesagt hat. Es muss endlich Schluss sein mit dieser Lüge, dass den Kritikern und den Gegnern der 380-kV-Leitung vorgeworfen wird, sie seien gegen regenerative Energien. Das ist eine Lüge und das muss hier endlich einmal klargestellt werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil wir hier gerade über regenerative Energien gesprochen haben, möchte ich aus einer Pressemitteilung von EUROSOLAR zitieren, das betrifft den Stromtrassenbau. Darin steht: „Der geplante massive Stromtrassenbau zementiert Großstrukturen.“

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist der falsche Ansatz, denn regenerative Energien sind geradezu prädestiniert für dezentrale Erzeugung mit vielen Akteuren, verbrauchsnahe und kostengünstig.“

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das denke ich auch. Sie schreiben weiter: „Dies gilt ganz besonders für die Photovoltaik, die im regenerativen Energiemix der Zukunft eine große Rolle spielen wird. So lassen sich Monopolstrukturen auflösen, statt sie in das regenerative Zeitalter, das längst angebrochen ist, künstlich hinüberzuretten.“ Ich muss mit aller Deutlichkeit sagen, es wird Zeit, dass wir jetzt die Chance nutzen und tatsächlich eine Energiewende hin zu regenerativen Energien machen. Gerade diese Leitungen sind dabei der falsche Ansatz. Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal eines sagen: Hochtemperaturseile und Freileitungsmonitoring werden hier immer wieder infrage gestellt; das ist aber eine weltweit erprobte Technik.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das weiß ich.)

Ich sage ganz deutlich: Es hat bis jetzt im Hinblick auf das Gutachten von Prof. Jarass aus dem Jahr 2007 noch keiner nachgewiesen, dass es mit Freileitungsmonitoring und Hochtemperaturseilen nicht geht, die notwendigen Leitungskapazitäten zu optimieren. Keiner konnte das Gutachten widerlegen.

Sie sprachen gerade von den Lastflussanalysen; da gebe ich meinem Kollegen Adams recht. Es sind uns keine Lastflussanalysen vorgelegt worden. Lastflüsse werden im Viertelstundentakt gemessen. Wir haben gefordert, legt uns diese Daten vor, damit wir uns mit den aktuellen Daten noch einmal auseinandersetzen können. Das ist nicht geschehen. Bis jetzt hat sich 50Hertz geweigert, uns diese Daten zur Beurteilung vorzulegen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, das ist keine Transparenz, das hat nichts damit zu tun, mit uns ins Gespräch zu kommen und das ist für mich auch nicht der Beweis, dass diese 380-kV-Leitung notwendig ist.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal etwas zur Öffentlichkeit sagen. Ich habe heute durch alle Fraktionen hinweg gehört, Öffentlichkeit ist wichtig, Öffentlichkeit ist notwendig, wir sind dafür. Hier sitzt der Innenminister. Herr Innenminister, ich stelle jetzt ganz einfach an Sie die Frage; das Landesverwaltungsamt untersteht Ihnen. Es ist eine nicht öffentliche Anhörung zur 380-kV-Leitung geplant. Sie hätten aus meiner Sicht schon die Möglichkeit, noch einmal das Gespräch, ich formuliere es einmal so, mit dem Thüringer Landesverwaltungsamt zu suchen und die Öffentlichkeit für diese Anhörung herzustellen. Es sind 1.300 Einwendungen eingegangen.

(Beifall DIE LINKE)

Das haben wir gerade eben gehört. Ich denke, damit besteht ein großes öffentliches Interesse und es sollte in öffentlicher Runde über alle hier aufgeworfenen Fragen diskutiert werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch eines, weil wir heute auch über diesen Plan N gesprochen haben, der sich klar für den Ausbau der Netze ausspreche. Die Frage ist immer, was ich unter Ausbau der Netze verstehe. In dem Plan N ist aufgezeigt, dass Ausbau der Netze eben auch sein kann, dass man neue Technologien zum Einsatz bringt. Da stehen unter anderem diese Hochtemperaturseile drin. Ich denke, das wäre eine Variante, die kostengünstiger wäre und keinen Eingriff in Natur und Landschaft bedeutet. Deshalb sage ich: Warum versuchen wir nicht, diesen Weg zu beschreiten? Und noch eins: Auch im Planfeststellungsverfahren hat man, bevor man einen Neubau favorisiert, alle Optimierungsmöglichkeiten zu überprüfen. Ich habe mir die Unterlagen ganz genau an-

(Abg. Enders)

geschaut, weil ich mich damit schon seit Jahren sehr intensiv beschäftige. Diese Varianten der Optimierung sind im Planfeststellungsverfahren nicht geprüft worden. Da sage ich schon, wir bleiben dabei, diese 380-kV-Leitung durch Thüringen nach Bayern ist nicht notwendig.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen seitens der Regierung. Ich schließe damit den zweiten Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf den **dritten Teil**

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Zusammenarbeit der Landesregierung mit den Akteuren der Thüringer Wirtschaft“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2522 -

Als Erstem erteile ich Abgeordneten Thomas Kemmerich von der Fraktion der FDP das Wort.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, es kommt noch keine Pause, es geht weiter.

(Zuruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Ich habe sowieso eine bessere Kondition als Sie, Herr Kemmerich.)

Das werden wir noch sehen.

(Heiterkeit FDP)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, der Leiter des Wirtschaftsministeriums in Thüringen hat, zu den Kammern gewandt, gesagt, ihr seid nicht die Wirtschaft. Kammern sind - ich will es noch mal in das Gedächtnis rufen - der Zusammenschluss aller in Thüringen aktiven Unternehmen, teilweise in Handwerkskammern oder in IHKen unterteilt, davon haben wir jeweils drei. Sie sind der Verband der Wirtschaft und anderer Institutionen, die auf demokratische Art und Weise legitimiert sind, Sprachrohr eben dieser Wirtschaft in Thüringen zu sein. Natürlich haben diese Leute das nicht auf sich sitzen lassen und mit diversen, auch öffentlich gemachten Bekundungen ihr Unwohlsein und ihre Betroffenheit zum Ausdruck gebracht. Die IKHen und der VWT haben unter anderem gesagt, dass sie es unterlassen, im Vorfeld Diskussionen mit uns zu führen, ist unverständlich und bedauerlich. Es ist kein offener

und ehrlicher Umgang miteinander, wie wir ihn erwarten und wie er auch zwischen einem Wirtschaftsministerium und Kammern sowie Verbänden eigentlich selbstverständlich sein sollte.

Ein Brief vom Hauptgeschäftsführer der IHK Erfurt an Ihren Bruder im Geiste, Herrn Schild, Sie werden mir beipflichten, dass öffentliche Diskussionen über das Für und Wider wirtschaftsfördernder Maßnahmen wenig sinnvoll erscheinen, wenn Sie bereits vollendete Tatsachen geschaffen haben.

Vorwurf an Ihre eben schon zitierte GRW-Richtlinie: Hier sind Kriterien geschaffen worden, wie z.B. Produktzertifikate, Ökodesignrichtlinien gibt es nicht. Sie machen Förderprogramme an Richtlinien fest, die nicht existieren. Das ist unredlich und auch nicht erfüllbar.

(Beifall FDP)

Sie fordern Zertifizierung nach EMAS und ISO 14001. 42 Unternehmen in Thüringen haben diese Normen bis jetzt erfüllt von 100.000 Thüringer Unternehmen. Wie wollen diese 999.956 diese Entscheidung, diese Förderrichtlinie erfüllen? Sie behindern den Thüringer Mittelstand.

(Beifall FDP)

Das Cluster Polymerat sagt, die für viel Geld entwickelte Trendatlas-Analyse hat auch dieser Verband bereits erstellt. Allerdings bei den Umsetzungen schaffen Sie, wollen Sie wieder Doppelstrukturen schaffen, teure Instrumente, die keinem nützen und Sie verletzen den Grundsatz der Subsidiarität.

(Beifall FDP)

Herr Bauhaus, Präsident der IHK zu Erfurt, hat auch noch mal gesagt, Vor diesem Hintergrund sei es fragwürdig, wenn ein Wirtschaftsminister in landeseigene Gesellschaften neue Betätigungsfelder mit zusätzlichem Personal schaffe, obwohl die private Wirtschaft vergleichbare Leistungen bereithält. Herr Grafe, Vizepräsident der IHK, hat Ihnen vorgeworfen, Sie vergiften die Atmosphäre. Nicht zuletzt hat heute Frau Zimmermann, Landesvorsitzende des VdU, nochmals angeprangert, dass das in das Abseitsstellen der Zeitarbeit nicht dienlich ist. Wir haben ausgeführt, die Atmungsfähigkeit der Wirtschaft ist durch Zeitarbeit bevorzugt, aber auf diese Kritik gehen Sie nicht ein. Ganz im Gegenteil, heute haben Sie sich - oh, Wunder, ich kann mich nicht erinnern, dass wir als Land Thüringen dahinterstehen - gemeinsam mit der IG Metall und dem Land Thüringen - ich weiß nicht, ob das Haus diesen Beschluss gefasst hat - für die Ächtung der Zeitarbeit ausgesprochen und waren sodann heute früh in Frankfurt.

Meine Damen und Herren, ein Minister für die Thüringer Wirtschaft handelt anders. Wenn Sie Ihr Amt hier profilsüchtig und profilsuchend dazu einsetzen, andere Tatbestände über Thüringen hinaus zu ver-

(Abg. Kemmerich)

wirklichen, so müssen wir das wirklich hier in Ächtung stellen und können das nicht akzeptieren.

(Beifall FDP)

Herr Machnig, wann haben Sie denn zuletzt über die Region hinaus bekannte Verbände in Thüringen vorgestellt, die Investitionsfähigkeit für Thüringen betont? Wann haben Sie denn etwas für Thüringen gemacht?

Frau Lieberknecht ist nicht da, aber auch die anderen Mitglieder der Regierung und natürlich auch der Regierungsfraktionen müssen sich die Frage gefallen lassen: Welche Signale werden denn von der Landespolitik im Bereich Wirtschaftspolitik ausgesandt? Welche Aussagen gehen an die möglichen Investoren, die Arbeitsplätze schaffen wollen, die dafür Sorge tragen wollen, dass die Leute in Thüringen bleiben? Welche Signale senden Sie? Sind es Signale, dass Thüringen investitionsfreundlich ist, hier zu investieren? Sind das Signale, die man aussendet durch ein Vergabegesetz, was seinesgleichen sucht in der Republik? Sind das Signale, die durch diese Richtlinie ausgesendet werden? Oder sind es eben Signale, dass Thüringen ein Experimentierfeld für eine marktskeptische Industriepolitik der 70er-Jahre ist mit instabilen und spontan sich ändernden Rahmenbedingungen.

Frau Lieberknecht, ich würde Sie gern fragen, ob denn der Investor lieber das Gespräch mit Ihnen sucht oder mit Herrn Tillich in Sachsen? Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Als Nächster spricht für die Fraktion DIE LINKE Abgeordneter Dieter Hausold.

Abgeordneter Hausold, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kemmerich, Marktskepsis - eine Politik, die Marktskepsis erkennen lässt, die kann ich zwar bei unserem Wirtschaftsminister in Thüringen nicht erkennen, aber da muss ich Ihnen einmal sagen, die Stichworte sind immer wieder dieselben bei Ihnen, die Ihr Verständnis von Wirtschaftspolitik deutlich machen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Wir haben wenigstens Verständnis.)

Haben Sie schon vergessen, dass wir eine Zeit hinter uns haben, in der uns unter dem Motto „Alles regelt der Markt und die freie Finanzwirtschaft“ diese Politik in die größte Wirtschaftskrise geführt hat, die wir in den vergangenen Jahrzehnten hatten? Haben Sie nicht bemerkt, Sie reden jetzt wieder darüber und freuen sich - ich mich auch - wir haben

Aufschwung. An dem Aufschwung haben Sie allerdings nichts ...

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Die größten haben Sie hinterlassen.)

Nein, da irren Sie sich gewaltig, Herr Heym, aber das ist jetzt nicht das Thema.

Ich will darauf hinaus, diese Formulierung des Kollegen von der FDP macht ja klar, worum es in dem Antrag eigentlich geht.

Ich will zweitens sagen: Ich bin Zeiten gewöhnt, in denen von Herrn Wirtschaftsminister ehemals Reinholz und den Thüringer Kammern unisono in allen, aber auch allen Fragen buchstabengetreu die gleichen Mitteilungen verkündet wurden. Da muss ich Ihnen sagen, die, die am allermeisten verkündet wurden, immer in wortgleicher Übereinstimmung wie auch vom Ministerpräsidenten damals, Herrn Althaus, selbst. Das war: „Billiglohn ist ein Markenzeichen und ein guter Standortfaktor für Thüringen.“ Wohin uns diese Politik geführt hat, haben wir dann in den folgenden Jahren gesehen. Ich bin weit entfernt, in allen Punkten mit Herrn Machnig einer Meinung zu sein. Aber ausgerechnet, Herr Kemmerich, dem Minister hier vorzuwerfen, was haben Sie denn überhaupt gemacht, der von Regierungsseite in diesem Land das Thema dieser niedrigen Löhne in Thüringen überhaupt wieder einmal zur Regierungssache gemacht hat, das finde ich so etwas von daneben und das kritisiere ich ganz entschieden.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Ich will einmal Folgendes sagen, wenn es jetzt kritische Bemerkungen und Vorwürfe in dem einen oder anderen zwischen Kammern und dem Ministerium oder dem Minister gibt, natürlich, wenn es um Zusammenarbeit geht, dann geht es auch um gegenseitiges miteinander Debattieren, dann geht es auch um Kompromisse gegebenenfalls in bestimmten Positionen. Aber gerade bei dem Aufhänger für diesen Antrag ist nun mittlerweile so etwas von klar, dass wir auch im Zusammenhang mit Leiharbeit und den damit verbundenen minderen Löhnen als eine Zukunftsfrage für Thüringen eine grundlegende Veränderung brauchen. Da muss ich sagen, es ist lange genug in diesem Land öffentlich auch mit den Kammern in diesem Land debattiert worden, dass wir hier Veränderungen brauchen. Hinter verschlossenen Türen gab es oft sogar zumindest so eine halbe Zustimmung zu diesen Fragen. Dann muss ich mich schon - und die Frage stelle ich natürlich auch den Kammern an dieser Stelle - fragen, warum dann jetzt, wo an einem einzelnen Punkt, aber gut durchdacht aus meiner Sicht, auch einmal gehandelt wird, sofort wieder die ganze alte Mär aufgemacht wird - das ist schädlich für die Wirtschaft in Thüringen, das wird sozusagen unserem Land schaden - und das noch zur gleichen Zeit, wo

(Abg. Hausold)

alle unisono und ohne Differenz sagen, wir haben ein riesiges Fachkräfteproblem in den nächsten Jahren, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Die Zahlen sind heute schon in anderen Zusammenhängen genannt worden, ich will sie hier an der Stelle nicht wiederholen. Aber wir brauchen deshalb unbedingt eine Begrenzung von Leiharbeit, ein Zurückführen von Leiharbeit auf ihre ursprüngliche Funktion, nicht als Dauerzustand und gerade dann, wenn wir überall von Aufschwung reden und das konstatieren, muss das doch möglich sein.

Im Übrigen hat kürzlich das Bundesarbeitsgericht auch festgestellt, dass bei Leiharbeit künftig gleicher Lohn für gleiche Arbeit zur Pflicht werden soll. Vordergründig entschied das Bundesarbeitsgericht zwar hier nur über Formalien, aber in der Konsequenz geht es um Gerechtigkeit, eben nicht um Gleichmacherei in der Endkonsequenz. Wenn man es zu Ende denkt, steht das Urteil für eine wirtschaftliche Attraktivität und damit für die Beendigung des Status des Niedriglohns und eines wirklichen Gegensteuerns in dieser Hinsicht gerade auch gegen den Fachkräftemangel.

Deshalb will ich es noch mal deutlich sagen: Wirtschaftspolitisches Verständnis braucht das Verständnis für eine gute angepasste Lohnpolitik, die nicht nur Fachpotenzial hier in Form von guter Arbeit an sich ermöglicht, sondern die auch über Löhne aus dieser Arbeit ermöglicht, dass Menschen und Familien in diesem Land eine Zukunft haben und deshalb hierbleiben können, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

Abgeordneter Hausold, DIE LINKE:

Meine Redezeit ist beendet, aber ich denke, das Wichtigste ist gesagt, Frau Präsidentin.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Als Nächster spricht der Abgeordnete Dirk Adams von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man in den letzten Wochen zufällig nicht in Thüringen gewesen wäre und hätte einfach nur den Titel, der hier von der FDP zur Aktuellen

Stunde gewählt wurde, genommen, wäre man vielleicht zu einer vollkommen anderen Diskussion gekommen. Der Titel, um es noch mal ins Gedächtnis zu rufen, heißt: „Zusammenarbeit der Landesregierung mit den Akteuren der Thüringer Wirtschaft“. Da habe ich mir zunächst einmal die Frage gestellt: Was ist Wirtschaftspolitik? Ich bin mal so durchgegangen, was ich glaube, was gute Wirtschaftspolitik in jedem Fall ist. Das ist Innovationspolitik. Da frage ich: Was hat die FDP dafür getan? Das ist Technologieentwicklung, große Technologiepotenziale in den letzten Jahren aufzuschließen für Thüringen. Da weiß ich nicht, was Sie dafür getan haben. Die Frage Bildung und Ausbildung in den Vordergrund zu stellen und Fachkräftemangel vorzubeugen, das ist eine ganz wichtige Sache. Da weiß ich nicht, was Sie da großartig gebracht haben.

Gute Arbeitnehmer- und gute Arbeitgeberpolitik zu machen - auch da habe ich von der FDP wenig Vorschläge gehört. Es geht manchmal um Infrastruktur und es geht um Ansiedlungspolitik und es geht um Förderpolitik - es ist ein so weites Feld. Es wäre vielleicht vernünftig gewesen, auch um Farbe zu bekennen, wenn Sie vielleicht in Ihrem Titel deutlicher gesagt hätten, was Sie wollen.

Schaut man sich an, was Wirtschaft, Akteure der Wirtschaft ist, ich glaube, jedes Bemühen, das auf Wertschöpfung hinausläuft, ist gutes wirtschaftliches Bemühen. Es ist so vielfältig, dass man, glaube ich, es nicht reduzieren kann auf die Arbeit, die sehr gute Arbeit, die von mir sehr geschätzte Arbeit der Kammern und Unternehmensverbände. Damit liegen Sie vollkommen falsch, wenn Sie das als Wirtschaft bezeichnen. Wirtschaft ist viel mehr. Wenn man Ihren Titel nimmt, den Sie da verknüpfend aufbauen, frage ich mich: Was ist Ihr Problem? Ich frage mich wirklich: Was ist Ihr Problem? Ich habe gemerkt in der Rede von Herrn Kemmerich, Sie haben sich sehr bemüht, den Wirtschaftsminister - das ist unsere Aufgabe als Opposition, zumindest manchmal in pointierender Form, auch die Regierungsmitglieder, mal ranzunehmen. Okay. Aber was ich nicht verstehe, wenn Sie die Wirtschaftspartei sein wollen, dass Sie sich an einem Thema, wo Sie nichts hinbekommen werden, weil es reines Regierungshandeln ist, so verkämpfen und dass Sie bei so einer Frage wie dem Vergabegesetz sich hinsetzen im Ausschuss und alle Debatten als fundamentale Opposition führen und eine Komplettblockade machen. Da wäre es so viel vernünftiger gewesen, über Öffentlichkeitsarbeit, über Gespräche mit Unternehmensverbänden zu schauen, ob wir nicht doch eine kleine Mehrheit dafür hinbekommen, dass manches, was wir, glaube ich, zugleich am Vergabegesetz, was übermorgen dran sein wird, noch hinbekommen hätten. Da habe ich nichts von Ihnen erlebt, da habe ich einfach nur Ihre Blockade gesehen. Da habe ich nur gesehen, keine Änderungsanträge, wir wollen gar nichts be-

(Abg. Adams)

wegen als FDP, wir sagen einfach nur Nein. Ich sage Ihnen, das ist keine gute Wirtschaftspolitik. Sie sollten sich überlegen, wie Sie den Akteuren in der Thüringer Wirtschaft wirklich helfen können.

Meine Kritik am Ansatz der FDP soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ich die Änderung der Förderrichtlinien, die Herr Machnig vorgenommen hat, in Bezug auf zwei Punkte falsch finde. Sie ist falsch, weil sie allein auf den prozentualen Anteil von Leiharbeitern abstellen. Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel. Stellen Sie sich ein Unternehmen vor, das derzeit ungefähr 50 Leute hat und die Chance hat, über einen großen zukünftigen Auftrag anzuwachsen. Den Auftrag müssen sie aber ganz schnell abwickeln. Die haben eine riesige Halle. Sie könnten ihre Produktion durch eine kleine Erweiterung steigern, wofür sie Fördermittel bei Ihnen beantragen. Sie sagen aber, um dieses Projekt durchführen zu können, brauchen wir ad hoc im nächsten halben Jahr 30 Leiharbeiter - dann bekommen die von Ihnen keine Förderung? Das kann nicht wahr sein!

(Zwischenruf Staschewski, Staatssekretär:
Das stimmt nicht!)

Es ist vollkommen falsch, wie Sie das gemacht haben. Sie brauchen ein Abstellen auf die Zeit. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, dass ein Unternehmen, das mit einem hohen Anteil von Leiharbeitern über lange Zeit kontinuierlich arbeitet, unsere wirtschaftspolitische Ächtung erfahren muss,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass man sagt, wenn ihr das so macht, bekommt ihr keine Fördermittel mehr. Aber das einzige Abstellen auf den prozentualen Anteil ist zu kurz gedacht, zu kurz gesprungen. Es ist im Übrigen auch zu kurz gesprungen - und das ist nicht richtig, Herr Machnig -, wenn Sie das Thema Leiharbeit zu einem riesigen Problem hochstilisieren. Jeder Leiharbeitsplatz, der ein fester Arbeitsplatz sein könnte, ist mir willkommen als fester Arbeitsplatz, da gibt es gar keine Diskussion. Aber zu negieren, dass diese Leiharbeit oft der Einstieg sein kann...

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das ist nicht so.)

Da sagen Sie, das ist nicht so. Nun kenne ich schon Ihre Statistiken. Aber ich sage Ihnen, diese Leiharbeit ist die Chance zum Einstieg, sonst würde sie sich nicht so bewähren. Es sind um die 4 Prozent Arbeitnehmer in Thüringen, die davon betroffen sind.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt keine Diskussion um die Frage, dass wir gute Löhne in Thüringen brauchen. Aber es ist falsch, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Es spricht jetzt der Abgeordnete Wolfgang Lemb von der SPD-Fraktion.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, in einem gebe ich meinem Vordner Herrn Kollegen Adams recht. Es geht den Kollegen der FDP-Fraktion inhaltlich um etwas anderes, als der Titel der Aktuellen Stunde tatsächlich aussagt. Insofern will ich auch ohne lange Umschweife ein paar Fakten nennen, die man schlicht und einfach mal zur Kenntnis nehmen muss, damit man weiß, warum man zu bestimmten Schlussfolgerungen kommt und warum ich zumindest glaube und meine Fraktion glaubt, dass das, was die Landesregierung hier auf den Weg gebracht hat, in die richtige Richtung weist.

Wir haben in Thüringen 738.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Davon sind knapp 30.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mittlerweile in Leiharbeit beschäftigt. Wenn man die Zuwachsrate nimmt in den letzten Monaten, also nach der Wirtschaftskrise, dann reden wir über einen Zuwachs von 4.300 Stellen im Bereich der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und ebenso von Zuwächsen im Bereich der Leiharbeit in der Größenordnung von 48,3 Prozent. Das ist der größte Zuwachs in der gesamten Bundesrepublik - Fakt Nummer 1.

Fakt Nummer 2 - da will ich dem Kollegen Adams widersprechen - ihr schönes Beispiel des Unternehmens mit den 50 Leuten, die expandieren wollen: Erstens ist festzuhalten, dass mit dieser GRW-Richtlinie Erweiterungsinvestitionen gemeint sind und keine Neuinvestitionen. Es kann ja sein, dass jemand erweitern will. Nun darf man aber doch unterstellen, wenn ein Unternehmer über mehrere Jahre in Thüringen tätig ist, dass der einen gewissen Geschäftsplan hat und im Rahmen dieses Geschäftsplans, im Rahmen seiner Erweiterungsinvestition auch weiß, wie viel Beschäftigte er in einem bestimmten Zeitraum braucht und deshalb durchaus damit umgehen kann, beispielsweise

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Ich bin Auftraggeber, dann...)

befristet Beschäftigte einzustellen, um zu expandieren und zu erweitern. Und das, was der Herr Barth

(Abg. Lemb)

hier einwirft, das ist ja auch so, das ist ein Punkt, den ich überhaupt nicht bestreite. Wenn eine kurzfristige Herausforderung kommt, dann habe ich auch nichts gegen die Leiharbeit. Das ist das alte Thema, wofür ist Leiharbeit eigentlich mal gemacht worden,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nämlich um kurzfristig auftretende Auftragsspitzen abzufangen. Nur ist es leider nicht der Fall. Ich kann Ihnen drei Beispiele benennen, will das aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht mit Firmennamen machen, möchte aber ausdrücklich für das Protokoll erklären, dass ich dem Herrn Kemmerich auch die Firmennamen gerne geben kann, damit er nicht den Eindruck hat, das wäre hier nur so dahergesagt. Es gibt ein Unternehmen in Ostthüringen, das hat 250 Beschäftigte und 270 Leiharbeiter, also eine Leiharbeitsquote von über 100 Prozent. Das ist nicht akzeptabel.

(Zwischenruf Abg. Holzapfel, CDU: Warum sagen Sie den Namen nicht?)

Die Firma heißt Polytec Interior, sitzt in Ebersdorf und die sind Automobilzulieferer; ein zweites Unternehmen Voestalpine Gutbrod in Schmöln 240 Beschäftigte, 260 Leiharbeiter; ein drittes Unternehmen in Neustadt Docter Optics etwas über 200 Beschäftigte, Leiharbeitsquote derzeit 33 Prozent. Das ist der klassische Fall. Die wollen nämlich erweitern, wollen investieren.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das sind drei Unternehmen.)

Ich kann Ihnen noch ein paar mehr sagen, wenn Sie wollen. Sie bekommen von mir auch gerne eine Liste, aber meine fünf Minuten reichen nicht aus, um die ganze Liste herunterzubeten. Insofern ist Docter Optics ein klassischer Fall. Die wollen erweitern und die überlegen nämlich, auf der Grundlage der jetzt erlassenen GRW-Richtlinie genau in diesem Sinne tätig zu werden. Das heißt, Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter abzubauen, umzuwandeln in fest angestellte Beschäftigte und damit die Leiharbeitsquote zu senken. Wenn dieser Effekt eintritt, dann sage ich Ihnen, hat sich genau diese Richtlinie in der Praxis bewährt, weil das, was wir in Thüringen brauchen, dann genau umgesetzt worden ist, nämlich Leiharbeit konkret in den einzelnen Unternehmen abzubauen und am Ende des Tages dafür zu sorgen, dass die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt. Was die Zusammenarbeit mit den Kammern und Verbänden der Wirtschaft betrifft, kann ich nur sagen: Nach meiner Wahrnehmung gab es niemals in den letzten Jahren eine so breite Beteiligung und Diskussion der Kammern, der Wirtschaftsverbände des VW-Ts. Nur wenn die Damen und Herren teilweise zumindest in den Gremien sind und sich an den Diskussionen nicht oder nicht ausreichend beteiligen,

dann, glaube ich, dürfen sie auch nicht davon ausgehen, dass die Dinge, die sie dazu anregen, nicht aufgegriffen werden. Ich war selber in der einen oder anderen Diskussionsrunde dabei und wenn der VWT einen Anspruch erhebt, dass er gehört werden will, dann muss er sich zu den Dingen auch äußern. Wenn er das nicht tut, sondern nur über die Presse tut, aber nicht in den Gremien, dann kann es auch nicht in die Politik einfließen. Insofern ist das, was hier gemacht wird, schlicht und einfach eine gute, richtige und überfällige Politik, weil es ordnungspolitische Umsteuerung im Interesse der Steuerzahler und im Interesse der Zukunft dieses Landes bedeutet. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Jetzt spricht der Abgeordnete Michael Heym von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Heym, CDU:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Minister Herr Machnig, wenn ich mich vorhin bei Ihrem Wortbeitrag noch gefreut habe und ganz bei Ihnen war, kann ich das jetzt an der Stelle nicht sein zu diesem Thema, zu dem wir jetzt sprechen. Zunächst die Bemerkung, dass es mich nicht verwundert hat, dass die FDP dieses Thema „Zusammenarbeit der Landesregierung mit den Akteuren der Wirtschaft“ in dieser Aktuellen Stunde aufruft und sie hat damit eben lediglich, Herr Adams, eine Debatte aufgegriffen, die draußen im Land läuft,

(Beifall FDP)

und so viel Verständnis dürften auch Sie entwickeln. Ich glaube auch, dass der Minister Machnig zu klug ist, um nicht gewusst zu haben, welche Reaktion seine Vorstellung, wie Investitionszuschüsse in Zukunft aussehen sollten, gestaltet werden sollen, auch hervorruft. Für meine Fraktion will ich sagen, dass wir die Art, wie mit diesem Thema umgegangen worden ist, nicht mit Beifall beklatschen. Es hätte uns gut zu Gesicht gestanden und in Zusammenarbeit wenigstens die regierungstragenden Koalitionsfraktionen in diese Diskussion, in diese Gedanken mit einzubeziehen. Das ist nicht geschehen. Warum, das erfahren wir vielleicht noch. Aber ich will auch sagen: Wir haben als CDU-Fraktion vollstes Verständnis für die Reaktion aus den Kammern, aus den Verbänden und aus der Thüringer Wirtschaft.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Recknagel, FDP: Haben wir keine Koalition mehr?)

Denn als Sie Herr Machnig noch nicht hier waren, hat die Thüringer Wirtschaft - und dass der Kollege von den LINKEN etwas anderes erzählt, ist ja

(Abg. Heym)

selbstredend - auch deshalb einen sehr guten Weg zurückgelegt, weil eben die Kammern und die Verbände und die Akteure immer im Austausch waren

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die erneuerbaren Energien rauszuhalten, das war doch auch die Politik von Minister Reinholz.)

zu den Notwendigkeiten in den Förderprogrammen. Da ist auch nicht jeder Traum wahr geworden, der in den Kammern und Verbänden geträumt wurde, aber die Richtung hat gestimmt.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Pfad ist jetzt offensichtlich verlassen worden.

(Beifall FDP)

Jetzt der Öffentlichkeit zu suggerieren, unsere Unternehmen stützen ihren Erfolg auf die Ausbeutung der Leiharbeiter und wir müssten jetzt als Landesregierung diesen Sumpf trockenlegen, ist ein verheerendes Signal über die Landesgrenzen hinaus. Das Image unserer Wirtschaft hat Schaden genommen und das konnte man gestern in der FAZ auch gut lesen.

(Beifall FDP)

Es verwundert nicht, Herr Minister, dass Sie es geschafft haben, dass die Kammern nicht mal mehr einen Sinn darin sehen, in die Gremien - ich meine insbesondere den Wirtschafts- und Innovationsrat - zu kommen, wenn Sie mit ihren Anregungen und Vorschlägen ins Leere laufen

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Es gibt keine, Herrn Heym.)

und nur für vorgefertigte Meinungen mit verhaftet werden sollen. Die Information, die ich habe, Herr Minister, war die, dass Sie sehr wohl im Vorfeld die Kammern und Verbände angeschrieben haben, haben auch ihre Vorstellungen abgefragt. Die haben in ihre Mitgliedschaft hinein mit großem Aufwand Meinungen eingesammelt, haben die Ihnen auch zugesteuert.

(Zwischenruf Minister Machnig: Zu welchem Thema?)

Unter anderem zu diesem Thema, wie Förderpolitik in Zukunft aussehen sollte. Davon ist aber nichts umgesetzt worden.

(Beifall FDP)

Ich kann Ihnen für meine Fraktion sagen, dass wir in dem Instrument „Zeitarbeit“ ein gutes Instrument sehen, um in den Betrieben flexibel auf die anziehende Konjunktur reagieren zu können und die Leute - und das haben wir auch schon im Januar hier gesagt und sagen es immer wieder deutlich -,

die in Zeitarbeit beschäftigt sind, genauso bezahlt werden sollen wie ihre fest angestellten Kollegen, die die gleiche Arbeit machen.

(Beifall CDU)

Ich kann mir auch nicht vorstellen vor dem Hintergrund des Arbeitsmarkts, dass unsere Betriebe nicht gut genug wüssten, dass sie gut beraten sind, sich um gutes Personal zu kümmern.

(Beifall CDU)

Das werden sie mittel-, kurz- und langfristig nur über vernünftige Löhne auch umsetzen können.

(Zwischenruf Abg. Leukefeld, DIE LINKE: Ein Irrglaube!)

Bemerkenswert ist eben auch die Tatsache - Herr Kollege Lemb hat da jetzt einige Zahlen vorgetragen -, dass wir bis heute nicht wissen, wer denn überhaupt von dieser Regelung betroffen ist, wie viele schwarze Schafe es in der Thüringer Wirtschaft gibt,

(Beifall FDP)

die Sie identifiziert haben und die Sie da zum Handeln getrieben haben. Wenn es diese Zahlen gibt, dann kann man die sicherlich auch mit Namen und Hausnummer belegen. Die reine statistische Zahl, wie viele Zeitarbeiter und wie viel Entwicklung sie in den letzten Monaten haben, ist noch kein Indiz dafür, dass diese Leute so ungemein schlechter behandelt werden als ihre fest angestellten Kollegen.

(Beifall FDP)

Aber die Frage könnten wir eigentlich auch im Ausschuss noch einmal tiefer diskutieren.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Heym, CDU:

Letzter Satz: Wir fordern Sie auf, Herr Minister, gehen Sie auf die Kammern und Verbände zu. Wir erwarten auch, dass Sie noch einmal Ihre Absicht überdenken, die Unterstützung der verschiedenen Cluster - Kollege Kemmerich hatte das angesprochen - zu zentralisieren. Unsere Wirtschaft braucht wirkliche Unterstützung und keine staatlich dirigistische Wirtschaftslenkung.

(Beifall CDU)

Wo das hinführt, das haben wir alle schon einmal erlebt. Seien Sie das, was in Ihrem Namen steht, der Minister der Wirtschaft.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Heym, ein Satz hat eigentlich kürzere Ausdehnungen.

Abgeordneter Heym, CDU:

Ja, Frau Präsidentin, ich bin wirklich bei meinem letzten Satz, Sie werden es erleben. Seien Sie bei Ihrem wirklich unbestrittenen Drehen für die Wirtschaft nicht von so einer gewerkschaftlichen Unwucht geprägt, das haben wir nicht nötig.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat sich der Abgeordnete Recknagel zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Recknagel, FDP:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, ich glaube, ich habe es an dieser Stelle schon mal gesagt. Unser Dank gebührt dem Bundeskanzler Schröder. In der rot-grünen Bundesregierung hat er nämlich dafür gesorgt, dass die Zeitarbeit liberalisiert wurde. Das hat immense, unschätzbare Vorteile für den deutschen Arbeitsmarkt. Wir haben heute Rekordwerte an Beschäftigung. Und, Herr Wirtschaftsminister, das Format von diesem Bundeskanzler Schröder haben Sie bei Weitem nicht. Sie diffamieren hier dieses nützliche Werk. Ich möchte mich ausdrücklich dem anschließen, was Herr Adams eben gesagt hat.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was die GRÜNEN sagen.)

Es wird immer wieder davon gesprochen, es gäbe diesen Drehtüreffekt. Dazu gibt es eine Initiative der schwarz-gelben Bundesregierung, das zu unterbinden. Tatsächlich ist die Zeitarbeit aber diejenige Möglichkeit, gerade nach einer Rezession dynamisches Wachstum darzustellen, schnell wieder Beschäftigung aufzubauen. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder erlebt, dass nach Schwächephasen, nach Rezessionen es sehr lange gedauert hat, bis wieder Beschäftigung aufgebaut wurde. Wir haben immer einen wachsenden Bodensatz an Arbeitslosigkeit zurückbehalten. Diesmal ist es anders, unter anderem und hauptsächlich deswegen, weil die Zeitarbeit liberalisiert wurde. Nun gehen Sie hin, ohne Absprache, auch ohne Ankündigung und für die Thüringer Unternehmen völlig unplanbar, und entziehen im Wettbewerb, auch im Standortwettbewerb, den Thüringer Unternehmen die Investitionshilfe, die Sie nur noch Ihren Lieblingen zukommen lassen wollen. Sie entziehen diese Investitionsunterstützung insbesondere denjenigen, die gerade dynamisch wachsen. Herr Adams hat es eben dargestellt.

Wer eine bestimmte Zahl - Sie nannten, glaube ich, 50 Mitarbeiter - an Festbeschäftigten heute hat, einen großen Auftrag an Land zieht, dafür dynamisch wachsen muss und möchte, sich mit Zeitarbeit versorgt, weil er nicht weiß, ob er einen An-

schlussauftrag später noch mal bekommt, Investitionen durchführen möchte, Investitionen in Maschinen, in Gebäude, der bekommt von Ihnen gerade keine Förderung mehr, und das ist unsäglich.

(Beifall FDP)

Herr Minister, Sie fügen der Thüringer Wirtschaft Schaden zu. Sie sind ein Risiko für die Chancen Thüringens und das kann so nicht weitergehen.

Herr Heym, es ist ganz interessant, was Sie eben gesagt haben. Das spricht doch dafür, dass diese wirtschaftspolitischen Kernentscheidungen, die dieser Wirtschaftsminister trifft, in der Koalition mindestens nicht abgesprochen, möglicherweise hinter dem Rücken der Agierenden durchgeführt werden. Diese Koalition ist nicht nur auf dem absteigenden Ast, diese Koalition scheint eine Gefahr zu sein für Thüringens Wirtschaft.

(Beifall FDP)

Kehren Sie um, nehmen Sie diese unsäglich Regelung zurück und kommen Sie zu dem zurück, was ein Bundeskanzler Schröder einmal für gut und für richtig durchgesetzt hat. Kehren Sie zu dem zurück, dass wir Zeitarbeit wieder als Chance begreifen, insbesondere für diejenigen, die es am Dringendsten brauchen, nämlich für die Geringqualifizierten in Thüringen. Hören Sie auf damit, ständig und ununterbrochen der Thüringer Wirtschaft vor das Schienbein zu treten und sie nur in Alibiveranstaltungen zu verschleifen, um anschließend sagen zu können: Wir haben ja mit allen gesprochen. Die Zustimmung der Thüringer Wirtschaft haben Sie nicht mehr.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat sich Minister Machnig zu Wort gemeldet.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schon interessant, wenn man von einem untergehenden Schiff angegriffen wird, das untergehende Schiff, das niemals in die Verlegenheit kommen wird, hier in Thüringen Verantwortung zu übernehmen oder an anderer Stelle.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Warum sind Sie eigentlich in Thüringen Wirtschaftsminister geworden?)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen nehme ich das gerne zur Kenntnis. Ich würde gerne ein paar Bemerkungen dazu machen, worum es eigentlich geht bei den Themen. Dabei geht es nicht um irgendeine formale Diskussion,

(Minister Machnig)

sondern ich will mal zitieren den CDU-Landtagsabgeordneten Gustav Bergemann, seines Zeichens Vorsitzender der CDA hier in Thüringen, der folgenden Satz gesagt hat: „Wir als CDA wollen bessere Einkommen für die Betroffenen ermöglichen und die strukturellen Verwerfungen des Arbeitsmarktes beseitigen.“ In dem Kontext taucht auch das Thema Leiharbeit auf. Wir müssen in Deutschland mal zur Kenntnis nehmen, wir haben höchste Beschäftigungsstände von 40 Millionen und mehr, aber das Niveau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse bewegt sich im Jahr 2010 oder 2011 auf dem Niveau des Jahres 2000. Das ist die Realität. Wir haben nämlich keinen Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Was wir an Zunahme haben sind Ein-Euro-Jobs, 400-Euro-Jobs und andere unterschiedliche Formen von prekärer Beschäftigung. Das ist die Realität, nachzulesen, wenn man es nicht glaubt, bei der Bundesanstalt für Arbeit. Das heißt, das, was wir an Beschäftigungsaufwuchs in bestimmten Teilen feiern, sind keine regulären, keine Good Jobs. Das ist die Wahrheit und darüber müssen wir in Deutschland reden, weil - jetzt komme ich zum Thema Leiharbeit - wir natürlich durch bestimmte Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt auch indirekte Effekte konstruiert haben. Was ist ein indirekter Effekt dieser ganzen Maßnahmen? - dass der Lohn in den letzten Jahren in Deutschland rückläufig war. Wir haben minus 4,5 Prozent Lohnentwicklung in den letzten fünf Jahren als einziges Land in Europa. Sprechen Sie mal mit Unternehmern oder mit Arbeitnehmern in Zeitarbeitsfirmen. Die sagen, hier herrscht eine Kultur der Angst, hier herrscht eine Kultur, dass wir unsere Interessen nicht durchsetzen können und hier herrscht eine Kultur des Lohndumpings, weil dort für die gleiche Tätigkeit 40 bis 60 Prozent weniger gezahlt wird als in normalen Beschäftigungsverhältnissen für die gleiche Tätigkeit. Was ist das besondere Kennzeichen der Leiharbeit in Thüringen? Die Leiharbeit in Thüringen ist jung, das sind sehr viele junge Männer, und wir haben eine Zunahme innerhalb von einem Jahr auf das andere um 46,8 Prozent, das ist bundesweit Spitze. Jetzt geht es um die Frage, wie setzen wir - nur darum geht es mir - das Instrument der Leiharbeit sinnvoll ein und wie begrenzen wir dieses Instrument. Ich will Ihnen einmal vorlesen, was mir Randstad geschrieben hat, bekanntermaßen ein Leiharbeitsunternehmen. Die schreiben: „Sie haben in mir einen aktiven Mitstreiter, wenn es darum geht, den Missbrauch der Zeitarbeit zu verhindern.“ Das schreibt Randstad, ein Unternehmen, das Zeitarbeit macht, räumt ein, dass es viele Fälle von Missbrauch gibt.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: „Viele“ war aber nicht dabei.)

Doch, da waren viele Fälle dabei, weil heute jeder eine Zeitarbeitsfirma aufmachen darf, er braucht

noch nicht einmal einen Qualitätssiegel dafür. Damit wird Schindluder getrieben in Deutschland in erheblichem Umfang. Vor diesem Hintergrund wollen wir Zeitarbeit auf das zurückführen, worum es eigentlich geht, nämlich Auftragsspitzen abzufedern. Das steht jetzt in der Richtlinie. Wenn man eine Erweiterungsinvestition mit nur 10 Prozent Leiharbeit macht und - um bei Ihrem Beispiel zu bleiben - eine Investition in der Größenordnung macht man innerhalb von vier Wochen. Da braucht man zum Teil auch Kapazitätserweiterung, denn wenn man die nicht bräuchte, dann bräuchte man keine Investitionsförderung von mir, weil dann die Kapazitäten vorhanden wären. Man bräuchte nur zusätzliches Personal einzustellen, daran kann ich den Unternehmer nicht hindern, dazu braucht er aber keine Förderung in einem solchen Beispiel. Ach, Sie haben noch nicht einmal eine Firma von innen gesehen, mein Lieber, das ist doch Ihr Problem.

(Heiterkeit FDP)

Da redet ein Blinder vom Sonnenaufgang. Worum es geht, ist, dass wir die Leiharbeit auf das zurückführen, worum es wirklich geht, nämlich auf eine Förderung in einem bestimmten Segment. Dann kann jeder entscheiden, was er will; wenn er gute Arbeit tut und anbietet, wird er einen hohen Fördersatz bekommen.

Jetzt zum Vorgang: Der Vorgang ist ein ganz normaler. Es ist eine Richtlinie, die im Rahmen der Landesregierung abgestimmt worden ist, der Finanzminister hat zugestimmt und auf der Grundlage der Zustimmung des Finanzministers ist die Richtlinie ergangen. Damit ist sie abgestimmt.

Jetzt zur IHK: Die IHK ist in der Tat nicht die Wirtschaft, sie ist ein Verein, der sich aus Zwangsmitgliedern rekrutiert. Darin gibt es vielleicht Verbandsspitzen, aber diese tragen häufig nicht die Meinung von Unternehmen vor. Einige Unternehmen, denen ich die Richtlinie vorgestellt habe, auch andere, wie Herr Militzer, haben mich unterstützt und mir gesagt, gehen Sie den Weg, Leiharbeit ist schwierig und falsch für den Beschäftigungsstandort Thüringen. Von daher schließe ich den Rückschluss, dass die IHK manchmal nicht wissen, was ihre Mitgliedsunternehmen wollen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Zwei waren es.)

Klar, wahrscheinlich, das kann ja sein. Ich habe ja auch nicht die Frage beantwortet, ob nun alle dafür sind. Ich sage nur, ich könnte noch 10 oder 20 andere nennen. Sie müssen mal sagen, welche dagegen sind. Heute ist eine Dame aufgefahren worden in der TLZ zu Dienstleistungen im Bereich des Personalgewerbes. Dass die dagegen ist, das überrascht mich nun nicht auf besondere Art und Weise. Ich weiß ja, was sie im wirklichen Beruf macht.

(Unruhe FDP)

(Minister Machnig)

Aber das ist auch nicht die Gegenspielerin an der Stelle.

Worauf ich hinaus will, die IHKen - und das ist deren Problem - glauben, dass ich Erfüllungsgehilfe der Politik und der Vorstellungen der IHKen bin. Jetzt sage ich hier aber ganz klar: Ich bin weder Erfüllungsgehilfe der IHKen noch der Gewerkschaften.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das Letztere müssen Sie noch beweisen.)

Das mache ich jeden Tag, mein Lieber, die kritisieren mich auch, die machen das nur in einer bestimmten Art und Weise. Die machen es nicht so, dass man dann, z.B. wenn man zu einer Sitzung eingeladen ist, nicht mitteilt, dass man nicht kommt, sondern über die Zeitung erklärt, ich nehme aber nicht teil, weil man angeblich an bestimmten Dingen nicht beteiligt ist. Das Problem mit den IHKen ist Folgendes in den Sitzungen des Wirtschafts- und Innovationsrates, die sind zwar da, aber man hört so wenig. Und alle, die da waren, werden zugeben, dass es so ist, die glänzen durch Anwesenheit, aber nicht durch fachliche Beiträge, die sie in die Debatte einbringen. Deswegen, ich habe kein Problem, diese Diskussion auch mit den IHKen und anderen fortzusetzen.

Und jetzt zur Frage, was ich heute in Frankfurt gemacht habe. Das war seit Langem eine Einladung der Bezirke Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Die haben mich seit Langem eingeladen, da bin ich hingefahren und dann hat sich die Gelegenheit ergeben, auch zu dem Thema zusammen mit Berthold Huber und Armin Schild etwas vor der Presse zu sagen, und das habe ich gesagt, nicht für Thüringen, sondern das habe ich gesagt als Thüringer Wirtschafts- und Arbeitsminister und nachdem diese Richtlinie von der Landesregierung nach Absprache und nach Abstimmung mit dem Finanzministerium in Kraft getreten ist.

Jetzt will ich noch mal begründen, warum ich auch glaube, dass das ein Beitrag zur Stärkung des Beschäftigungsstandorts ist. Ich habe eine Studie beauftragt, mal zu fragen, was ist das wichtigste Thema im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Thüringen. Und die Antwort - repräsentativ 1.000 Befragte -, 39 Prozent haben gesagt, Leiharbeit und Zeitarbeit. Und wenn ich mal in meinem Haus schaue, wie viele Mails in mein Haus kommen - ich bin jetzt anderthalb Jahre hier - bei noch keiner öffentlichen Diskussion - und ab und zu stehe ich auch mal in den Zeitungen - passierte Folgendes, habe ich eine solche Zustimmung erfahren wie bei diesem Thema und sowohl von Unternehmern wie von Arbeitnehmern. Deswegen glaube ich, dass das richtig ist, was wir dort auf den Weg gebracht haben. Mit allem Respekt, wenn Herr Kannegießer mal etwas über mich sagt, das finde

ich nicht weiter problematisch, morgen wird eine neue Zeitung gedruckt.

Ich sage ganz klar im Umkehrschluss, wir tun und wir stärken den Wirtschafts- und Beschäftigungsstandort Thüringen auch durch diese Form, weil wir konzentrieren das Geld auf gute Beschäftigung. Im Übrigen, bei Neuansiedlungen gelten die Regelungen in der Form nicht, sondern bei Neuansiedlungen kann auch nach wie vor ein höherer Anteil von Leiharbeit genutzt werden.

Ich bin zu einem nicht bereit, dass wir in Zeiten, wo wir eine konjunkturelle Aufwärtsentwicklung haben, wo wir Beschäftigung aufbauen, dann noch öffentliche Mittel dafür einsetzen, schwache oder nicht gute Beschäftigungsverhältnisse aufzubauen. Das geht nicht, weil wir sie nicht nur dann über Investitionen fördern, sondern noch an anderer Stelle subventionieren,

(Beifall SPD)

weil, die bekommen nämlich dann zum Teil Beträge aus den Aufstockerbeträgen, immerhin bundesweit inzwischen 11 Mrd. €, davon ist ein kleinerer Teil nur auf die Leih- und Zeitarbeit zurückzuführen, und diese Zahlen, weil sie geringere Löhne bekommen, sehr viel weniger Lohnsteuer, was sozusagen auch zulasten der öffentlichen Haushalte geht. Wir verlieren dreimal, und wenn das marktwirtschaftlich ist, dann weiß ich nicht, was daran marktwirtschaftlich ist.

Der letzte Satz zum Trendatlas: Der Trendatlas ist ein gutes unabhängiges Instrument, das vorgelegt war im Gutachten. Jetzt geht es darum, mit allen zu erörtern, was nehmen wir aus der Menükarte? Denn das war doch die Aufgabe von denen, unabhängig auf bestimmte Entwicklungen in Thüringen zu schauen. Jetzt haben Sie uns eine Menükarte vorgelegt. Jetzt überlegen wir im Rahmen der Landesregierung, was wollen wir aus der Menükarte eigentlich aufnehmen, wo haben wir Vorschläge, die uns auf bestimmten Feldern, die Wachstum und Beschäftigung voranbringen, in diesem Land nach vorne bringen.

Der letzte Satz geht so: Ich finde schon, manchmal muss man sich entscheiden. Wenn man hier vorgibt, ich mache zu viel, mir dann allerdings von Ihnen, Herr Kemmerich, vorwerfen zu lassen, eigentlich würde ich mich für Thüringen nicht engagieren, das finde ich dreist. Das muss ich schon sagen, denn eines nehme ich für mich in Anspruch, das mag man mögen oder nicht: Ich stehe jeden Tag 120 Prozent für dieses Land und für mein Ministerium zur Verfügung. Darauf lege ich auch großen Wert. Ich sage auch, darauf haben die Wirtschaft, die Menschen und die Arbeitnehmer in Thüringen auch Anspruch. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Drei Minuten Redezeit bestünden jetzt noch für die FDP-Fraktion. Herr Abgeordneter Barth. Drei Minuten, ja.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Minister, ich will gar nicht nur über die Leiharbeit reden. Aber auch dazu ganz kurz zwei Anmerkungen. Punkt 1: Wir reden über 3,7 Prozent Anteil an der Gesamtbeschäftigung. Das ist ungefähr wieder das Vorkrisenniveau. Nach den Zahlen, die wir kennen, die Sie auch kennen, sind knapp die Hälfte von diesen 3,7 Prozent Hilfsarbeiter, also tatsächlich der sogenannte Niedriglohnsektor. Die Frage, die sich daraus ergibt, die schon interessant ist, egal ob Sie hier zwei oder 20 Namen nennen können und wie lang die Liste von Herrn Lemb ist, der ja offenbar sehr intensiv einbezogen ist, mit Blick auf 100.000 Unternehmen, die wir in Thüringen ungefähr haben, ist die Frage schon ganz spannend, wie viele dann dabei sein können, die tatsächlich über 30 Prozent haben bei der kleinteiligen Struktur. Die Mathematik sagt, es können nicht so sehr viele sein. Deswegen ist die Frage schon ganz interessant und es war ja auch die Ministerpräsidentin am Ende, die bei der Hannover Messe selbst auch zugegeben hat, sie weiß es gar nicht, wie viele Unternehmen es eigentlich sind. Ich habe einmal gelernt, dass Gesetze auch eine gewisse Allgemeingültigkeit und Allgemeinverbindlichkeit haben müssen. Ansonsten, Richtlinien sind nämlich auch Verwaltungsakte, müssten es nämlich Einzelregelungen sein. Aber die Frage, und das war auch der Titel der Aktuellen Stunde, ist die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Da, finde ich, haben Sie schon einen Meilenstein gesetzt. Nach knapp anderthalb Jahren Amtszeit ein solches Presseecho von der Wirtschaft zu haben, die Verbände, die Kammern sind nicht die Wirtschaft, die Gewerkschaften sind übrigens auch nicht die Arbeitnehmer, aber es gibt ja schon eine gewisse Repräsentationsfunktion, die die auch spielen. Dann von Verbänden einen Brief zu bekommen, in dem drinsteht, erklären Sie uns bitte, wie wir es zu verstehen haben, wenn Sie uns anlässlich eines Kammergesprächs am 28. Februar mitteilen, dass eine aktive Beteiligung bei der Weiterentwicklung erst dann erfolgen könne, wenn Ihr Haus ein Konzeptpapier als Diskussionsgrundlage erarbeitet hat, aber mit keinem Wort die von Ihnen beabsichtigte und dann im März, also einen Monat später, auch schon erfolgte Änderung der GRW-Richtlinie erwähnen, dann ist das schon eine Form der Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsminister und der Wirtschaft, die es in der Tat in diesem Land nach meiner Wahrnehmung und Erinnerung noch nicht gegeben hat und die eigentlich das Thema der Aktuellen Stunde war und auch den eigentlichen Skandal darstellt, weil der Minister für

die Wirtschaft nicht nur wirtschaftsfreundliche Politik machen muss. Der darf und muss auch die Belange der Arbeitnehmer im Auge haben. Aber die Kommunikation und nicht nur die Schaufensterveranstaltung, sondern auch die Kommunikation und die Aufnahme berechtigter Anliegen aller beteiligten Seiten, das ist Ihre Aufgabe und die haben Sie - das ist ja gerade noch diesseits einer Kriegserklärung, was da gerade stattfindet - elementar vernachlässigt. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat sich Minister Machnig zu Wort gemeldet.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Herr Barth, vielen Dank, dass Sie aus Briefen, die an mich gerichtet sind, zitieren. Aber das ist nicht schlimm. Ich will erklären, was in dem Brief drinsteht und was an dem Brief richtig und was daran falsch ist. In der Tat habe ich im Januar/Februar den Kammern eines gesagt: Ich habe in meinem Ministerium eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die alle Förderprogramme - Herr Barth, hören Sie einmal zu -

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister Machnig, Zwischenfragen gibt es hier nicht.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Ich wollte nur darauf hinweisen, dass sich ein Kollege meldet.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Danke schön.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Ich wollte nur hilfreich sein.

Jetzt will ich es erläutern, Herr Barth. Herr Barth, hören Sie nur eine Sekunde zu. Ich habe mit den Kammern Folgendes verabredet und dazu stehe ich auch: Wir werden eines tun, alle Wirtschaftsförderprogramme, die wir im Land haben, inzwischen haben wir eine solche Vielzahl, auch Kleinstprogramme, dass selbst diejenigen, die schon lange dabei sind, den Überblick verloren haben. Ich habe den Kammern gesagt - und das werde ich auch tun -, wir werden die zusammenstellen und dann werde ich Mitte des Jahres mit euch über die Frage reden, was machen wir mit bestimmten Förderprogram-

(Minister Machnig)

men. Aber das heißt doch nicht, Herr Barth, dass ich zwischenzeitlich die Arbeit einstelle und keine Richtlinie mehr verändern darf, wenn denn Handlungsnotwendigkeit besteht. Handlungsnotwendigkeit besteht doch auch angesichts einer Entwicklung, wie wir vorhin auch diskutiert haben, im Zusammenhang mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Was ist denn jetzt eigentlich passiert? Das Einzige, was passiert ist, dass Teile der Kammern über eine Frage - freundlich gesagt - beleidigt sind, dass ich mir erlaubt habe, nicht das zu tun, was sie vielleicht von mir erwarten. Ich sage Ihnen, Herr Barth, mein Verständnis - und ich würde jeden anderen Wirtschaftsminister auf Bundes- und Landesebene unterstützen -, wir sind nicht Vertreter und nicht ausführendes Organ irgendwelcher Lobbyinteressen - das sage ich mit großem Nachdruck -, sondern wir sind Vertreter, die gewählt sind in ihr Amt - und darauf habe ich auch meinen Eid geleistet -, die helfen sollen, dieses Land und seine Menschen nach vorn zu bringen. Glauben Sie mir eines, das, was ich hier getan habe, war wohlüberlegt

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das glaube ich.)

- das können Sie mir glauben -, weil ich ein klares Signal setzen wollte für den Beschäftigungsstandort Thüringen. Das sage ich mit großem Nachdruck. Aus der Studie, aus der ich gerade zitiert habe - ich kann die dem Parlament gern zur Verfügung stellen - geht auch eines hervor: Fast 15 Prozent - in Thüringen denken 8 Prozent über einen Arbeitswechsel nach und 7 Prozent über einen Bundeslandwechsel - sind massiv von der Situation geprägt, dass sie sich verändern müssen mit der Konsequenz, vielleicht Thüringen zu verlassen, weil wir sehr viele junge Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter haben. Deswegen habe ich in der Situation gesagt, das ist verantwortbar. Jetzt will ich es noch mal übersetzen, Herr Barth, damit ich es noch mal klar mache: Bei Erweiterungsinvestitionen kann ich nach wie vor einen Anteil von 10 Prozent Leiharbeit nutzen und bekomme 100 Prozent Förderung. Wenn ich 15 bis 30 habe, bekomme ich 20 Prozent Förderung, ab 30 bekomme ich keine, und zwar nur bei Unternehmen, die schon länger hier sind, die schon hier in Thüringen sind und die ihre Investitionen ausbauen. Jetzt sage ich eines, das sind Unternehmen, die kennen ihr Geschäftsmodell und die können auch aufbauend auf der Kenntnis ihres Geschäftsmodells in gute Arbeit investieren. Darum geht es mir auch. Erste Reaktionen, die ich bekomme, die gehen so: Das eine oder andere Unternehmen liegt genau an der Schwelle, an der 10-Prozent-Schwelle oder der 30-Prozent-Schwelle. Jetzt sagen die eines: Wir reduzieren unseren Anteil, holen von den Leiharbeitern welche in die Stammbeslegschaft, um unter die Schwelle zu kommen und damit auch weiter förderungsfähig zu sein. Genau diese Anreize möchte ich setzen. Ich will nieman-

den bestrafen, sondern ich will Anreize setzen, dass in gute Beschäftigung investiert wird.

Glauben Sie mir eines, ich habe auch gerade von vielen Unternehmern Zustimmung bekommen, weil die natürlich eines sehen, ihr größtes Problem in den nächsten Jahren ist das Fachkräftethema. Wir müssen alles tun, damit gerade junge Menschen hier im Land bleiben. Deswegen, glaube ich, war es verantwortbar und richtig, denen auch ein Signal zu setzen, ja, wir sehen das, wir sehen euch und wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass hier in Thüringen in gute Arbeit in den nächsten Jahren investiert wird. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Herr Matschie hat auch viel Zuspruch von den Lehrern gehabt.)

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Da war ich nicht dabei.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich stelle jetzt erst einmal fest, Herr Minister hat 5 Minuten Redezeit für die Abgeordneten erarbeitet. Ich habe zuerst die Redemeldung des Abgeordneten Adams zur Kenntnis genommen, schon vor der des Abgeordneten Bergemann. Herr Abgeordneter Bergemann, aber vielleicht schaffen wir beide Redemeldungen innerhalb dieser 5 Minuten. Herr Abgeordneter Adams für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine ganz kurze Bemerkung: Herr Barth, nach Ihrem Redebeitrag ist es mir einfach wichtig zu sagen, ich bin ganz fest davon überzeugt - und das muss hier in diesem Hohen Hause auch gesagt werden -, gute Wirtschaftspolitik heißt nicht, Angst vor der Kritik aus den Verbänden der Wirtschaft zu haben, sondern manchmal muss man sie auch provozieren, genauso wie man auch manchmal Gewerkschaften provozieren muss, um vorwärtszukommen. Das, was Sie vorhaben, nämlich eine Politik, die widerspruchsfrei abläuft, führt zu gar nichts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Minister, jetzt bleiben Sie doch einfach noch einmal hier, ich habe nämlich eine Frage. Ich würde gern von Ihnen noch wissen, wie Sie sich denn zu der inhaltlichen Kritik einfach positionieren, sich ganz einzig auf den prozentualen Anteil von Leiharbeit zu beziehen und dabei eine zeitliche Komponente, nämlich wie lange diese Zeitarbeit vorherrscht oder in dem Unternehmen durchgeführt wird, vollkommen rauszulassen. Haben Sie nicht Angst, dass Sie

(Abg. Adams)

gerade bei dem, was Sie bewirken wollen - diese Wirtschaftserweiterung -, einen Riegel vorschieben? Ich finde, wenn Sie da jetzt ganz klar sagen, nein, haben Sie nicht, das müssen Sie erklären, weil das nicht irrelevant ist, wie lange die Leute in den Unternehmen als Leiharbeiter sind. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Bergemann, CDU-Fraktion, Sie haben jetzt 4 Minuten.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Sie können ruhig länger, Herr Bergemann.)

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Vielen Dank, Herr Minister, für die freundliche Unterstützung, weil Sie mich auch zitiert haben vorhin aus den Medien. Dazu stehe ich auch - völlig klar. Das ist so, dafür sind wir eine Demokratie, wenn ich durchaus auch in meiner Fraktion die Minderheitsmeinung in dem Punkt darstelle, aber ich lasse mich nicht davon abbringen, um das auch noch einmal klarzumachen. Weil ich schon meine - Kollege Barth hat ja die 3,7 Prozent angesprochen -, das mag zwar wenig sein, aber es ist mit Abstand der höchste Prozentsatz im Vergleich zu allen neuen Ländern, auch im bundesdeutschen Vergleich - 2,6, 2,8 Prozent, 3,7. Das mag wenig sein, aber das ist der Fakt. Wenn man sich mit Leuten in der Leiharbeit unterhält und tatsächlich weiß, wie das Lohngefüge ist, dann ist es mehr als richtig, dass wir darauf reagieren. Da unterstütze ich Sie auch, überhaupt gar keine Frage, weil ich deutlich machen will - Sie haben ja die Zahl genannt - bis 40 Prozent weniger Lohn, es ist auch so. Wenn es gelingen sollte, dass auch die Arbeitgeberseite dafür sorgt, dass aus dieser Leiharbeit Kollegen in die Stammebelegschaft übernommen werden, aber nicht zulasten der Stammebelegschaft, dann sind wir auf einem guten Weg.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Vielen Dank.)

Deshalb meine ich, das war vernünftig, was heute gesagt worden ist. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich hätte jetzt noch 3 Minuten. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit schließe ich die Aussprache im dritten Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe den **vierten Teil** auf

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum The-**ma: "Halbzeitbilanz für das Ausbildungsjahr 2011 in Thüringen: Mehr Stellen als Bewerber - Bewertung und Schlussfolgerungen"**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2544 -

Für die CDU hat das Wort Frau Abgeordnete Holzapfel.

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeichnen ein Bild, welches wir als CDU als eine klare Herausforderung für den Ausbildungsmarkt und die Politik sehen. Ein paar Zahlen: Rund 8.200 Jugendliche registrierten sich bis Mitte März für eine betriebliche Ausbildung. Fast 10.300 betriebliche Ausbildungsplätze sind bisher gemeldet worden. Noch 5.500 Ausbildungsbewerber sind unversorgt. Noch 8.000 Lehrstellen sind unbesetzt, das sind 1.300 mehr als im gleichen Zeitraum 2010. Derzeit besteht rein rechnerisch fast ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage; auf 100 Bewerber kommen 127 Ausbildungsplätze.

Die Bundesagentur stellt fest, dass es sich hierbei um die beste Stellenbewerberkonstellation seit Anfang der 90er-Jahre handelt. Derzeit bieten sich also für unsere Jugendlichen beste Chancen in der beruflichen Ausbildung in Thüringen. In der Gesamtsituation spielt die Fachkräftesicherung eine immer größere Rolle. Da erzähle ich nichts Neues, das war heute Hauptthema.

Unternehmen sind gehalten, durch attraktive Angebote wie Praktika, Ferienjobs sowie gute Ausbildungsentgelte motivierte und leistungsstarke Auszubildende zu finden. Um den zukünftigen Fachkräftebedarf zu sichern und die demographische Herausforderung zu meistern, muss insbesondere die duale Ausbildung gestärkt werden. Einer zunehmenden Akademisierung klassischer Ausbildungsberufe ist entgegenzuwirken. Insgesamt geht für uns duale Ausbildung vor vollzeitschulischer Ausbildung. Mit Blick auf die sich ständig ändernden Herausforderungen der Arbeitswelt wollen wir konsequent an einer Modernisierung der beruflichen Bildung arbeiten. Erforderlich ist eine Reduzierung der Überspezialisierung vieler Ausbildungsberufe. Durch die Schaffung von Berufsgruppen in Ausbildungsabschnitten könnten Kapazitäten gebündelt werden. Freiwillige Kooperationen zwischen Regel-, Oberschulen, berufsbildenden Schulen und Unternehmen sind der richtige Weg. Mit der Einführung des Qualitätssiegels Oberschule schaffen wir auch in diesem Bereich Anreize für eine Weiterentwicklung und stärkere Öffnung der Regelschulen. Denn

(Abg. Holzapfel)

eine gezielte Vorbereitung auf eine Lehre, Ausbildungsfähigkeit, Abbrecherquote, Berufswahlvorbereitung muss für Regelschulen oberste Priorität haben.

Besonderes Augenmerk verdienen - und das liegt mir besonders am Herzen - ausbildungswillige Schülerinnen und Schüler, die nicht Hartz-IV als ihr Zukunftsmodell sehen. Auf sie sollten wir besonderes Augenmerk legen. Das sind Schülerinnen und Schüler mit schwachen Schulnoten, die aber für praktische Tätigkeit über ein gutes Händchen verfügen. Ihre Leistungen müssen durch Stützunterricht in der Berufsschule verbessert werden.

Wichtig ist auch der Beitrag, den die beruflichen Gymnasien leisten können. Der gestufte Weg zum Abitur oder zur Fachhochschulreife mit den Möglichkeiten der Verknüpfungen mit praktischen Anteilen ist ein wichtiger Weg in unserem Bildungssystem. Eine fundierte Einschätzung der Ausbildungsmarktentwicklung ist allerdings erst zum 30. September möglich. Dann liegt die endgültige Bilanz vor. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Frau Abgeordnete Hennig zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Hennig, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Damen und Herren Abgeordnete, das, was hier heute passiert, kann ich in keinsten Weise verstehen. Ich habe gedacht, die CDU macht eine polemische Feierstunde zur Ausbildungspolitik, die sie herbeigeführt hat allein aufgrund der demographischen Entwicklung und politischer Unterlassungsleistungen der letzten Jahre. Aber nein, die CDU ignoriert sogar die Anträge in der letzten Plenarsitzung, wo sie die Chance gehabt hätten, sich mit Fachkräfteentwicklung auseinanderzusetzen,

(Beifall DIE LINKE)

aber sämtliche Anträge der Fraktion DIE LINKE abgelehnt haben. Ja, die Bewerberinnen haben bessere Ausbildungschancen und das ist gut so. Endlich haben wir ein Verhältnis, wo Jugendliche sich ihren Beruf selbst auswählen können und nicht den fünften oder sechsten nehmen müssen. Und nein, Wirtschaft, Unternehmen, öffentlicher Dienst usw. haben noch nichts dazugelernt.

Werte Abgeordnete, die Situation ist nicht neu, sie ist lange vorhergesagt, seit vielen Jahren erkennbar. Der regierenden Politik war es relativ unwichtig, auch wenn wir in den vergangenen Jahren bis zu 50 Prozent Altnachfrager hatten, weil die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze nicht ausgereicht hat. Es war unwichtig und es ist in Kauf ge-

nommen worden, dass Zehntausende ihrer Perspektiven beraubt und abgeschoben worden sind in ein Übergangssystem, was keine Perspektiven geboten hat und gleichzeitig ein selektives Bildungssystem etabliert hat.

(Beifall DIE LINKE, Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausbildungspakt und Fachkräfteallianz - das Ergebnis ist das gleiche: Die Wirtschaft hat sich die besten Bewerberinnen ausgesucht und diejenigen, die sie nicht brauchen konnte, links liegen lassen und sich in keiner Weise davon beeindrucken lassen, dass in den nächsten Jahren Fachkräfte dringend gesucht werden. Heute, 2011, ist das Gejammer groß. Die Wirtschaft beschwert sich natürlich, wie nicht anders zu erwarten, dass Jugendliche nicht ausbildungsreif sind. Jetzt ist es allerdings nicht die Leistung in Mathematik oder in Deutsch, sondern jetzt ist es die Motivation, ist es die Disziplin, die Ausdauerfähigkeit. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, aus meiner Sicht gibt es keine ausbildungsunreifen Jugendlichen. Es gibt nur Jugendliche, die der Wirtschaft bzw. den Unternehmen nicht passen.

(Beifall DIE LINKE)

Schauen wir mal ganz genau hin, was in den letzten Jahren passiert ist. Da muss auch die Statistik infrage gestellt werden. Nicht alle, die sich um einen Ausbildungsplatz bewerben in der dualen Ausbildung oder wo auch immer, werden überhaupt als Bewerber zugelassen. Die IHKs, die Kammern in Thüringen haben es zugelassen, dass Auszubildende 20 Prozent unterhalb der tariflichen Vergütung bezahlt worden sind, und sind sogar noch darüber hinausgegangen, wie jetzt ein Arbeitsrechtsstreit im Bezirk Suhl gezeigt hat. Nach Gewerkschaftsangaben sind immer noch Hunderttausende bundesweit in Warteschleifen und haben im Moment keine Chance auf eine duale Ausbildung. Was Sie gerade gemacht haben, Hartz-IV-Kinder und Jugendliche abzustempeln als diejenigen, die das als ihre eigene Perspektive sehen, ist unglaublich - Sie entschuldigen - asozial.

(Beifall DIE LINKE)

Eltern dafür verantwortlich zu machen, dass die deutsche Wirtschaft Jugendlichen in den letzten Jahrzehnten beigebracht hat, dass sie keine Chancen haben, weil sie keine Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt haben, ist nicht zielführend. Über was reden wir überhaupt? Wir freuen uns, dass wir 10.300 Ausbildungsplätze in Thüringen haben. 10.300 - das ist in etwa die Zahl, die wir schon seit zehn Jahren beobachten können, egal ob wir 35.000, 24.000 oder 11.000 Bewerber haben. Statistisch können sich natürlich zwei Azubis auf drei Ausbildungsplatzangebote bewerben. Aber statistisch ist bei zwei Menschen - der eine verdient 1 Mio., der andere ist möglicherweise Hartz-IV-Emp-

(Abg. Hennig)

fänger - auch das durchschnittliche Einkommen bei 500.000 €.

Aus meiner Sicht ist es hervorragend, dass die Jugendlichen jetzt eine Auswahl haben. Gleichzeitig haben wir natürlich politische Verantwortung und gleichzeitig müssen wir politisch handeln. Aufgrund der Zeit will ich es kurz machen: Wenn wir die Statistik diskutieren, haben wir noch nicht über Regionen, Branchen, Berufsbilder usw. gesprochen. Wir brauchen ein Mindestausbildungsentgelt. Wir brauchen eine wirkliche Mitbestimmung der Jugendlichen in ihren Ausbildungsbetrieben.

(Beifall DIE LINKE)

Wir brauchen eine konsequente Berufsschulnetzplanung auf der Landesebene. Wir brauchen das Abschmelzen von außer- und überbetrieblichen Maßnahmen. Das, was da aufgebläht worden ist, kann so nicht bleiben. Und was Sie immer vergessen in der Koalition: Wir brauchen auch eine finanziell angemessene Ausstattung der Kommunen, denn hier möchte niemand bleiben, wenn Kommunen trist sind, wenn sie langweilig sind und kein Leben bieten. Wir brauchen Integration von Migranten und wir brauchen die Stärkung der dualen Ausbildung.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Baumann das Wort. Ist das ein Geschäftsordnungsantrag? Dann gibt es zunächst einen Geschäftsordnungsantrag aus der CDU-Fraktion. Herr Abgeordneter Heym.

Abgeordneter Heym, CDU:

Ich habe eine Frage, Frau Präsidentin: Gehört die Bezeichnung „asozial“ von diesem Redepult aus gegenüber Kollegen zu diesem großen Katalog der Wörter, die man nicht sagen darf, oder ist das in Ordnung?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Darf ich das bitte mal klären? Ich gebe Ihnen nach dem Redebeitrag eine Antwort. Herr Abg. Baumann.

(Unruhe im Hause)

Abgeordneter Baumann, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich wünschte mir schon einen besseren Umgang hier in diesem Haus. Ich glaube, wir haben noch nie gesagt, dass ein Abgeordneter asozial ist. Also das solltet ihr euch mal überlegen, welchen Sprachgebrauch man hier führt.

Meine Damen und Herren, zunächst herzlichen Dank an die Fraktion der CDU, dass wir uns heute dem Problem der Fachkräftesicherung widmen, um - das möchte ich mit Nachdruck sagen - die Unternehmen in Thüringen immer wieder auf diese Problematik aufmerksam zu machen.

Meine Damen und Herren, die Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Agentur für Arbeit hat in ihrer Presseinfo 18/2011 eine Halbjahresbilanz für das Berufsberatungsjahr 2010/2011 gezogen und kurz gefasst Folgendes berichtet: Das Lehrstellenangebot übersteigt die Bewerbungsnachfrage deutlich. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsstellen liegt 23 Prozent höher als im Vorjahr, die öffentlich geförderten Ausbildungsangebote haben sich um mehr als zwei Drittel reduziert. Die besten betrieblichen Ausbildungschancen bestehen im Fertigungs- und Dienstleistungsgewerbe. Im aktuellen Berufsbildungsjahr kommen auf 100 Bewerber rein rechnerisch 127 Ausbildungsplätze. Das ist eine gute Nachricht, zumindest für die künftigen Auszubildenden.

(Beifall CDU)

Es ist erfreulich, dass das Pendel nun auch mal in eine andere Richtung ausschlägt. Erstmals seit Anfang der 90er-Jahre gibt es für die Bewerber um Ausbildungsplätze eine so günstige Ausbildungssituation. Ich hoffe sehr, dass das den Einstieg in das erfolgreiche duale Ausbildungssystem, um das uns viele Länder beneiden, für viele junge Menschen ebnet und erleichtert, denn das sind die Fachkräfte von morgen. Diese Fachkräfte werden in Thüringen dringender denn je gebraucht. Wie die meisten hier sicher wissen, verliert Thüringen bis zum Jahr 2030 ein Drittel seines Fachkräftepotenzials. Allein bis zum Jahr 2020 werden laut Thüringer Fachkräftestudie 200.000 neue Arbeitskräfte benötigt. Das sind zuallererst Folgen der Demographie, der Abwanderung und sicherlich auch des Wirtschaftswachstums. Allerdings gilt: Ein guter Markt für Auszubildende heißt, dass die Unternehmen in Thüringen künftig vor immer größere Herausforderungen gestellt werden, was die Sicherung ihrer Fachkräfte betrifft. Ich will das an der Zahl der Schulabgänger noch verdeutlichen. Wenn wir im Jahr 2003 mehr als 30.000 Schulabgänger hatten, so haben wir in diesem Jahr noch 14.500 Schulabgänger. Das zeigt, dass nach dem ebenfalls Ende März zugestellten Berufsbildungsbericht die Unternehmen in ihrer Gänze immer noch nicht genug tun, was die Ausbildung junger Menschen angeht. Ein Blick auf die Ausbildungsquote zeigt das deutlich. Nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels Thüringen bilden zum Stand 30.06.2010 nur etwa 27 Prozent der Unternehmen in Thüringen aus. Das Decken des Fachkräftebedarfs von morgen wird eine - wenn nicht sogar die - Schlüsselfrage für das Wohl und Wehe der wirtschaftlichen Entwicklung in Thüringen sein. Für mich heißt das auch, wir dürfen künftig

(Abg. Baumann)

niemanden mehr zurücklassen. Wir müssen die Zahl der Schulabbrecher weiter senken, auch wenn wir im Vergleich aller Länder ganz vorne stehen. Wir müssen unsere Jugendlichen besser auf die Arbeitswelt vorbereiten und die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft weiter intensivieren. Nur so stärken wir die Berufswahlkompetenzen der Jugendlichen. Wir müssen dafür sorgen, dass auch die Schwächeren nicht zurückgelassen werden. Auch Leistungsschwächere brauchen eine vernünftige Ausbildungsperspektive. Genau so, wie es unser Anspruch sein muss, dass jeder mit einem Abschluss aus der Schule geht, sollte es unser Anspruch sein, künftig jedem Jugendlichen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Die Koalition und die Landesregierung tun bereits vieles hierfür, ich denke an das neue Berufsorientierungskonzept oder an das Stichwort „Aktionsprogramm Fachkräftesicherung und Qualifizierung“. Die Strategie setzt auf einen Dreiklang aus Fachkräfte halten, Fachkräfte qualifizieren und Fachkräfte gewinnen. Ich ziehe für mich und meine Fraktion

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Baumann, schauen Sie mal auf die Redezeit.

Abgeordneter Baumann, SPD:

Ja, ich sehe es.

(Heiterkeit im Hause)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Schön.

Abgeordneter Baumann, SPD:

die Schlussfolgerung, gemeinsam mit Wirtschaft, Schule und Politik weiter alles dafür zu tun, um den Fachkräftebedarf in Thüringen zu sichern. Ich danke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Heym, also in dem Sachleistungskatalog „Ordnungsrufwürdig“ steht es nicht, aber wir überprüfen noch einmal das Protokoll. Wobei, es gibt eine ganz milde Form, dass Frau Hennig und Frau Holzapfel noch einmal miteinander sprechen und klären, dass man sich da nicht beleidigt hat. Das wäre die einfachste Geschichte.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE:
Sie hat es nicht persönlich gemeint.)

Sind Sie erst einmal zufrieden damit?

Ich rufe den Abgeordneten Kemmerich für die FDP-Fraktion auf.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, ja, es ist eigentlich eine gute Nachricht, dass der Ausbildungsmarkt so groß geworden ist, dass sich die Jugendlichen unter der Vielzahl der Angebote eines aussuchen können. Das ist natürlich auch bedenklich, weil viele Unternehmen nunmehr händeringend versuchen, die Lücke in ihrem Unternehmen zu schließen durch auszubildenden Nachwuchs. Aber was zeigt uns das auf der anderen Seite? Es ist ca. 10 Jahre her, da haben viele Teile dieser Rubrik politisch nach einer Ausbildungsabgabe geschrien.

(Beifall FDP)

Natürlich hatten wir seinerzeit einen Überhang an Auszubildenden oder an Ausbildungsplatzsuchenden und weniger Angebote durch die Wirtschaft. Aber es führte auch zu großen Verwerfungen. Denn es wurden teilweise Ausbildungen gegeben, die dann vom Markt im späteren Verlauf nicht mehr nachgefragt wurden. Es sind viele Auszubildende nach Ablauf ihrer Ausbildung freigesetzt worden und vagabundieren heute noch mit einer „falschen“ Ausbildung, weil sie nicht marktgerecht erfolgt sind, herum und haben auch keine zweite Chance.

Was kann Politik jetzt machen? Ich denke, wir haben uns jetzt vieles angehört von den Analysen. Ich will die Zahlen auch nicht wiederholen. Wo ist die Politik wirklich gefragt? Eines wurde ganz klar genannt - die Ausbildungsreife. Das braucht man auch gar nicht erst anzufangen, auf die Unternehmen zu verlagern, denn das ist nicht deren Zuständigkeit.

(Beifall FDP)

Die sind nicht Reparaturwerkstatt mangelnder Schulausbildung. Das muss vorher stattfinden. Die Unternehmen haben nur die Aufgabe, die Jugendlichen, die bei ihnen eine Ausbildung beginnen, für das Leben danach vorzubereiten und auch für das Leben im Unternehmen, dass die Jugendlichen den Job, den das Unternehmen hoffentlich nachher anbieten kann, weil sie marktfähig bleiben, dann auch marktgerecht ausüben können.

Was kann Politik noch machen? Politik kann dafür Sorge tragen, dass wir bei der Steuerung, wo sich Jugendliche entscheiden, durchaus einen Mentoringeffekt haben, dass sie genau wissen, worauf sie sich einlassen. Viele Jugendliche beginnen heute eine Ausbildung, wo sie nach kurzer Zeit feststellen, dass sie falsch gelandet sind. Das klassische Beispiel ist der Beruf Koch. Alle schauen diese wahnsinnigen Kochshows im Fernsehen und sagen, ich will Koch werden. Dann stellen sie nach wenigen Tagen fest, wie knüppelhart der Job ist, verlassen diesen Ausbildungsberuf, haben vielleicht einem anderen diesen Ausbildungsplatz wegge-

(Abg. Kemmerich)

nommen, haben Kapazitäten gebunden, die erst einmal verbraucht sind.

Eine andere Aufgabe, die wir sicherlich politisch unterstützen können, ist, dass die Betriebe auch in die Lage versetzt werden müssen, ihren Fachkräftebedarf eben nicht mehr nur durch Ausbildung zu decken. Der klassische Bedarf ist, ich nehme mir einen Jugendlichen, bilde ihn aus und dann habe ich für Nachwuchs gesorgt. Nein, es gibt viele Leute, die haben eine Erstausbildung gemacht, sind 30 Jahre alt und stellen fest, das ist eben nicht der Beruf fürs Leben. Nun haben wir kein arbeitsmarktpolitisches Instrument, dass derjenige sagen kann, okay ich beziehe weiter Leistungen von der Bundesagentur und beginne eine zweite Lehre. Das geht heute nicht. Er muss sich dann von der Arbeitsplatzsuche abmelden, bekommt keine Bezüge mehr. Was macht er oftmals? Er unterlässt es, weil er keine Alternative dazu hat, begibt sich in unsinnige Qualifizierungsmaßnahmen und kommt keinen Schritt weiter.

(Beifall FDP)

Auch da müssen wir umdenken und sagen, lebenslanges Lernen darf eben nicht nur in einer Berufssparte stattfinden, sondern kann teilweise auch so stattfinden, dass man sagt, ich wechsle den Beruf, ich gehe in einen modern angesiedelten Beruf. Andere Volkswirtschaften anderer Länder machen uns das vor, in Dänemark, in Schweden, in den Niederlanden ist das möglich, wenn man früher beispielsweise Dreher gelernt hat, sich dann auf ganz andere Sachen zu qualifizieren, um dann auch eine Neuerfüllung für das zukünftige Leben zu finden. Wie gesagt, auch da müssen wir eingreifen. Die Treffsicherheit bei der Wahl des Ausbildungsplatzes muss erhöht werden, denn wir haben Abbrecherquoten von 25 Prozent und mehr. Das führt einfach zu unheimlichen Lücken und auch, wie gesagt, zum Verbrauch von Ressourcen, die wir nicht noch einmal bekommen.

Auf der anderen Seite werden wir auch - das ist auch Ausfluss der Demographie - vom Umbruch von der Volkswirtschaft stehen. Es wird uns gar nicht mehr möglich sein, manche Berufe, gerade sehr in der Manufaktur begriffen, hier auszuüben. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir in höher qualifizierte, höher qualifizierbare Berufe uns fortentwickeln, weil, mit weniger Arbeitskräften können wir das machen, was eben nicht so leicht substituierbar in Deutschland ist, was andere Volkswirtschaften uns in der großzelligen globalen Wirtschaft nicht abnehmen können. Hier gilt es, moderne Ausbildungsberufe, Ausbildungsbilder zu schaffen, um da sinnvoll Ausbildung zu machen, und nicht Ausbildungsberufe weiter zu propagieren, die wir seit mehreren Jahren, Jahrzehnten, vielleicht Jahrhunderten haben, nur weil es der Tradition folgt. Das führt wahrscheinlich in eine Sackgasse. Hier sollte

sich eine moderne Volkswirtschaft - da können wir in Thüringen auch mit anfangen - neu aufstellen. Aber es würde auch zur Verknappung von Ressourcen von Arbeitskräften und Arbeitskraftangeboten führen, da müssen wir uns auch auf Verteuerung, gerade im handwerklichen Bereich einstellen. Wenn es weniger Menschen ausführen können, ist es gut für die, die es ausführen, weil deren Preise würden steigen. Auch das ist ein guter Effekt für die Leute, die dann sagen, Handwerk hat weiter goldenen Boden und Handwerksberufe sind lohnenswert und erstrebenswert. Ich glaube, gerade im Handwerk sind größere Probleme, Nachwuchs zu finden. Banken, Versicherungen etc. haben es etwas leichter und ich denke, auch das sind gute Entwicklungen, die gilt es, von der Politik zu beobachten, nicht abzuwürgen und nicht zu kritisieren.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Abgeordneter Kemmerich, Ihre Redezeit ist auch schon abgelaufen.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Ich bin damit fertig, vielen Dank, Frau Präsidentin, und ich danke dem Hohen Haus.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich auf.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ja hier in der Tat heute schon einige sehr gut klingende Zahlen gehört, was die Relation anbelangt mit Blick auf die Ausbildungsplätze, die zur Verfügung stehen, mit Blick auf die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber. Wir wissen, dass sich da etwas positiv verändert hat, insbesondere angesichts des demographischen Wandels. Nichtsdestotrotz sind die Zahl mitnichten und die Realität schon gar nicht so rosig wie es hier heute mitunter dargestellt wurde. Da hilft auch ein Blick in den Berufsbildungsbericht 2010. Wenn man einmal genauer hinschaut, was nämlich die Zahlen für Thüringen bedeuten, liest man, dass sich in Thüringen tatsächlich das Angebot positiv entwickelt hat. Sie haben das ja vorhin schon vorgerechnet, dass rein rechnerisch auf 100 Bewerberinnen und Bewerber 101,4 Ausbildungsstellen kommen. Wenn man sich das aber genau anschaut und sieht, wie viele davon tatsächlich betriebliche Angebote sind, also ohne die überwiegend öffentlich finanzierten außerbetrieblichen Ausbildungsplätze, dann zeigt sich sehr schnell, dass das betriebliche Ausbildungsstellenangebot mit-

(Abg. Rothe-Beinlich)

nichten bedarfsdeckend ist. Im Bundesdurchschnitt kommen dann nämlich auf 100 Bewerberinnen im Jahr 2010 93,4 betriebliche Ausbildungsplätze und in Thüringen sind es gerade einmal 82,6 betriebliche Ausbildungsplätze. Wir wissen, dass der Trend der rückläufigen Bewerberinnen- und Bewerberzahlen anhält, dass es etwa 23 Prozent weniger sind als im letzten Jahr. Wir wissen auch, dass es weniger Schulabgänger und Schulabgängerinnen gibt und trotzdem, meine Kollegin Frau Hennig hat schon darauf hingewiesen, sie hat von Hunderttausenden gesprochen, in Thüringen sind es nicht Hunderttausende, aber im Ausbildungsjahr 2009, um es genau zu machen, waren es 6.500 Altbewerberinnen und Altbewerber, die keine Ausbildungsstelle bisher gefunden haben, die sich trotz des Einschaltens der Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2008, 2009 und auch 2010 mitnichten alle vermitteln ließen.

Somit schieben wir nach wie vor eine „große Bugwelle“ von jungen Menschen ohne Ausbildungsplatz vor uns her. Diese Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber ist zwar im letzten Jahr gesunken, aber, wie gesagt, es sind noch immer besonders viele, insbesondere übrigens Jugendliche mit Migrationshintergrund. Auch wenn hier, wie wir alle wissen, in Thüringen die Quote niedriger ist als in westdeutschen Bundesländern, deren Chancen auf einen Ausbildungsplatz sind nach wie vor nicht einmal halb so gut wie die ihrer gleichaltrigen Altersgenossinnen und Altersgenossen. Wenn wir wissen, dass sich der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund auch in Thüringen sehr stark erhöht, dann sehen wir, dass sich eine Gerechtigkeitslücke auch an dieser Stelle auftut, und dass wir hier etwas tun müssen. Denn die Ausbildungsbeteiligungsquote von jungen Menschen mit Migrationshintergrund lag im vergangenen Jahr gerade einmal bei 31,4 Prozent. Hinzu kommt, dass immer noch ganz viele Jugendliche - die meisten von uns wissen das - im sogenannten Übergangssystem landen. Im Jahr 2009 waren es ca. 4.200 Jugendliche, die sich in sogenannten berufsvorbereitenden Maßnahmen wiederfanden. Aus unserer Sicht braucht es deshalb dringend eine Modernisierung des Berufsbildungssystems, indem die teuren - und ich sage es ganz deutlich - und sinnlosen Warteschleifen - denn als etwas anderes können wir es nicht bezeichnen - des Übergangssystems beendet werden. Ich gebe die Hoffnung nicht auf - es ist zwar jetzt niemand vom Bildungsministerium vertreten -, dass mit der Änderung des Schulsystems hier in Thüringen, nämlich dass wir ein Jahr länger die Schulpflicht haben, tatsächlich auch mehr Jugendliche mit Ausbildungsreife aus dem Schulsystem hervorgehen. Das war ja genau die Intention der Änderung. Ich sage aber auch, dass wir statt einem Wirrwarr an diesen Übergangsmaßnahmen, die wir haben, eine grundlegende strukturelle Reform des Ausbildungssystems anstreben müs-

sen, wie wir es ja auch mit dem Konzept Dual Plus schon einmal konzipiert haben. Dessen Wirkung haben wir auf Bundesebene sehr positiv erlebt und erfahren und wir meinen, dass wir das auch in Thüringen so brauchen. Wir wollen nämlich mit diesem Ansatz allen Altbewerberinnen und Altbewerbern auch eine Berufsausbildung ermöglichen und insbesondere lernschwächere Jugendliche, Frau Holzappel hat sie genannt, die Jugendlichen, die vielleicht sehr gut und sehr praktisch begabt sind, aber mehr Schwierigkeiten haben in bestimmten Unterrichtsfächern, diese wollen wir gezielt fördern und ihnen zusätzliche Zugänge zur dualen Ausbildung eröffnen. Das finde ich ganz besonders wichtig. Ich sage hier auch, auch die Betriebe und Unternehmen müssen dazu ihren Teil beitragen, sie müssen auch ihre Verantwortung wahrnehmen, denn es braucht auch mehr betriebliche Ausbildungsangebote. Das Angebot muss deutlich über der Nachfrage liegen. Ich fand den Kommentar im Übrigen von Herrn Grusser heute in der TA dazu sehr gut, dass man es sich hätte vor wenigen Jahren kaum träumen lassen, dass Jugendliche tatsächlich auch die Wahl haben. Ich glaube, dahin müssen wir kommen, wir wollen tatsächlich gute Ausbildungsangebote, wir wollen Perspektiven für alle und alle müssen ihren Teil dazu beitragen. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Seitens der Abgeordneten gibt es jetzt keine weiteren Redeanmeldungen. Für die Landesregierung Herr Staatssekretär Staschewski bitte.

Staschewski, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Abgeordneten, sehr geehrte Damen und Herren, ja, es stimmt, es gibt wieder bessere Chancen für Arbeitsuchende und Berufseinsteiger. Während im letzten Jahr die Absolventen von Berufsausbildungen noch stark den negativen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf dem Arbeitsmarkt ausgeliefert waren, sieht es heute schon deutlich besser aus; die Konjunktur zieht an und wir haben es heute auch in den Zeitungen wieder gelesen, Unternehmen stellen ein und Optimismus macht sich breit. Ablesen lässt sich das übrigens auch an den ersten Zahlen für das Ausbildungsjahr 2010/2011, die die Bundesagentur am 31. März veröffentlicht hat. Ich nehme ja an, dass dies auch der Hintergrund für diese Aktuelle Stunde ist. Für Thüringen wurden übrigens 8.205 Bewerberinnen und Bewerber für Ausbildungsplätze und 10.415 Ausbildungsplätze registriert. Das Verhältnis Berufsausbildungsstellen je Bewerber beläuft sich auf 1,27. Das heißt, auf 100 Bewerberinnen und Bewerber kommen 127 Ausbildungsplätze. Die gemeldeten Stellen erhöhten sich

(Staatssekretär Staschewski)

um 19,4 Prozent. Das ist übrigens die günstigste Stellenbewerberrelation seit Anfang der 90er-Jahre und zeigt, dass sich die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen verstetigt bzw. erhöht hat. An dieser Stelle, glaube ich, kann man auch einmal einen Dank aussprechen an all die Unternehmerinnen und Unternehmer im Freistaat, die ausbilden.

(Beifall CDU)

Sie übernehmen damit nicht nur eine wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Aufgabe, sie demonstrieren damit auch, dass sie gesellschaftspolitisch verantwortlich handeln. Dennoch, man muss es auch deutlich ansprechen, es gibt Probleme, die struktureller Natur sind und uns vor dauerhafte Herausforderungen stellen, ob nun gerade Krise ist oder nicht. Es wurde in einigen Redebeiträgen auch schon erwähnt. Es gibt noch Schief lagen, denn gerade junge Menschen haben beim Einstieg in das Berufsleben noch einige Kröten zu schlucken. Nicht ohne Grund spricht z.B. die Internationale Arbeitsorganisation mit Blick auf die jungen Menschen von einer verlorenen Generation. Fangen wir an beim Thema Ausbildungsbereitschaft bzw. Ausbildungsfähigkeit der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in unserem Land, in Thüringen. Zwar gibt es, wie wir gerade gesehen haben, einen steigenden Grad an Ausbildungsleistung, aber dennoch muss einmal deutlich gesagt werden: In Thüringen gibt es nur gut die Hälfte der Unternehmer, nämlich 54 Prozent, die eine Ausbildungsberechtigung haben, nur 54 Prozent haben eine Ausbildungsberechtigung. Wiederum knapp die Hälfte davon, nämlich 26 Prozent, bildet überhaupt tatsächlich aus. Ich denke, dass es an dieser Stelle noch erhebliches Potenzial gibt. Das mittelfristige Ziel sollte eine Steigerung der tatsächlichen Ausbildungsleistung auf 40 bis 50 Prozent der Unternehmen sein. Das haben wir übrigens auch in unserem Trendatlas so deutlich formuliert und als eine der Forderungen aufgenommen.

Ich wundere mich schon etwas, wenn man sonst - dass es noch so ist, dass wir noch so wenige Ausbildungsberechtigte und tatsächlich Betriebe haben, die Auszubildende haben - die Stimmungslage im Land anschaut, weil ich überall Sätze höre, wo ich hinkomme, wie es heißt, der Wettkampf um die besten Köpfe ist eröffnet, die Bewerber stehen nicht mehr Schlange und es muss ein Mentalitätswechsel her. Ja, das stimmt, aber solche Sätze scheinen eigentlich spätestens seit dem letzten Jahr zu politischen Weisheiten geworden zu sein, insofern wundere ich mich, dass sich da immer noch wenig bewegt. Deshalb lautet meine Aufforderung: Fachkräftemangel ist eine der größten arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen und verlangt die gemeinsame Anstrengung aller Akteure.

In unserer Fachkräftestudie haben wir deutlich aufgezeigt, wir brauchen 200.000 zusätzliche Fach-

kräfte bis zum Jahr 2020. Wir haben zusätzlich die demographische Herausforderung, seit 2003 haben sich die Schulabgängerzahlen auf mittlerweile ca. 15.000 mehr als halbiert. Die Bevölkerung in Thüringen nahm im Jahr 2010 täglich um 46 Einwohner ab. Für die letzten zehn Jahre ist aus diesen Gründen beim Erwerbspersonenpotenzial ein Minus von 11 Prozent zu verzeichnen. Der Mangel an Fachkräften, der in manchen Branchen schon heute deutlich zu spüren ist, wird sich also weiter verschärfen. Aber er wird sich nur dann verschärfen, wenn wir uns unserem Schicksal ergeben und jammern, er wird sich dann nicht so verschärfen, wenn wir die Herausforderungen annehmen. Unsere Herausforderungen sind der Dreiklang, der sehr wichtig ist: Wir müssen Fachkräfte halten, wir müssen Fachkräfte gewinnen und eben auch qualifizieren, das heißt ausbilden. Es muss endlich stärker verinnerlicht werden, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Mittelpunkt jeder erfolgreichen Ökonomie stehen. Wirtschaftliche Zukunft und gesellschaftlicher Fortschritt sind ohne Kreativität und Talent nicht denkbar. Wenn es uns nicht gelingt, alle Potenziale - und da sage ich ganz deutlich, wirklich alle Potenziale - der Menschen in unserem Freistaat zur Entfaltung zu bringen und zu nutzen, werden wir unsere Ziele nicht umsetzen können. Es geht darum, aber auch die Qualität von Leben und Arbeit in Thüringen zu erhöhen. Es geht darum, niemanden zurückzulassen und alle fit zu machen. Es geht darum, gute Arbeit auch gut zu bezahlen - wir haben heute ausführlich über dieses Thema gesprochen - und es geht darum, Orientierungshilfen und passgenaue Qualifizierungs- und Betreuungsangebote zu machen.

Ich nenne jetzt noch mal vier Baustellen, die wir sehen:

Erstens: Die Quote in Thüringen derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben, liegt seit Anfang 2002 unverändert bei rund 12 Prozent und damit deutlich über dem bundesdeutschen Schnitt in Höhe von rund 8 Prozent im Jahr 2008.

Zweitens - die zweite Baustelle: Auch die Ausbildungsabbrecherquote liegt deutlich über dem deutschen Schnitt. 23,4 Prozent, also fast ein Viertel derjenigen, die eine Ausbildung beginnen, bringen diese nicht zu Ende.

Die dritte Baustelle: Das Thema des passgenauen Zusammenführens von Bewerbern und Angebot an Ausbildungsstellen wird immer wichtiger.

Und die vierte Baustelle: Die duale Ausbildung muss gestärkt werden. Ich glaube, das ist hier auch Konsens in diesem Haus.

Das duale Ausbildungssystem konnte zwar nicht verhindern, dass die Jugendarbeitslosigkeit in der Krise auch hierzulande angestiegen ist, dies aber deutlich übrigens moderater als in anderen Län-

(Staatssekretär Staschewski)

dern, wo wir dieses System nicht haben, wie z.B. in Frankreich, Spanien, Großbritannien. Die Betriebe müssen zielgerichtet leistungsschwächere Jugendliche für eine Ausbildung werben und sie an eine Berufsausbildung heranführen. Es sollen Entwicklungsperspektiven im Beruf und auf dem Arbeitsmarkt aufgezeigt werden. Um den Jugendlichen zu verdeutlichen, warum es lohnt, eine duale Ausbildung zu absolvieren, ist es daher notwendig, Anreize für die Ausbildung im dualen System zu schaffen. Talente müssen sich entfalten können. Jugendliche müssen realistische Berufsvorstellungen haben und Fördermöglichkeiten müssen genutzt werden. Es geht darum, die Berufsorientierung zu verbessern. Das heißt auch, wir müssen realistische Berufsvorstellungen entwickeln und auch Alternativen von Wunschberufen aufzeigen.

Erste Schritte sind übrigens getan. Wir haben in Thüringen im 1. Halbjahr 2010 ein Berufsorientierungskonzept erarbeitet, mit dem an allen allgemein bildenden Schulen im Freistaat verbindliche Berufsorientierungskonzepte, die mit den Berufsberatern der Arbeitsagenturen und mit der regionalen Wirtschaft abgestimmt sind, eingeführt werden. Es wurden Qualitätsstandards entwickelt. Es werden noch weitere folgen, ich nenne das nullte Ausbildungsjahr. Darauf haben sich IHKs und Handwerkskammern verständigt. Die Bundesagentur für Arbeit und das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie haben gemeinsam dieses nullte Ausbildungsjahr mit den Kammern ins Leben gerufen. Dies ist ganz klar eine Win-win-Situation für die Beteiligten. Die Bewerberinnen und Bewerber lernen in einem sechs- bis 12-monatigen Praktikum die betriebliche Praxis kennen. Beide können sich so kennenlernen und miteinander warm werden.

Ich möchte zum Schluss noch eines ansprechen, das mir auch sehr wichtig ist. Derzeit gibt es in unserem Land 3.500 Jugendliche unter 25 Jahren, die keinen Bildungsabschluss haben. Wir müssen mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern konkrete Schritte vereinbaren, darüber reden wir zurzeit, welche Jugendlichen davon gezielt für eine Berufsausbildung angesprochen werden können. Ein aktuelles Beispiel dazu: In den Integrationsprojekten des Landesarbeitsmarktprogramms werden derzeit Jugendliche betreut, um deren Entwicklungsnachteile abzubauen und diese zu stabilisieren. Unternehmen, aber auch das Land müssen sich für den Standort Thüringen stark machen, sie müssen werben, sie müssen den Standort attraktiv machen. Wir müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass wir familienbewusste, flexible Arbeitszeitmodelle haben, um Menschen entsprechend attraktive Arbeitsplätze anbieten zu können. Aber es sind auch sozial-kulturelle Faktoren von großer Bedeutung. Meines Erachtens, und ich habe das auch vor Kurzem in einem Interview deutlich gesagt, spielt das Niveau gesellschaftlicher Toleranz gegenüber Abwei-

chungen von der Norm eine große Rolle. Wir müssen diese gesellschaftliche Toleranz in Thüringen ausweiten, ausbauen und uns dafür einsetzen. Denn es entscheidet auch das Angebot an sozialer Infrastruktur sowie der Zugangspreis zu dieser Infrastruktur über die Attraktivität eines Landes und eines Arbeitsmarkts. Ich denke, gerade hinsichtlich der Lebensqualität haben wir in Thüringen einiges zu bieten. Wir können aber auch noch stärker werden, das zeigt die geringe Zahl der Migranten in unserem Land. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redeanmeldungen mehr vor. Damit kann ich diesen Teil der Aktuellen Stunde schließen. Ich rufe auf den **fünften Teil**

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: "Gefährdung der Fortführung der Koordinationsstelle 'UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung für Thüringen' des Arbeitskreises Umweltbildung Thüringen (akuTH e.V.)"

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/2554 -

Als Erster erhält Abgeordneter Dr. Augsten für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Auslöser für unsere Aktuelle Stunde ist ein Brief der Vorstandsvorsitzenden des Arbeitskreises Umweltbildung Thüringen, in der Folge immer akuTh abgekürzt, Christiane Fiedler. Mir liegt eine Kopie dieses Schreibens an Thilo Kummer, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz vor. Christiane Fiedler hat uns mitgeteilt, dass dieser Brief, ich zitiere: „an weitere Akteure, Ausschüsse und Fraktionen des Hauses weitergeleitet wurde.“ Meine Damen und Herren, worum geht es? Es geht um die Gefährdung der Fortführung der Koordinationsstelle UN-Dekade BNE für Thüringen des akuTh e.V. Wir haben den Betreff des Schreibens von Frau Fiedler wortwörtlich übernommen, weil ich glaube, dass der Titel alles ausdrückt, was in dem Schreiben eine Rolle spielt. Nun ist vor allem aus Reihen der CDU kolportiert worden, dass wir doch nicht jedes Mal, wenn es einen kritischen Brief gibt, diesen zum Thema einer Aktuellen Stunde machen können. Abgesehen davon, dass die Aktuellen Stunden sehr

(Abg. Dr. Augsten)

begrenzt sind, machen wir als GRÜNE das nicht. Es gibt eine Menge Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern, von Vereinen an uns; wir werden mitnichten jedes Mal eine Aktuelle Stunde dazu aufrufen. Aber warum jetzt diese Aktuelle Stunde? Ich möchte es an drei Punkten begründen. Zum einen, ich erspare es mir jetzt, über die Bedeutung der UN-Dekade zu referieren, dazu reicht die Zeit nicht. Es gibt eine ganze Menge Material der Landesregierung, wo man das nachlesen kann. Es gibt eine ganze Menge Reden auch von der Ministerpräsidentin bis zum Staatssekretär, in denen die Bedeutung immer wieder dargelegt wird. Es gibt vor allen Dingen einen Beschluss vom 16.09.2005 in Drucksache 4/1242, in dem dieses Haus mit Unterstützung aller Fraktionen, die damals vertreten waren, einen Beschluss gefasst hat: Thüringer Aktionsplan zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, in der unter Punkt 3 a der Arbeitskreis Umweltbildung Thüringen explizit als einer der Hauptakteure für diesen Prozess erwähnt wird.

Meine Damen und Herren, der zweite Punkt, warum diese Aktuelle Stunde? Wir hatten dieses Thema fast gleichlautend am 18.03.2011 auf Antrag der Fraktion DIE LINKE in Vorlage 5/1081 im Ausschuss. Damals ist umfänglich von der Landesregierung berichtet worden. Es gab eine ganze Reihe Fragen zum Iststand der UN-Dekade-Stelle. Gerade mit Blick auf den Brief von Frau Fiedler ist es für uns äußerst befremdlich, dass letzten Endes dort überhaupt keine Anzeichen deutlich wurden, dass mit so einer Entscheidung wenige Tage später zu rechnen ist. Wir fühlen uns da schon so ein bisschen - ich würde mal ganz vorsichtig formulieren - wenig gut informiert und wir wollen natürlich auch, dass das erklärt wird von der Landesregierung, wieso es damals im Ausschuss nicht den kleinsten Hinweis darauf gab, dass so eine Entscheidung kommen kann.

Ich möchte weiterhin die Landesregierung auffordern, im Rahmen dieser Aktuellen Stunde doch mal zwei Dokumente nebeneinanderzulegen, nämlich zum einen das Protokoll des Ausschusses vom 18.03. und den Bericht der Landesregierung und die Anlage zu dem Schreiben von Frau Fiedler. Da gibt es eine ganze Reihe von Punkten, die ausgesprochen widersprüchlich dargestellt werden. Ich maße mir jetzt nicht an, dem einen oder der anderen dort irgendwelche Falschaussagen zu unterstellen, aber ich verlange einfach von der Landesregierung, dass das klargestellt wird. Wir werden das im nächsten Ausschuss auch noch mal thematisieren, denn hier geht es um so unterschiedliche Darstellungen von Sachverhalten, das kann man, glaube ich, nicht so stehen lassen. Einer von den beiden Seiten wird das geradezustellen haben.

Meine Damen und Herren, ein dritter Punkt, warum wir das aufgerufen haben - Zitat von Dr. Voß: „Thüringen ist ein Sanierungsfall.“ Selbstverständlich

wird uns das jetzt ständig begegnen, dass es erbotene Briefe gibt von Antragstellerinnen und Antragstellern, die nicht zum Zuge gekommen sind. Wir haben nun mal einen Haushalt zu sanieren, dem fühlen wir uns auch verpflichtet. Aber, meine Damen und Herren, das, was jetzt im Kulturlandschaftsprogramm, im Ökolandbau, bei der Agrarinvestitionsförderung ganz normal ist, dass nämlich dort Maßnahmen zurückgenommen werden, die aus unserer Sicht sehr wichtig sind. Aber es ist ja nicht so, dass wir kein Geld hätten. Mit Bezug auf den Zwischenbericht des EFRE, also Europäischer Strukturfonds, in dem noch mal deutlich wird, dass das Geld für ganz bestimmte Maßnahmen nicht ausgereicht wurde, dass noch nicht einmal die Anträge vorliegen, und das natürlich, wie nicht anders zu erwarten, Umweltmaßnahmen sind, verlangen wir einfach, dass dort die Landesregierung noch mal Farbe bekennt und - das ist mein letzter Satz, ich sehe das rote Zeichen - dass man hier noch mal umdenkt und Mittel, die in anderen Umweltmaßnahmen nicht ausgegeben werden, genau in die Stelle dort investiert werden, die hier vakant ist. Es ist Geld da, insofern für diese wichtige Maßnahme, nämlich für die UN-Dekade, darf an dieser Stelle aus unserer Sicht nicht gekürzt werden. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat Abgeordneter Primas das Wort.

Abgeordneter Primas, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Antrag zur Aktuellen Stunde zeigt wieder, wie schön es ist, wenn man auf einen Zug aufspringt, da steht nur drauf, irgendwas ist gefährlich, da kann etwas gefährdet sein, da springen wir erst mal drauf. Das, was ich eben gehört habe von Dr. Augsten, bestätigt mich voll in dieser Auffassung, denn er hat eigentlich nichts gesagt. Er hat sich mit dem Thema überhaupt nicht befasst, sonst hätte er solche Aussagen hier gar nicht treffen können, von wegen Finanzierung ist nicht da usw. Das finde ich unmöglich, aber ist halt so.

Diesen gleichen Titel der Aktuellen Stunde haben wir in diesem Brief, der an zahlreiche Akteure gegangen ist, von der MP angefangen bis zu den Fraktionen, gelesen. Der ist ja wortgleich übernommen worden.

Eines zu Beginn als Feststellung: Die Koordinierungsstelle ist nicht gefährdet - weder was ihren Bestand noch was ihre Finanzierung betrifft. Das gilt schon allein deshalb, weil sie eine Aufgabe wahrnimmt, deren Wichtigkeit hier im Landtag

(Abg. Primas)

wahrhaftig kein Mensch bezweifelt. Ernst zu nehmen ist das Anliegen von akuTH, aber in jedem Fall muss man darüber reden. Das haben wir als CDU-Fraktion getan, zweimal haben wir uns die Leute eingeladen und haben mit ihnen gesprochen. Ich würde empfehlen, dass andere das vielleicht auch einmal machen. Da spart man sich vielleicht dieses oder jenes. Zwei Gespräche haben wir durchgeführt -

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir tun das regelmäßig, Herr Primas.)

drei, dann hätte ich eine andere Aussage hier erwartet, wenn das so gewesen ist. Dabei ist deutlich geworden, dass die Koordinierungsstelle eine gute Arbeit leistet, keine Frage. Darüber hinaus ist es gelungen, Kommunikationsprobleme im Gespräch zwischen akuTH und dem Ministerium auszuräumen. Wir haben auch feststellen können, dass es inhaltlich und fachlich durchaus unterschiedliche Ansichten zu der von der Koordinierungsstelle leistbaren zusätzlichen Arbeit gibt. Zusätzlich - das sage ich ganz bewusst - denn die Haupttätigkeiten der Koordinierungsstelle und das sind die, mit denen sie aufgrund des Landtagsbeschlusses, den Sie anführten, Herr Dr. Augsten, vom 16.09. beauftragt ist, werden wie beantragt auch finanziert. Darüber hinaus traut sich die Koordinierungsstelle selbst aber weitere Aufgaben zu, die bei der Umsetzung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung hilfreich sein können. Das begrüßen wir natürlich selbstverständlich grundsätzlich. Aber meine Damen und Herren, wer ein wenig im Thema steckt, der weiß auch, dass auf dem Gebiet der Bildung für nachhaltige Entwicklung viele Akteure unterwegs sind. Für uns ist eines bei den beiden Gesprächen klar geworden: Jeder sollte sich mit seinem Fachwissen, seinen Verbindungen und seinen Ideen einbringen, so gut es geht. Das Thema ist allen außerordentlich wichtig. Was aber vermieden werden sollte, ist Doppelarbeiten durchzuführen. Gleiche Zuständigkeiten für dasselbe Thema sollten nicht sein. Die Koordinierungsstelle hat unsere volle Unterstützung bei ihrer Aufgabe, die vorhandenen Strukturen zu unterstützen, die Initiativen zu bündeln, lokale Projekte möglichst breit bekannt zu machen. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe.

Ich habe den Eindruck gewonnen, dass akuTH als Träger der Koordinierungsstelle auch künftig diese wichtige Rolle ausfüllen kann und mit den Mitteln, die der Freistaat zur Verfügung stellt, auch ausfüllen wird. Ich habe die Vertreter der Koordinierungsstelle ermutigt, meine Damen und Herren, die Leistungen, die darüber hinaus erbracht werden können, zu beschreiben und mit einem sozusagen weiteren Fördermittelantrag das Vertrauen der Ministerien zu gewinnen. Für weitere Gespräche haben sich alle Beteiligten offen gezeigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren in Richtung GRÜNE, Gespräche können helfen, Aktuelle Stunden können helfen, aber manchmal hinkt man auch ihrer Aktualität im Handeln der anderen hinterher. Trotzdem bedanke ich mich ganz herzlich, dass Sie die Vorreiterrolle Thüringens, die wir auf dem Gebiet der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Thüringen durchführen, allen noch einmal mit Ihrem Antrag bewusst gemacht haben. Das allein war es schon wert, darüber zu reden. Schönen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Abgeordneter Kummer zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. An dem Wettbewerb, wer am häufigsten mit dem akuTH geredet hat, will ich jetzt nicht teilnehmen.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Man sollte nicht nur übereinander, sondern miteinander reden.)

Ich war viele Jahre Mitglied im akuTH und habe in der Vergangenheit auch viele Gespräche geführt, und ich sage deutlich, führen müssen aufgrund der brisanten Situation dort.

Meine Damen und Herren, für mich war es eine Sternstunde des Thüringer Landtags, als wir alle gemeinsam - wenn ich mich richtig erinnere ohne Gegenstimme - den Antrag zur Umsetzung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung hier verabschiedet haben. Die Bildung für nachhaltige Entwicklung sollte dafür sorgen, dass der Gedanke der Nachhaltigkeit, der Zukunftsfähigkeit in allen Bereichen der Bildung verankert wird. Es gab damals die Suche nach einem Trägerverein und als der Arbeitskreis Umweltbildung Thüringen sich bereit erklärte, das zu tun, gab es viel Lob für ihn und bisher immer Lob für die Arbeit, die seitdem geleistet wurde. Wir haben, das muss man wirklich sagen, viel vorzuweisen in der Richtung. Die Lernpläne in Thüringen sind mit dem Gedanken der Nachhaltigkeit seitdem auch gut angereichert worden. Der Thüringer Landtag hat das Ansinnen unterstützt in der Folge, er hat Geld bewilligt, eine Koordinationsstelle ist eingerichtet worden, Projekte sind durchgeführt worden und dann inmitten der Dekade kommt dann plötzlich eine Personalmittelkürzung, die nicht zu erklären ist, obwohl das Geld im Haushalt steht. Wir haben daraufhin einen Antrag im Ausschuss gestellt, haben die Landesregierung dort zur Rede gestellt und die Antwort der Landesregierung war, um es mal kurz zu formulieren: Es gab nicht ausreichend qualifizierte Projektanträge.

(Abg. Kummer)

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Das ist überhaupt nicht wahr.)

Das war die Auskunft, die wir im letzten Ausschuss bekommen haben. Und dann kommt als Antwort der Brief des akuTh in unsere Fächern und der spricht eine ganz andere Sprache, Herr Primas.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Die Sie gerne haben möchten.)

Ich habe den Brief nicht geschrieben, ich habe ihn nach der Ausschuss-Sitzung bekommen und hier steht, dass der Zuwendungsbescheid Inhalte gestrichen hat, und das, obwohl die ESF-Evaluation festgestellt hat, dass das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Der Regierungseinfluss auf die Bildung für nachhaltige Entwicklung auf die UN-Dekade nahm Handlungsfähigkeit und das Streichen von Geldern führte den akuTh fast in die Insolvenz.

Meine Damen und Herren, ein solches Handeln geht so lange, bis kein Ehrenamtlicher mehr mitmacht und die meisten im akuTh sind ehrenamtlich tätig. Das muss man so deutlich sagen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da überlegt man im Moment sehr genau, ob man weiter Träger der Bildung für nachhaltige Entwicklung sein kann. Wenn die sagen, sie machen nicht mehr mit, einfach weil sie ihren Verein nicht gefährden wollen, dann frage ich Sie: Wer soll das dann machen? Da frage ich Sie: Was ist mit dem guten Ruf Thüringens, den wir uns in den letzten Jahren erarbeitet haben? Deshalb darf es ein Weiteres nicht geben. Deshalb müssen die Probleme, die der akuTh aufgeschrieben hat, hier Berücksichtigung finden.

Ich will an Ähnliches nur erinnern: Ich habe gehört, beim Beirat für nachhaltige Entwicklung gäbe es inzwischen auch einige, die keine Lust mehr hätten mitzumachen aufgrund der Einmischung, die es hier gegeben hat. Diese Probleme, meine Damen und Herren, müssen wir beraten, sie müssen auf den Tisch, beim akuTh muss die Handlungsfähigkeit wieder hergestellt werden, auch bei der Koordinierungsstelle und das Geld für Personal muss aus meiner Sicht rückwirkend bewilligt werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur so lassen sich die Probleme hier beheben. Ich verstehe Sie, Herr Primas, so, dass Sie da dran sind, das auch mit auf den Weg zu bringen; von der Warte her sind wir gerne Partner für Sie und stehen bereit, das gemeinsam auf den Weg zu bringen. Danke.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Sie haben wieder mal bewiesen, dass Sie über etwas reden, wovon Sie keine Ahnung haben.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Weber zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, normalerweise bedanke ich mich an der Stelle bei den Antragstellern - das verkneife ich mir dieses Mal, denn es ist hier schon mehr als deutlich geworden, Sie haben den Hilferuf des Vereins zur Aktuellen Stunde hier im Haus gemacht. Das hat dazu geführt, dass wir uns über die Frage der Aufgaben des Vereins hier noch einmal unterhalten, wie der Kollege Primas schon gesagt hat, eine vernünftige Informationsveranstaltung daraus noch einmal entstanden ist für die Anwesenden. Aber das, was der Verein durchmacht - und ich will das gar nicht infrage stellen, dass es schwierig ist, dass es ein Arbeiten unter schwierigen Bedingungen ist - ist nichts Neues. Das erleben wir in vielen Vereinen und Organisationen, wo Mittel knapp sind, fehlen Mittel. Das ist nun mal so.

Die Situation ist doch folgende: Seit 2005, also seit nunmehr sechs Jahren, erhält der Verein akuTh eine Vollfinanzierung zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Grundlage sind die Beschlüsse der UN-Vollversammlung 2002, des Deutschen Bundestags 2004 und des Thüringer Landtags 2005. Der Verein hat bisher mit 2 Mitarbeitern gearbeitet. Er erhielt weitere personelle Unterstützung aus dem Bereich des Kultusministeriums im Rahmen einer halben Stelle. Die dazu nötigen Mittel wurden auf der Grundlage eines Förderantrags bewilligt, und zwar jährlich. Der Verein hat am 22.02.2011 für 2011 einen Förderbescheid erhalten, der von der Antragstellung abweicht. Das lese ich zwar jetzt nicht genau aus dem Schriftverkehr heraus, aber zwischen den Zeilen kann man die Vermutung äußern, dass der Verein trotzdem mit der gleichen Mitarbeiterzahl weitergearbeitet hat. Das ist das Ergebnis, wenn man sich mit dem Schriftverkehr auseinandersetzt. Da muss ich Ihnen sagen, es tut mir leid. Ich kann nichts erkennen, was das Ministerium an der Stelle falsch gemacht hat oder was ungewöhnlich oder eigenartig ist. Das ist ein völlig normaler Vorgang. Das Einzige, was ich nicht verstehe ist, warum ich als Verein mit einer höheren Stellenbesetzung weiterarbeite, wenn ich weiß, dass ich außerhalb vom Bewilligungszeitraum arbeite. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Da muss doch spätestens derjenige, der für die Finanzen im Verein zuständig ist, ein Stoppschild hochhalten und sagen, wir können mit der Mitarbeiterstruktur nicht weitermachen, denn

(Abg. Weber)

wir haben sie fördermitteltechnisch nicht genehmigt. Das ist nicht geschehen offensichtlich oder zumindest wahrscheinlich. Es ist schon klar, dass der Nachhaltigkeit und der Bildung für die nachhaltige Entwicklung nicht gedient ist, wenn wir diese Mittel und diese Beschäftigungsstruktur nicht haben. Das ist doch keine Frage. Das sehe ich auch so, aber da sind wir an einem ganz anderen Knackpunkt. Da müssen wir uns über die Frage unterhalten, ob es nicht ein generelles Problem ist, die Förderung von Projekten mit ehrenamtlichen Strukturen abzudecken oder ob wir eher institutionell nachdenken müssen. Ob wir in der Lage sind, solche wichtigen Aufgaben tatsächlich über jährlich befristete Projekte zu finanzieren oder ob wir darüber nachdenken müssen, solche Strukturen möglicherweise - die Ministerpräsidentin hat mal gesagt, wir müssen an einigen Stellen Ehrenamt durch Hauptamt ersetzen. Diese Frage kann man sich stellen. In der Tat müssen wir Institutionen schaffen, um diese Aufgaben unter Umständen besser wahrnehmen zu können, um vielleicht auch breiter aufgestellt zu sein.

Wenn ich mir den Hilferuf des Vereins durchlese, komme ich zu dem Ergebnis, der Verein hat jede Menge Ideen, wie er sich breiter aufstellen könnte. Das ist legitim. Es ist auch legitim und nicht unüblich, dass, wenn Sie als Verein abhängig sind von Fördermittelzuweisungen, Sie ab und zu in Auseinandersetzungen mit dem Fördermittelgeber kommen. Auch das ist ein relativ häufig - der Kollege Augsten nickt mit dem Kopf und bestätigt das - vorkommendes Problem. Soweit mir aber bekannt ist, sind die Probleme zwischen Verein und dem Ministerium längerfristig angelegt. Die haben also nicht allein mit der aktuellen Situation zu tun. Es gibt auch Stimmen, dass der Verein nicht so übergreifend wirkt, wie er es eigentlich tun müsste, um wirklich Zählbares, Nachvollziehbares und am Ende Evaluierbares zu erreichen. Aber das würde zu weit führen im Rahmen der Aktuellen Stunde. Mir bleibt noch, Ihnen zu versichern, dass der Minister Reinholz auf Nachfrage gesagt hat, er sieht eine Gefährdung der Tätigkeiten durch die geringere Fördermittelzuweisung nicht gegeben und damit auch nicht die Existenz des Vereins. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abg. Hitzing das Wort.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, der fraktionsübergreifende Antrag in der 4. Wahlperiode zum Thüringer Aktionsplan der UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist damals mit großartiger Mehrheit von

allen Parlamentariern hier beschlossen worden. Zur Umsetzung auf der Landesebene wurde dieser Arbeitskreis Umweltbildung Thüringen e.V. geschaffen. Dieser Arbeitskreis e.V. - eingetragener Verein - koordiniert und vernetzt nichtstaatliche Projekte und Akteure, die sich gerade mit der Thematik Umweltbildung/Nachhaltigkeit beschäftigen, mit staatlichen Einrichtungen der Umweltbildung u.a. der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie, Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft und auch dem ThILLM. Dafür ist die Koordinationsstelle zur Umsetzung dann installiert worden und die Dekade läuft von 2005 bis 2014. Gegründet wurde sie 2005 und seither gibt es die Förderung durch Landes-, Bundes- und EU-Mittel. Die Maßnahmen, die in Thüringen durchgeführt wurden und durchgeführt werden sind u. a. die Gründung und die regelmäßige Durchführung des runden Tisches zur Beteiligung und zum Erfahrungsaustausch, die Erarbeitung von Aktionsplänen und Aktionstagen. Nun ist auch bekannt, dass der Brief eine Unsicherheit des Vereins signalisiert hat, aber es ist der Fördermittelbescheid im Februar dieses Jahres ausgereicht worden, der zwar nicht die gewünschte Höhe hat, aber doch eine beträchtliche Höhe. Ziel ist, die Thüringer Koordinationsstelle will gemeinsam mit Umwelt- und Bildungsministerium bei engagierten Vereinen und Verbänden auf die Weiterentwicklung der Bildungsangebote hinarbeiten.

Zur Unterstützung dieser Arbeit sind die vier regionalen Nachhaltigkeitszentren installiert worden, die nun zusammengelegt worden sind in ein Nachhaltigkeitszentrum und das befindet sich in Arnstadt. Der Selbstbefassungsantrag ist schon von Herrn Dr. Augsten erwähnt worden, der am 18.03. durch die Fraktion DIE LINKE gestellt wurde und da hat das Ministerium verschiedene Fragen beantwortet u. a., dass personell und materiell ausreichende Mittel zur Verfügung stünden, was jetzt dieser Brief ja nun infrage stellt, so will ich es mal sagen. Deshalb, Herr Dr. Augsten, ist Ihre Aktuelle Stunde heute an dieser Stelle installiert. Die Antworten sagen: Ja wir haben nur noch eine Koordinationsstelle. Sie sagen auch, die laufenden Kosten werden gesichert - so wie ich es eben nannte - und die Frage stellt sich nun: Was passiert eigentlich am Ende der UN-Dekade? So habe ich Ihre Aktuelle Stunde verstanden. Möglicherweise greift es zu weit, aber wenn das die Intention ist, einfach mal nachzufragen: Was ist eigentlich nach 2014? Bis dahin ist es festgelegt. Was läuft dann? Das ist auch eine spannende Frage. Wir wissen ja noch gar nicht, wie sich Thüringen dann positionieren wird. Wir wissen aber alle, dass es unumstritten ein ganz wichtiges Thema ist und trotzdem will ich hier ein bisschen zur Vorsicht mahnen. Sie haben es selbst erwähnt, Herr Dr. Voß spricht von einem Sanierungsfall. Und bei aller Finanzierungsnotwendigkeit bei solchen eingetragenen Vereinen, die sich mit dieser wichtigen Thematik beschäftigen, wage

(Abg. Hitzing)

ich zu bezweifeln, dass wir die Finanzierungsvarianten, wie sie momentan laufen, so weiterführen werden aus haushalterischen Gründen. Die Positionierung zu Nachhaltigkeit im Sinne der Umwelt wird mit Sicherheit auch in Zukunft in Thüringen das Thema Nummer eins sein. Davon gehe ich im Sinne dieser Aktion oder dieser Aktivitäten aus. Trotzdem glaube ich, man muss hier haushalterisch vorsichtig sein und tatsächlich die Möglichkeit gewährleisten, dass man mal schaut: Gibt es Doppelstrukturen, gibt es Möglichkeiten, die eine Koordinierungsstelle vielleicht mit etwas anderem noch einmal zu koordinieren aus Effizienzgründen? So habe ich Ihren Antrag verstanden; also schon über 2014 hinaus.

Unter Betrachtung natürlich dieses Briefes und der Zukunft denke ich, da müssen wir sehr sensibel sein, aber die angespannte Haushaltslage wird uns da an manchen Stellen eines Besseren belehren. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich der Abgeordnete Kummer noch einmal zu Wort gemeldet.

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da müssen wir es von der Familienstiftung nehmen.)

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Ich muss auf Herrn Webers Kritik an der Buchhaltung des Vereins noch einmal eingehen. Die UN-Dekade geht bis 2014. Der Verein hat bisher immer in Jahresschritten seine entsprechenden Bewilligungsanträge gestellt. Der Bewilligungsantrag erfolgte am 05.11.2010 für das Jahr 2011/12. Zum damaligen Zeitpunkt musste der Verein davon ausgehen, dass zumindest das Stellentableau beibehalten wird, was er bis dahin hatte. Der Thüringer Landtag hat die Gelder dafür auch nicht gekürzt in den Haushaltsberatungen. Bis zum 22.02.2011 hat der Verein dann also logischerweise das Personal vorgehalten, von dem er dachte, dass es nach dem Antrag auch wieder bewilligt wird und hat dann dafür die Ablehnung bekommen. Das war für den Verein nicht zu erwarten. Es war also sein Risiko. Jetzt sagen Sie mir nicht, dass der Verein zum 31.12. in jedem Jahr die Tätigkeit „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ aufgeben soll und erst dann wieder anfangen soll, wenn er einen neuen Bescheid hat. Wenn das in Zukunft die Rechtssicherheit für unsere Vereine sein soll, dann können Sie sich mal anschauen, welche Vereine in diesem Land alle die Arbeit geben müssen. Danke.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Seitens der Abgeordneten habe ich jetzt keine weiteren Redeanmeldungen. Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Staatssekretär Richwien.

Richwien, Staatssekretär:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich bin ganz froh, ich wollte schon etwas eher zum Pult, aber in der Zwischenzeit waren noch zwei Abgeordnete vor mir, so dass ich meinen Blutdruck wieder etwas runterschrauben konnte auf ein Normalmaß.

Meine Damen und Herren, erstens, Herr Dr. Augsten, ich freue mich regelrecht auf die Aussprache im Ausschuss. Und, Herr Kummer als Vorsitzender, ich bin richtig erfreut, das im Ausschuss mal zu betreten. Ich glaube, es macht Sinn, mal von Legendenbildung und Realitäten auszugehen, dann würde man das heute vielleicht nicht so emotional, sondern vielleicht etwas ruhiger diskutieren und würde sich auch ein ganz klein wenig zurücknehmen. Ich hoffe, Herr Dr. Augsten, dass wir nicht jedes Mal zu einer Aktuellen Stunde kommen, wenn irgendwo ein Brief geschickt wird und wir uns dann jedes Mal in der Aktuellen Stunde darüber unterhalten müssen. Ich sage das deswegen, weil in der Aktuellen Stunde einmal für Sie gar nicht so viel Zeit zur Verfügung steht, um Ihr Anliegen rüberzubringen. Auf der anderen Seite glaube ich, dass im Ausschuss wesentlich mehr Möglichkeiten bestehen, sich über so etwas fachfundierte zu unterhalten. Das haben wir in der Vergangenheit ganz gut hinbekommen. Deswegen dauern unsere Ausschüsse immer entsprechend lange.

Herr Kummer, was ich, bevor ich zum Inhalt komme, hier nicht stehen lassen kann, über die Personalsituation will ich gern mit Ihnen reden. Denn, ich glaube, da ist es wirklich wichtig, dass wir uns dazu einmal austauschen, was Ihr Kenntnisstand und was meiner ist. Was ich heute Morgen in Erfahrung gebracht habe, das will ich hier nicht ausbreiten. Aber es macht vielleicht Sinn, sich wirklich im Ausschuss darüber zu unterhalten. Ich würde empfehlen, ich habe das in sieben Jahren Wirtschaftspolitik gemerkt, manche sind nicht in der Lage, einen Zuwendungsbescheid zu lesen. Vielleicht schaut man mal in diesen Zuwendungsbescheid, was da festgeschrieben ist und an was man sich zu orientieren hat. Wenn man sich dann rechtskonform verhält, dann habe ich nichts dagegen. Aber ich bin auch dafür zuständig, dass, wenn sich jemand im Zuwendungsbescheid nicht entsprechend verhält, ich da einhaken muss und sage, Freunde, bis hierhin und nicht weiter. Dass wir der ganzen Umsetzung der UN-Dekade positiv gegenüberstehen, das brauche ich hier nicht erwähnen. Das wissen Sie genauso gut wie ich und dass wir mit der Arbeit auch im Großen und Ganzen zufrieden sind. Aber es gibt eben wie überall ein paar Kritikpunkte.

(Staatssekretär Richwien)

Eines kann ich auch nicht stehen lassen: Wenn Sie das eine mit dem anderen verknüpfen, wenn Sie dann sagen, bei der Nachhaltigkeit haben uns einige vom Beirat verlassen. Also auch da wahrheitsgetreu, nach meinem Kenntnisstand machen Frau Prof. Beibst weiter, Herr Prof. Wesselak macht weiter und Herr Steinwachs macht weiter - ich will aufhören. Wenn es dann in diesem Beirat zwei, drei Damen und Herren gibt, die sagen, okay, ich kann das aus dem einen oder anderen Grund nicht, dann mag das sein. Aber das hier anzuführen und zu sagen, die haben dann auch keine Lust mehr, ich glaube, das sollte man nicht verquicken. Sie werden im Ausschuss sehen, dass das auch nicht miteinander zu verbinden ist. Wir reden hier über 0,5 Stellen, Herr Kummer, für drei Monate, über nicht mehr und nicht weniger. Mehr sage ich hier an der Stelle nicht, weil ich mich auf die Auseinandersetzung im Ausschuss freue.

Der Minister hat Ihnen schon gesagt, dass das nicht gefährdet ist. Ich kann nur sagen, wenn man sich gesetzestreu verhält, ist es nicht gefährdet. Wenn man sich so verhält, wie es im Zuwendungsbescheid steht, dann ist das absolut in Ordnung und dann bekommt man das auch sauber über die Bühne. Nämlich zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, was ja von 2005 bis 2014 läuft, haben sich in Thüringen verschiedene Strukturen etabliert. Regelmäßig zweimal pro Jahr trifft sich der runde Tisch Thüringen, der die verschiedensten Akteure in Thüringen vereint und den Fach- und Erfahrungsaustausch sicherstellt. Auf Ebene des runden Tisches haben sich verschiedene Arbeitsgruppen gegründet, z.B. die AG „Nachhaltige Schülerfirmen“, die spezielle Themen der UN-Dekade bearbeiten und für eine spezifische Weiterentwicklung auf Akteurebene sorgen. Das Kernteam - bestehend aus je einem Vertreter von akuThüringen e.V., Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz - stellt die strategischen Weichen. Das Nachhaltigkeitszentrum Thüringen sorgt auf regionaler Ebene für die Kooperation zwischen den verschiedenen Partnern und für deren Weiterbildung. Die Koordinationsstelle selbst fungiert vorrangig als Unterstützer für die vorhandenen Strukturen und als Plattform für den Transport und die Bündelung lokaler Projekte und Initiativen in Kooperation mit dem Nachhaltigkeitszentrum Thüringen. Dementsprechend unterstützt sie den runden Tisch sowie die Arbeitsgruppen in ihrem Wirken und sorgt für eine Verbreitung der Beispiele guter und bester Praxis. Dies geschieht unter anderem regelmäßig durch die Herausgabe des von dem Redaktionsteam des runden Tisches erarbeiteten Thüringer Aktionsplans sowie die Begleitung der im Herbst stattfindenden Aktionstage zur Bildung für nachhaltige Entwicklung, die Pflege der Internetseite oder die Präsentation bei landesweit bedeutenden Ver-

anstaltungen wie Bildungssymposien oder Tag der offenen Tür des Landtags.

Die Einschätzung des Arbeitskreises Umweltbildung Thüringen e.V., dass hierbei sehr gute Erfolge zu verzeichnen sind, teile ich ausdrücklich, habe ich auch vorhin schon hier im Vorwort gesagt. Daher habe ich dem Antrag der akuThüringen e.V. zur Fortführung dieser Haupttätigkeiten, für die laut akuThüringen e.V. 1,5 Stellen erforderlich sind, mit Zuwendungsbescheid vom 15.02.2011 entsprochen. Herr Dr. Augsten, einen kleinen Nebensatz kann ich mir auch hier nicht verkneifen: Wenn man sich auf die Kernaufgaben fokussiert hätte, dann hätte ich nur 1,2 bewilligen können, aber ich habe 1,5 bewilligt. Nur mal so als kleine Gedächtnisstütze. Nicht bewilligt werden konnten jedoch darüber hinaus beantragte Tätigkeiten, die in Zuständigkeiten von Behörden der Landesverwaltung oder anderen im Nachhaltigkeitsbereich etablierten Strukturen, wie z.B. dem Nachhaltigkeitszentrum Thüringen, eingreifen, ohne dass dies mit diesen Dritten erkennbar abgestimmt ist. Die Förderung dieser Tätigkeiten würde den Aufbau von Doppelstrukturen bedeuten - Herr Weber hat schon davon gesprochen -, das macht, glaube ich, auch wenig Sinn. Im Hinblick auf die angespannte Finanzsituation des Freistaats Thüringen vermag ich dem Ansinnen der akuThüringen e.V. in diesem Punkt nicht zu folgen. Eine Gefährdung der Tätigkeit der Koordinationsstelle, die ihre Tätigkeit von Beginn an mit einer Vollfinanzierung aufgenommen hat, sehe ich daher jedenfalls nicht.

Im Vergleich mit anderen Bundesländern ist Thüringen mit der Finanzierung einer nichtstaatlichen Dekadekoordinationsstelle immer noch Vorreiter für die Eröffnung von Möglichkeiten zur intensiven und eigenverantwortlichen Mitwirkung der nichtstaatlichen Akteure. Dem akuThüringen e.V. wurde nahegelegt, einen ergänzenden Antrag, davon ist gesprochen worden, zum bereits bewilligten Projekt zu stellen, um gegebenenfalls weitere Tätigkeiten zu beschreiben, die für die Akteure hilfreich sein könnten. Die vom akuThüringen e.V. hierzu eingereichten Themenbereiche sind bei uns in der Prüfung. So viel von meiner Seite, vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich schaue einmal in die Runde der Abgeordneten. Es gibt keine Wünsche mehr für weitere Redebeiträge. Damit schließe ich den Teil e der Aktuellen Stunde und die Aktuelle Stunde als Ganzes.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 23**

Fragestunde

(Vizepräsidentin Dr. Klaubert)

auf. Als Erstes kommt die Frage des Herr Abgeordneten Ramelow, Fraktion DIE LINKE, in der Drucksache 5/2468.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Spekulationen mit Lebensmitteln in Thüringen

Seit einiger Zeit wird in den Medien von stark steigenden Lebensmittelpreisen berichtet. Die angeführten Gründe sind vielfältig und reichen von einer Dürre in China über weltweite Spekulationen mit Rohstoffen bis hin zum Erdbeben in Japan. Die deutsche Ernährungsindustrie erklärte, dass die Einführung von E10-Kraftstoff die Lebensmittelpreise, insbesondere für Weizen, Mais und Zuckerrüben, erhöhen würde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen hat die Produktion von E10-Kraftstoff auf die Preise und die Angebotsmenge von Lebensmitteln in Thüringen?
2. Ist der Landesregierung bekannt, ob und aus welchen Gründen aktuell auch in Thüringen versucht wird, bestimmte Lebensmittelangebote künstlich zu verknapfen?
3. Hat die Landesregierung Kenntnis über Einschränkungen bei der Belieferung von Einzelhändlern in Thüringen mit Mehl, Mais und Zucker und welches sind nach Auffassung der Landesregierung die Gründe hierfür?
4. Welche Möglichkeiten hat und welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um eine Verknappung von Lebensmitteln zum Zwecke der spekulativen Preisgestaltung in Thüringen zu verhindern?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Richwien.

Richwien, Staatssekretär:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Ramelow beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Produktion von E10-Kraftstoffen hat auf die Preise und die Angebotsmenge von Lebensmitteln in Thüringen gegenwärtig keine Auswirkungen.

Zu Frage 2: Hierzu liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.

Zu Frage 3: Auf Nachfrage beim Handelsverband Thüringen - Der Einzelhandel e.V. hat dieser mitgeteilt, dass keine Kenntnisse über Einschränkungen bei der Belieferung von Einzelhändlern in Thüringen mit Mehl, Mais und Zucker vorliegen. Eine Nachfrage beim Landesinnungsverband des Thüringer

Bäckerhandwerks ergab, dass bei der Lieferung von Getreide keine Engpässe gesehen werden, allerdings wird von Lieferproblemen bei Kartoffelmehl, Kartoffelpuder und bei Zucker berichtet. Gründe hierfür sind uns nicht bekannt.

Zu Frage 4, resultierend aus der Beantwortung der ersten Frage: Die Landesregierung sieht hier zurzeit logischerweise keinen Handlungsbedarf.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Dazu gibt es Nachfragen. Bitte, Herr Ramelow.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Danke für den Überblick. Ich frage die Landesregierung, wieso man nicht beim Großhandelsverband angefragt hat, um auch nachzufragen, warum bei mehreren Thüringer Großhandlungen, Lebensmittelgroßhandlungen, die interne Anweisung besteht, dass in den Läden Schilder angebracht werden „Abgabe nur noch in haushaltsüblichen Mengen“ und damit verbunden ein enormer Preissprung bei Mehl, Zucker und Speiseöl derzeit vollzogen wird.

Richwien, Staatssekretär:

Zur Beantwortung Ihrer Nachfrage: Warum diese Schilder aufgestellt werden, ist mir nicht bekannt. Ich kann es auch nicht ganz nachvollziehen. Ich habe Ihre Nachfrage fast vermutet und habe Ihnen mal, das kann ich Ihnen nachher mal überreichen, die Preisentwicklung beim Weizen mitgebracht. Da werden Sie sehen, das ist die fallende Kurve für die nächsten Jahre. Wir haben generell beim Getreide die Situation, dass die Preise gefallen sind. Das sah einmal eine ganze Zeit ganz anders aus, damals hatte Russland verkündet, keine Exporte durchzuführen, da sind die Getreidepreise etwas nach oben geschossen - glücklicherweise für die Bauern -, aber zurzeit wieder im Fallen. Nach einer aktuellen Studie nur einmal zur Kenntnis für Sie: Durch die Weltbank kann ein Zusammenhang zwischen Biokraftstoffproduktion und steigenden Agrarpreisen nicht festgestellt werden. Ich kann Ihnen auch keine andere Antwort geben als das, wo wir uns informieren. Warum diese Schilder rausgestellt werden, ist mir nicht bekannt.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Eine Nachfrage hat Herr Abgeordneter Ramelow noch.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, meine Vermutung geht ja in eine ähnliche Richtung wie Ihre. Trotzdem frage ich noch einmal nach, ob Ihnen der Unterschied bekannt ist zwischen dem Weizenpreis und dem Endverbraucherpreis in Form von Mehl,

(Abg. Ramelow)

wenn es einen größeren Preissprung gibt - und ich wiederhole es gern - bei Zucker, Mehl und Speiseöl in den Darreichungsformen, wie es an die Endverbraucher abgegeben wird, und diese Differenz, bei sinkendem Weizenpreis einen steigenden Mehlpriest zu haben. Dahin ging meine Nachfrage. Deswegen wäre zumindest meine Anregung, auch mal beim Fachgroßhandelsverband nachzufragen, denn der Handelsverband selber scheint mir nicht der richtige Ansprechpartner zu sein.

Richwien, Staatssekretär:

Das kann natürlich auch sein. Ich nehme die Anregung gern auf, das kann man gern noch mal nachfragen. Staatliche Möglichkeiten, um eine Verknappung von Lebensmitteln zum Zweck der Spekulation und Preisgestaltung zu verhindern, bestehen auf Länderebene nicht, das wissen Sie auch. Das ist ein Thema, Sie waren ja auch im Deutschen Bundestag, das auf Bundesebene zu regeln ist bzw. dann natürlich im Kartellrecht, da muss man vielleicht auch mal nachschauen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Aus der Mitte des Hauses möchte der Abgeordnete Kummer noch Fragen stellen. Herr Kummer, ich weiß jetzt nicht, wie viele Fragen Sie stellen wollen, aber ich sage nur, dass der Herr Abgeordnete Dr. Augsten auch gern noch eine Möglichkeit hätte.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Nur eine Frage. Herr Staatssekretär gab ja selbst den Hinweis auf das Kartellrecht. Herr Staatssekretär, wenn der Landesregierung solche Entwicklungen in Thüringen bekannt werden, wo Lebensmittelkonzerne ihre Marktmacht missbrauchen und ohne wirklichen Grund Preise erhöhen, wendet sich dann die Landesregierung selbst an das Bundeskartellamt?

Richwien, Staatssekretär:

Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, um uns in der Sache schlau zu machen, Herr Abgeordneter Kummer.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Jetzt kann der Abgeordnete Dr. Augsten auch noch eine Frage stellen.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, vor allen Dingen an Herrn Kummer. Herr Staatssekretär, können Sie bestätigen, dass die Landwirtschaftsbetriebe trotz dessen, was Herr Kollege Ramelow gezeichnet hat, nicht mehr erlösen für das Getreide, für das Öl usw. als das,

sie vorher bekommen haben, also dass der Zusammenhang zwischen den Erlöserpreisen des Landwirts und dessen, was in den Geschäftsstellen vor sich geht, nicht besteht?

Richwien, Staatssekretär:

Sie kennen es selber sehr gut, dass das nicht nur beim Getreide so ist, sondern bei vielen anderen Produkten auch. Wenn Sie das bei der Milch sehen, da haben wir jetzt einen Erzeugerpreis von 30 oder 31 Cent. Das ist natürlich nicht mit dem zu vergleichen, was der Verbraucher dann bezahlt. Das ist Ihnen ja bekannt.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Damit sind alle Nachfragemöglichkeiten erschöpft. Ich rufe die Mündliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Kummer, Fraktion DIE LINKE, in der Drucksache 5/2469 auf.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Auswirkungen der Flutung der Wismut-Gruben auf den Gessenbach und die Weiße Elster

Die Ostthüringer Zeitung vom 24. März 2011 berichtet von flutungsbedingten Umweltbeeinträchtigungen im Bereich des Gessentales bei Ronneburg. Diese seien vorwiegend auf Starkniederschläge in den vergangenen Monaten zurückzuführen. Der kirchliche Umweltkreis Ronneburg spricht in diesem Zusammenhang davon, dass Eisen in großen Mengen sowie Uran, Cadmium, Nickel und Salze in den Gessenbach und die Weiße Elster eingetragen werden. Aus Vorsorgegründen hat das Thüringer Landesverwaltungsamt die Verordnung zur Regelung des Gemeingebrauchs am Gessenbach verschärft und diese im Thüringer Staatsanzeiger Nr. 11/2011 bekannt gemacht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Umweltbeeinträchtigungen führten dazu, dass sich das Landesverwaltungsamt zur Verschärfung der Verordnung zur Regelung des Gemeingebrauchs am Gessenbach veranlasst sah?

2. Inwieweit folgt die Landesregierung den Forderungen des kirchlichen Umweltkreises Ronneburg, die Verklappung der Bergbauschlämme in die Weiße Elster zu stoppen und die Wasserbehandlungsmaßnahmen auszuweiten?

3. Welche Maßnahmen zur Eindämmung der Umweltgefährdung wurden bzw. werden bis wann eingeleitet?

4. Inwieweit entspricht der bisherige Reinigungserfolg der Flutungswasserbehandlung seit Inbetriebnahme der Aufbereitungsanlage 2002 den Erwartungen des Betreibers Wismut GmbH?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Diese Frage beantwortet Herr Staatssekretär Richwien.

Richwien, Staatssekretär:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kummer beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Gestatten Sie mir, Herr Abgeordneter Kummer, eine Vorbemerkung: Grundsätzlich sind die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz des Gessenbaches in den der Wismut GmbH erteilten wasserrechtlichen Erlaubnissen bereits geregelt. Demnach hat die Wismut GmbH alle durch den Bergbau kontaminierten Wässer zu fassen, zu reinigen und die anfallenden Schlämme zu entsorgen. Die getroffenen Maßnahmen sind durch reaktives Handeln, den jeweiligen sich aktuell einstellenden Situationen anzupassen und unterliegen einer permanenten Kontrolle der zuständigen Behörden.

Zu Frage 1: Aufgrund der extremen Niederschläge der vergangenen Monate kam es im Austrittsgebiet Gessental zu einer Zunahme der Menge austretender bergbaulicher beeinflusster Wässer, die nicht vollständig gefasst und der Wasserbehandlungsanlage Ronneburg zur Behandlung zugeführt werden konnten. Die Folge war und ist ein Überströmen der Wasserfassung im Gessental und damit die Einleitung von schadstoffbelastetem Flutungswasser über den Gessenbach in die Weiße Elster. Gleichzeitig führte das zu einer Überschreitung der Gewässergüteziele für Schwermetalle nur im Gessenbach. Diese Situation besteht nach wie vor und war Anlass für die Verschärfung der Verordnung zur Regelung des Gemeindegebrauchs im Gessenbach.

Zu Frage 2: Ein „Verklappen“ von Bergbauschlämmen findet nicht statt. Das aus dem Gebirge austretende Grundwasser ist so hochgradig mit Eisen angereichert, dass es nach Sauerstoffkontakt im Oberflächengewässer ausfällt. Eine Sofortlösung zum Schlammrückhalt im Gessental, wie vom kirchlichen Umweltkreis Ronneburg gefordert, ist nicht verfügbar. Eine auf behördliche Veranlassung von der Wismut GmbH erarbeitete Studie „zur Entlastung der Wasserbehandlungsanlage Ronneburg durch kurzfristig umsetzbare provisorische Maßnahmen“ bewertete u.a. auch die Reinigungsmöglichkeit für im Gessental auftretendes Grundwasser. Gemäß dieser Studie wäre eine Behandlungsanlage zur Abtrennung von Schwermetallen erforderlich, die bei einer Kapazität von 90 m³/h mit einem Investvolumen von 1,13 Mio. € zu Buche schlagen würde. Als Realisierungszeitraum wurden 15 Monate angegeben. Einzig die auf 750 m³/h Behandlungskapazität erweiterte Wasserbehandlungsanlage Ronneburg, deren Fertigstellung und Inbetriebnahme im Sommer 2011 erfolgen soll, wird in der Lage sein, in einem überschaubaren Zeitraum eine

spürbare Entspannung der Situation im Gessental herbeizuführen.

Zu Frage 3: Durch die Wismut GmbH werden zur Eindämmung der Umweltgefährdung derzeit realisiert:

- Erhöhung der Abförderungskapazität aus dem Gessental auf insgesamt 750 m³/h durch Installation zweier zusätzlicher stationärer Pumpen bis zum 30.06.2011,
- Erweiterung der Abförderungskapazität vom Zwischenspeicher 3 zur Wasserbehandlungsanlage Ronneburg durch Inbetriebnahme einer zweiten Rohrleitung ebenfalls bis zum 30.06.2011,
- Inbetriebnahme der kapazitiv erweiterten Wasserbehandlungsanlage Ronneburg im September 2011 und
- hydraulische Entlastung des Austrittsgebiets Gessental durch die Ableitung des im Austrittsgebiet der Beerwalder Sprotte anfallenden kontaminierten Grundwassers in das Auflandebecken Beerwalde.

Bisher wurde das im Austrittsgebiet der Beerwalder Sprotte anfallende kontaminierte Grundwasser wieder in das Grubengebäude Ronneburg eingeleitet. Als Sofortmaßnahme wurde zwischen der Stadt Gera und der Wismut GmbH die Beräumung des Gessenbachs im Bereich der Straßenbahnbrücke in Gera-Pforten, beginnend ab dem 04.04.2011 abgestimmt. Die Maßnahme dient der Beseitigung der Ausuferung des Gessenbachs in diesem Bereich.

Zu Frage 4: Die tatsächliche Reinigungsleistung der Wasserbehandlungsanlage Ronneburg befindet sich in Übereinstimmung mit der projektierten Reinigungsleistung. Einzig die Behandlungskapazität der Anlage ist im Hinblick auf die weit überdurchschnittlichen Niederschläge des letzten Halbjahres zu gering, d.h., die Projektierung sah ja vor 500 m³/h, derzeitiger Durchsatz ist über 550 m³/h.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Herr Staatssekretär, können Sie noch ein Wort zur Situation in der Weißen Elster sagen? Wenn ich Sie richtig verstanden habe, gibt es in der Weißen Elster keine Grenzwertüberschreitungen. Allerdings weiß ich gar nicht: Gibt es denn für die Weiße Elster überhaupt Grenzwerte?

Richwien, Staatssekretär:

Ich habe mich heute Morgen erst einmal über den Gessenbach informiert. Über die Weiße Elster müsste ich mich noch mal sachkundig machen. Beim Gessenbach ist es so, dass wir leider Gottes

(Staatssekretär Richwien)

einige Schwermetalle haben, die ich lieber nicht drin sehen möchte. Deswegen besteht, glaube ich, hier wirklich Handlungsbedarf. Weiße Elster müsste ich Ihnen nachreichen, das weiß ich jetzt nicht, habe ich nicht nachgefragt.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank für den Überblick dessen, was jetzt an Maßnahmen geplant ist. Meine Frage ist, ob Sie noch beziffern können, inwieweit die Höhe der Schäden, die jetzt in dem Areal Gera-Pforten entstanden sind, dem Ministerium bekannt ist und ob Sie darüber Informationen haben, was allein die Renaturierung alles in allem kostet.

Richwien, Staatssekretär:

Das habe ich heute für die Beantwortung der Mündlichen Anfrage nicht mitgebracht, was die ganze Renaturierung kostet, das muss ich Ihnen nachreichen. Man muss vielleicht aber an der Stelle noch mal sagen, das sind Ereignisse, mit denen man im Vorfeld natürlich nicht gerechnet hat und die auch nicht so sehr schön sind. Man hat damit gerechnet, dass die 500 m³ vollkommen ausreichen würden. Dass dann so ein Ereignis eintritt, dass Grundwasser austritt, das war nicht vorhersehbar. Dass man dann hier eine Schuldzuweisung machen möchte, das würde ich nicht so gern sehen, sondern hier ist sofort Handlungsbedarf. Das haben die Behörden gemacht und die sind tätig. Jetzt sollten wir alle dabei versuchen, den Schaden so gering wie nur möglich zu halten und auch so eindämmen, dass es möglichst nicht noch mal auftreten kann.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Staatssekretär. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Sojka von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2470.

Abgeordnete Sojka, DIE LINKE:

Weiterhin Personalmangel an den Grundschulhorten in Gera

Von 2.500 Grundschulern in Gera besuchen 84 Prozent, das heißt 2.100 Schüler den Hort. Allerdings entspricht die Personalsituation an den Grundschulhorten in Gera seit mehreren Jahren nicht dem vorhandenen Betreuungsbedarf. Laut Aussagen des Schulamtes vor Stadträten fehlen aktuell 378 Personalstunden pro Woche. Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Auffassungen im Stadtrat und der Stadtverwaltung der Stadt Gera

bzw. dem Schulamt über die Höhe des gesetzlich umzusetzenden Personalschlüssels.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welcher Personalschlüssel, bezogen auf die zu betreuenden Schüler in den Grundschulhorten, ist auf welcher gesetzlichen Grundlage umzusetzen?
2. Wie stellt sich die aktuelle Personalsituation an den Grundschulhorten in Gera dar und wie hoch ist der entsprechende Fehlbedarf, erfasst anhand von Personalstunden pro Woche?
3. Wie viele Erzieherinnenstellen konnten zu welchen Bedingungen im jetzigen Schuljahr besetzt werden und wie viele werden es zum 1. August 2011 sein?
4. Durch welche Maßnahmen des Landes wurde und wird dem andauernden Mangel an Personal in den Grundschulen in Gera entgegengewirkt?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Herr Staatssekretär Prof. Deufel.

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Vielen Dank, Herr Präsident. Werte Abgeordnete des Thüringer Landtags, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Sojka beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Der Umfang der Einstellungen von Erziehern richtet sich nach dem Bedarf. Dieser ergibt sich rechnerisch aus den Regelungen der Verwaltungsvorschrift zur Organisation des Schuljahres 2010/2011. Hiernach stehen den Grundschulhorten der Stadt Gera derzeit 2.943,02 Erzieherwochenstunden, das entspricht 75,46 Vollzeitbeschäftigtenstellen, zur Verfügung. Die Zuweisung an die Einzelschule erfolgt auf der Grundlage der angemeldeten Hortkinder und des dazu zur Verfügung stehenden Hortpersonals. Dabei wird eine Betreuungsanzahl von 15 bis 20 Kindern pro Horterzieher entsprechend dem Punkt 5.2.1 der Rahmenbedingungen der Verwaltungsvorschrift zur Organisation des Schuljahres angestrebt. Hinsichtlich der in Gera immer wieder aufkommenden Diskussion über die dabei zugrunde zu legenden Richtwerte wird deutlich darauf hingewiesen, dass eine Orientierung an § 14 Abs. 2 des Thüringer KitaG bei der Personalzuweisung deshalb nicht erfolgt, weil sich die Regelungen des ThürKitaG nicht darauf erstrecken.

Zu Frage 2: An den staatlichen Grundschulhorten der Stadt Gera besteht aufgrund von Schwangerschaften, Mutterschutzfristen sowie krankheitsbedingtem Ausfall ein Bedarf von 313 Wochenstunden, das entspricht 8,03 Vollzeitbeschäftigtenstellen, zur Absicherung der Hortbetreuung. Abordnun-

(Staatssekretär Prof. Dr. Deufel)

gen aus anderen Grundschulen werden vorgenommen, sind jedoch aufgrund der Personalsituation insgesamt nur eingeschränkt möglich. Die Personalsituation ist aufgrund der erwähnten Ausfälle durch Schwangerschaften, Mutterschutzfristen und durch Erkrankungen temporär angespannt, aber die Hortbetreuung ist an keiner Schule stark beeinträchtigt oder etwa gefährdet.

Zu Frage 3: Zum Schuljahr 2010/2011 sind folgende Einstellungen erfolgt: 12 Erzieher wurden mit einem Stellenumfang von 50 Prozent entfristet, 10 weitere Erzieher wurden mit einem Stellenumfang von 50 Prozent im Laufe des Schuljahres unbefristet eingestellt. Drei Erzieher wurden mit einem Stellenumfang von 50 Prozent im Laufe des Schuljahres befristet eingestellt. Zwei Erzieher wurden als Erziehungsurlaubsvertretung mit einem Stellenumfang von 50 und 80 Prozent eingestellt und vier Erzieherinnen, die zuvor Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach SGB II bezogen, erhielten nach Einzelfallprüfung eine Erhöhung des Stellenumfangs, insgesamt 52,5 Prozent. Welche Möglichkeiten es für das neue Schuljahr gibt, lässt sich derzeit noch nicht verbindlich sagen. Die Vorbereitungen des neuen Schuljahres einschließlich der Stellenzuweisungen sind noch nicht abgeschlossen.

Zu Frage 4: Die planerische Absicherung der Hortbetreuung ist und wird durch die Landesregierung weiterhin gewährleistet. Ein erhöhter krankheitsbedingter Ausfall kann jedoch nicht vorhergesehen werden. Ich kann jedoch versichern, dass die Schulleitungen und Erzieherinnen und Erzieher, mitunter auch Lehrerinnen und Lehrer, fachlich versiert und flexibel versuchen, den von Eltern geforderten zeitlichen Betreuungsbedarf möglichst umfangreich abzudecken und insofern zeitlich befristete Engpässe auch zu überbrücken. Danke schön.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Sojka, DIE LINKE:

Bereits genau vor einem Jahr in der Sitzung im März 2010 gab es Anlass zur Besorgnis. 300 Personalstunden fehlten und der OB schrieb einen Brief an das Ministerium - wie gesagt vor einem Jahr -, der letzte Antwortsatz des Ministers lautete damals wie folgt, ich zitiere: „Abschließend darf ich Ihnen versichern, dass die staatlichen Grundschulhorte in der Otto-Dix-Stadt Gera nicht mit einem Bedarf von 300 Stunden in das neue Schuljahr eintreten werden.“ Wie würden Sie denn einen heutigen Brief mit dem letzten Satz beenden wollen?

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Frau Abgeordnete Sojka, es steht mir nicht zu, derartige Briefe hier zu bewerten. Ich denke, ich habe Ihnen die aktuell darzustellende Situation mitgeteilt.

Abgeordnete Sojka, DIE LINKE:

Dann mache ich es einmal nicht sarkastisch. Wenn voriges Jahr 300 Fehlstunden waren und jetzt mehr als 300 Fehlstunden waren, dann muss es ja aktuell nicht nur an Schwangerschaften, die ja doch planbar sind, liegen, sondern da muss man ja irgendwie handeln. In dem Brief steht auch weiter, dass es geprüft wird vonseiten des Ministeriums, dass die Konditionen der Erzieher lukrativer gestaltet werden, um einer möglichen Abwanderung von Erziehern entgegenzuwirken. Ich kann aus Ihrer Antwort nicht erkennen, dass das Problem erfasst wird.

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Frau Sojka, ich nehme jetzt auch nicht zur Planbarkeit von Schwangerschaften Stellung. Ich stelle fest, dass der Ausfall hier durch die von mir genannten Gründe verursacht ist. Dass Sie in keinem mit Personal besetzten Bereich stets Vollbesetzung haben, halte ich für jeden plausibel, der jemals Personalführung gemacht hat. Die Verbesserung der Bedingungen habe ich Ihnen hier vorgetragen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch die Abgeordnete Jung.

Abgeordnete Jung, DIE LINKE:

Herr Staatssekretär, geben Sie mir recht, Sie haben ausgeführt, 15 bis 20 Kinder werden von einer Erzieherin betreut, wenn über acht VbE fehlen in der Stadt Gera, dass dann dieser Schlüssel in keinsten Form eingehalten werden kann. Durchschnittlich werden 20 bis 25 Kinder betreut, das ist schon ein Unterschied.

Prof. Dr. Deufel, Staatssekretär:

Derartige Zahlen habe ich Ihnen nicht vorgetragen, ich kann sie auch nicht bestätigen.

Vizepräsident Gentzel:

Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Danke, Herr Staatssekretär. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2471.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident.

(Abg. Kuschel)

Abwahl/Abberufung eines Verbandsvorsitzenden eines kommunalen Zweckverbands

In der Antwort des Thüringer Innenministeriums zur Kleinen Anfrage 1215 in Drucksache 5/2432 hat die Landesregierung dargestellt, dass es zur Frage der Abwahl/Abberufung eines Verbandsvorsitzenden eines kommunalen Zweckverbands weder eine ausdrückliche gesetzliche Regelung noch eine Entscheidung des Thüringer Oberverwaltungsgerichts gibt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen hat es die Landesregierung bisher unterlassen, dem Landtag eine gesetzliche Regelung zur Ausgestaltung des Verfahrens zur Abwahl/Abberufung eines Verbandsvorsitzenden eines kommunalen Zweckverbandes vorzuschlagen?
2. Unter welchen Voraussetzungen und nach welchen Verfahren kann in Thüringen ein Verbandsvorsitzender eines kommunalen Zweckverbandes abgewählt/abberufen werden?
3. Beabsichtigt die Landesregierung dem Landtag eine gesetzliche Regelung zur Ausgestaltung des Verfahrens zur Abwahl/Abberufung eines Verbandsvorsitzenden eines kommunalen Zweckverbandes vorzuschlagen und wie wird dies begründet?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Innenministerium, Herr Staatssekretär Rieder.

Rieder, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Soweit das Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit keine besonderen Vorschriften enthält, finden gemäß § 23 Abs. 1 dieses Gesetzes die für Gemeinden geltenden Bestimmungen der Thüringer Kommunalordnung entsprechende Anwendung. Damit ist mittelbar auch das Verfahren zur Abberufung eines Verbandsvorsitzenden eines kommunalen Zweckverbandes geregelt.

Zu Frage 2: Die Voraussetzungen im Einzelnen sind in § 32 Abs. 4 Satz 2 Thüringer Kommunalordnung geregelt. Danach kann ein Verbandsvorsitzender abberufen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Zu Frage 3: Nein. Zur Begründung verweise ich auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Herr Staatssekretär, Sie haben also formuliert, eine Abwahl wäre möglich, wenn ein gewichtiger Grund vorliegt.

Rieder, Staatssekretär:

Eine Abberufung.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Oder eine Abberufung, wenn ein gewichtiger Grund vorliegt. Die Frage ist darüber hinaus formuliert: Gelten die Regelungen der Kommunalordnung? Der Verbandsvorsitzende wird gewählt als politische Willensbildung. Wie begründet die Landesregierung, dass bei der Wahl oder Berufung die allgemeinen Grundsätze gelten, aber bei der Abwahl ein gewichtiger Grund vorliegen muss? Wie wird diese unterschiedliche Gewichtung begründet? Während zum Beispiel bei der Abwahl eines Bürgermeisters oder eines hauptamtlichen Beigeordneten in der Gemeinde ein derartiger gewichtiger Grund nicht vorliegen muss. Warum muss also beim Verbandsvorsitzenden ein gewichtiger Grund vorliegen?

Herr Präsident, darf ich gleich die zweite Frage stellen? Danke. Wer bestimmt denn, was ein gewichtiger Grund ist?

Rieder, Staatssekretär:

Zunächst die erste Frage, warum ein wichtiger Grund vorliegt, weil die gesetzlichen Regelungen das so vorsehen.

Zur zweiten Frage:

(Unruhe DIE LINKE)

Das ist geregelt in § 27 der Kommunalordnung, zum Beispiel wenn ein Verbandsvorsitzender seine Pflichten gröblich verletzt.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Meyer.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ihre Antworten sind immer lustig.)

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Staatssekretär, zum Beispiel bei dem Thema gröbliche Verletzung der Pflichten, ist das an einen subjektiven oder einen objektiven Tatbestand gekoppelt?

Rieder, Staatssekretär:

Das ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, der in der Ausführung immer vom Einzelfall abhängt.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das heißt, es kann auch ein subjektiver Vertrauensverlust durch die Verbandsversammlung sein?

Rieder, Staatssekretär:

Nein, es ist ein unbestimmter Rechtsbegriff und es muss objektiv ein Pflichtenverstoß vorliegen. Es ist also keine subjektive Bewertung.

Vizepräsident Gentzel:

Damit ist das Fragekontingent erschöpft. Danke, Herr Staatssekretär.

Ich rufe auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Untermann von der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/2499.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Danke, Herr Präsident.

Umstufung von Landesstraßen

Die Osterländer Volkszeitung vom 24. März 2011 berichtete in einem Artikel über die Pläne des Thüringer Ministeriums für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, ab dem Jahr 2012 mehr als 600 km Landesstraßen abzustufen. Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Landesstraßen beabsichtigt die Landesregierung ab dem Jahr 2012 abzustufen?
2. Welche Kriterien und Datenerhebungen werden bei der Bewertung der Verkehrsbedeutung herangezogen, die eine Abstufung rechtfertigen?
3. Welche Einsparungen erwartet die Landesregierung bei der Abstufung von 600 km Landesstraße und welche finanziellen Unterstützungen sind für die betroffenen Kommunen und Landkreise vorgesehen?
4. Wie gestaltet sich der Beteiligungsprozess? Welche Entscheidungsträger werden einbezogen?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Frau Staatssekretärin Dr. Eich-Born.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Untermann beantworte ich für

die Thüringer Landesregierung wie folgt: Gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen. Nach den Übergangsbestimmungen in § 52 Abs. 1 Thüringer Straßengesetz galten mit dessen Inkrafttreten 1993 alle bisherigen Bezirksstraßen, also alle Landstraßen erster Ordnung und Landstraßen zweiter Ordnung vorläufig als Landesstraßen. Gerade bei den früheren Landesstraßen zweiter Ordnung handelt es sich regelmäßig nur um Kreisstraßen. In Thüringen enthält § 52 Abs. 1 Thüringer Straßengesetz für alle früheren Bezirksstraßen den gesetzlichen Auftrag, dass eine endgültige Regelung noch erfolgen muss. Das heißt, dass diese Straßen entsprechend ihrer tatsächlichen Verkehrsbedeutung noch umzustufen sind. Gemäß § 7 Abs. 2 Satz 2 Thüringer Straßengesetz ist eine Straße umzustufen, wenn sie nicht in die ihrer Verkehrsbedeutung entsprechende Straßenklasse eingeordnet ist.

Zu Frage 1: Zur Umsetzung des gesetzlichen Auftrags, alle Landesstraßen entsprechend ihrer tatsächlichen Verkehrsbedeutung einzustufen, wurde in den Jahren 2000 und 2001 ein Konzept des zukünftigen Landesstraßennetzes entwickelt, aus dem das Umstufungskonzept „Landesstraßen 2020“ abgeleitet wurde. Von den dort ursprünglich vorgesehenen rund 1.800 km an abzustufenden Straßen wurden bisher rund 1.150 km zu Kreis- oder Gemeindestraßen abgestuft. Auf der Grundlage des Umstufungskonzepts erfolgt derzeit eine Prüfung der Verkehrsbedeutung im jeweiligen Einzelfall. Die Prüfung, welche Landesstraßen ab dem Jahr 2012 abzustufen sind, ist derzeit noch nicht abgeschlossen.

Zu Frage 2: Bei der Bewertung der Verkehrsbedeutung werden die in § 3 Thüringer Straßengesetz genannten Kriterien herangezogen. Diese Kriterien lassen sich grob wie folgt skizzieren: Landesstraßen dienen gemeinsam mit Bundesstraßen dem überregionalen Durchgangsverkehr. Kreisstraßen dienen dem Verkehr zwischen benachbarten Kreisen oder dem überörtlichen Verkehr innerhalb eines Kreises oder dem unentbehrlichen Anschluss von Gemeinden oder räumlich getrennten Ortsteilen an überörtliche Verkehrswege. Gemeindestraßen dienen dem Verkehr innerhalb des Gemeindegebiets oder dem nachbarlichen Verkehr zwischen Gemeinden oder dem weiteren Anschluss von Gemeinden oder räumlich getrennten Ortsteilen an das überörtliche Verkehrsnetz. Ob zur Ermittlung der tatsächlichen Verkehrsbedeutungen einer Straße Verkehrserhebungen durchzuführen sind, hängt von einer Prüfung im Einzelfall ab.

Zu Frage 3: Solange das Land Straßen, die an sich nicht die Verkehrsbedeutung von Landesstraßen haben, im Bestand hält, muss es für alle mit diesen Straßen verbundenen finanziellen Aufwendungen aufkommen. Hierbei handelt es sich um die Kosten, die für die Unterhaltung und Erhaltung dieser Straßen anfallen. Die Straßen werden in dem gesetzlich

(Staatssekretärin Dr. Eich-Born)

geforderten, ordnungsgemäß unterhaltenen Zustand abgestuft. Darüber hinaus beabsichtigt die Landesregierung, die Richtlinie des Freistaats Thüringen zur Förderung des Kommunalen Straßenbaus um einen weiteren Schwerpunkt zu erweitern, der sich gerade auf abgestufte Landesstraßen bezieht und einen erhöhten Fördersatz von bis zu 90 Prozent ermöglicht.

Zu Frage 4: Die Beteiligungsprozesse gestalten sich nach den gesetzlichen Vorgaben. Die künftigen Baulastträger der Straßen werden in die Entscheidungsfindung eingebunden. Die Umstufung wird gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 Thüringer Straßengesetz nach Anhörung der beteiligten Träger der Straßenbaulast von der obersten Straßenbaubehörde im Einvernehmen mit dem für kommunale Angelegenheiten und für Finanzen zuständigen Ministerium verfügt.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Eine Frage hätte ich noch. Sind diese 600 Kilometer irgendwie pauschal rausgenommen? Ich muss mir hier doch irgendwie eine Vorstellung machen, wo die herkommen, weil Sie sagten, Sie wissen jetzt nicht, welche Strecken das betrifft.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Es wäre zu umständlich, Ihnen an dieser Stelle zu sagen, welche Strecken überhaupt davon betroffen sind. Es sind insgesamt, um es exakt zu sagen, 640 Kilometer und dabei haben wir entsprechend der Verkehrsbedeutung durchaus eine Vorstellung, wie viele Kilometer an die Kreise zurückzugeben sind, das wären um die 490 Kilometer und an die Gemeinden ungefähr 128 Kilometer. Eventuell sind 20 Kilometer einzuziehen. Da der Prozess in Absprache mit den Kreisen bzw. mit den Gemeinden noch nicht abgeschlossen ist, kann ich Ihnen im Grunde auch keine Liste zur Verfügung stellen, weil das noch gar nicht feststeht.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Kuschel, ich würde aber bitten, bei der einen zu bleiben, weil Herr Bergner noch eine Frage hat. Das wäre dann die Vierte schon, weil es zwischendurch von den GRÜNEN schon eine gab. Also wir haben die Möglichkeit für zwei Nachfragen, die eine stellt der Abgeordnete Kuschel - wenn Sie verzichten, dann ist das in Ordnung - und die zweite geht an den Abgeordneten Bergner.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Frau Staatssekretärin, Sie hatten gesagt, dass die Landesstraßen jetzt in ordnungsgemäß unterhaltenem verkehrssicheren Zustand übergeben werden. Vorher wurden sie weitestgehend saniert übergeben und ich wollte fragen, wie groß die Spannweite zwischen beiden Begriffen ist und ob die 90-prozentige Förderung den Sanierungsgrad erreichen lässt? Ich glaube nicht.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Das ist ganz, ganz schwer pauschal zu beantworten. Ganz einfach, weil jede Straße wieder in einem anderen Zustand vorliegt. Wir werden sozusagen Verwaltungsvereinbarungen mit den jeweiligen neuen Baulastträgern schließen, wo wir auf der Basis der Analyse der Straße genau bestimmen, was unter die Förderrichtlinie fällt, was also zu fördern ist bzw. was vom Land vorab noch an Zusatzleistung erbracht werden muss.

Vizepräsident Gentzel:

Jetzt die avisierte Nachfrage des Abgeordneten Bergner.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Herr Präsident. Frau Staatssekretärin, in § 11 Abs. 4 Thüringer Straßengesetz ist formuliert: Der bisherige Träger der Straßenbaulast hat dem neuen Träger der Straßenbaulast dafür einzustehen, dass er die Straße in dem durch die Verkehrsbedeutung gebotenen Umfang ordnungsgemäß unterhalten und den notwendigen Grunderwerb durchgeführt hat. Meine Frage an Sie: Wie definieren Sie den gebotenen Umfang, ich sage mal, rechtssicher, streitsicher?

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Mir ist dieser Paragraph mit dem Absatz sehr wohl bekannt. Ich sage Ihnen auch, dass das ausgesprochen schwierig ist und deshalb finden auch Verhandlungen mit den jeweiligen neuen Baulastträgern statt, um hier eine Vereinbarung zu treffen. Also möglichst im Konsens.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Staatssekretärin. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Lukin von der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/2506.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe folgende Frage:

Überarbeitung des Betriebskonzepts für den Flughafen Erfurt-Weimar

(Abg. Dr. Lukin)

In seinem Jahresbericht 2009 mahnte der Thüringer Rechnungshof die Überarbeitung des Betriebskonzepts für den Erfurter Flughafen an. Im vergangenen Jahr erklärte der Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, dass die Vergabe und Erarbeitung des Konzepts auf das Jahr 2011 verschoben wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann und an wen wurde der Auftrag zur Er- oder Überarbeitung des Betriebskonzepts für den Flughafen Erfurt-Weimar erteilt und welche Zielvorgaben wurden dabei durch die Landesregierung vorgegeben?
2. Wann soll das neue Betriebskonzept für den Flughafen Erfurt-Weimar vorliegen, wann und wie erfolgt eine Auswertung und Diskussion?
3. Wie wird die zeitnahe Einbeziehung des neuen Betriebskonzepts in die Vorbereitung des Landeshaushalts 2012 gesichert?
4. Wie ist und wird der Flughafen Erfurt-Weimar in das Tourismuskonzept des Landes Thüringen eingebunden und welche konkreten Vorhaben sind bereits vereinbart?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Frau Staatssekretärin Dr. Eich-Born.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Lukin beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Der Auftrag zur Erarbeitung des Betriebskonzepts für die Flughafen Erfurt GmbH wurde noch nicht vergeben.

Zu Frage 2: Nach derzeitigem Stand ist geplant, dass das Betriebskonzept für die Flughafen Erfurt GmbH im Dezember 2011 vorliegt. Das Betriebskonzept soll in enger Abstimmung mit der Geschäftsführung der Flughafen Erfurt GmbH entwickelt werden. Die Ergebnisse des Betriebskonzepts werden ausgewertet und im Anschluss daran den Gremien der FEG vorgelegt.

Zu Frage 3: Da die Ergebnisse des Betriebskonzepts voraussichtlich erst im Dezember 2011 vorliegen werden, orientiert sich die Haushaltsanmeldung im Titel 682 71 für das Haushaltsjahr 2012 an der Mittelfristplanung der Flughafen Erfurt GmbH sowie deren Fortschreibung.

Zu Frage 4: Zwischen der Thüringer Tourismus GmbH, die mit der touristischen Vermarktung des Freistaats Thüringen beauftragt ist und der Flugha-

fen Erfurt GmbH besteht ein Kooperationsvertrag, der vorsieht, dass sich die Flughafen Erfurt GmbH an Marketingaktionen der Thüringer Tourismus GmbH beteiligt und dafür die Thüringer Tourismus GmbH die Möglichkeit erhält, eine Welcome Werbung am Flughafen zu installieren und in der Publikation „Flugplan“ eine Anzeige schaltet. Die Flughafen Erfurt GmbH beteiligt sich an der Präsentation Thüringens auf der internationalen Tourismusbörse und weist in allen Veröffentlichungen auf die Anreisemöglichkeiten über den Flughafen Erfurt-Weimar hin.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt einen Wunsch auf Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Frau Staatssekretärin, ich bin mir bewusst, dass zu Frage 4 nicht Sie die Ansprechpartnerin sind, sondern eigentlich der Wirtschaftsminister, da er ja festgestellt hatte, dass beispielsweise die Linie nach München dringend notwendig ist und auch weitergeführt werden sollte. Als Streitpunkt zu den eigentlichen Vorhaben von Minister Carius hätte ich eben gern gewusst, worin nun die besondere touristische Vermarktung durch das Wirtschaftsministerium und durch die Tourismuskonzeption besteht und welche Zielvorstellungen dort vorgegeben werden? Denn der Erfurter Flughafen braucht dringend - wenn er denn optimal gestaltet werden soll - eine touristisch weiterführende Vermarktung.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Die sehr wichtigen Zielvorgaben, die Sie hier ansprechen, die genau formuliert werden müssen, stehen zurzeit noch nicht fest. Ich darf dazu sagen, dass die Zuschlagserteilung mit der entsprechenden Formulierung der Zielvorgaben erst Anfang Juni feststeht.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Staatssekretärin. Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kowalleck von der Fraktion der CDU in der Drucksache 5/2507.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Abstufung einer Teilstrecke der Landesstraße Nr. 1100 im Raum Drognitz–Altenbeuthen

Mit Schreiben des Landesamts für Bau und Verkehr vom 29. März 2011 wurden die Anliegergemeinden Drognitz und Altenbeuthen im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt darüber informiert, dass eine Teilstrecke der Landesstraße Nr. 1100 zur Kreisstraße, Gemeindestraße bzw. zur sonstigen öffentlichen Stra-

(Abg. Kowalleck)

ße umgestuft werden soll. Der Straßenabschnitt befindet sich in unmittelbarer Umgebung des Thüringer Meeres (Hohenwarte- und Bleilochstausee), für dessen überregionale touristische Erschließung gegenwärtig eine kommunale Arbeitsgemeinschaft KAG "Thüringer Meer" gegründet werden soll. Die konzeptionelle Entwicklung sowie den Ausbau der Infrastruktur, mit Vorrang Straßen- und Brückenbau, rund um die Stauseen, hat sich auch der im Jahr 2010 gegründete Thüringer Meer e. V. zum Ziel gesetzt und mit zahlreichen Aktionen auf das Potenzial der Region aufmerksam gemacht. Die Thüringer Landesregierung hat mehrfach ihre Unterstützung bei der Umsetzung lokaler Aktivitäten zur touristischen Entwicklung der Region zugesichert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie begründet die Landesregierung die im Schreiben des Landesamts für Bau und Verkehr vom 29. März 2011 angekündigte Umstufung zum aktuellen Zeitpunkt?
2. Was wurde bei der im Schreiben des Landesamtes für Bau und Verkehr zitierten "Überprüfung der gegenwärtigen und zukünftigen Verkehrsbeziehungen im Territorium" untersucht und was wurde im Ergebnis festgestellt?
3. Wie wird der aktuelle Straßenzustand in diesem Abschnitt von der Landesregierung bewertet?
4. Welche finanziellen Verpflichtungen werden mit der Umstufung der Straßenabschnitte auf die betroffenen Gemeinden zukommen?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Frau Staatssekretärin Dr. Eich-Born.

Dr. Eich-Born, Staatssekretärin:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kowalleck beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt.

Zu Frage 1: Ich möchte zunächst klarstellen, dass die betroffenen Gemeinden nicht über bereits getroffene Entscheidungen informiert, sondern lediglich im Vorfeld angehört wurden. Landesstraßen bilden gemeinsam mit Bundesstraßen ein Verkehrsnetz, das dem überregionalen Durchgangsverkehr dient. Angesichts der durch die zerstörte Brücke zwischen Altenroth und Linkenmühle entstandenen Lücke hat die Landesstraße 1100 in der Vergangenheit nicht die Funktion und Verkehrsbedeutung einer Landesstraße gehabt, da der überregionale Durchgangsverkehr sie nicht nutzen kann. Nach § 7 Abs. 2 Satz 2 Thüringer Straßengesetz sind Straßen umzustufen, wenn sie nicht in die ihrer Ver-

kehrsbedeutung entsprechende Straßenklasse eingeordnet sind. Das ist keine Ermessensentscheidung, sondern gesetzliche Pflicht. In der Vergangenheit wurde zunächst davon abgesehen, die betroffenen Streckenabschnitte abzustufen, weil noch offen war, ob die zerstörte Brücke durch einen Neubau ersetzt werden kann und die Landesstraße 1100 so die Verkehrsfunktion einer Landesstraße wieder erhält. Im Ergebnis einer Machbarkeitsstudie hat sich jedoch herausgestellt, dass ein solcher Neubau als Landesstraße wirtschaftlich zurzeit nicht vertretbar ist. Somit kann die Landesstraße 1100 in diesem Bereich die Verkehrsfunktion einer Landesstraße zurzeit nicht erhalten und muss daher entsprechend ihrer derzeitigen tatsächlichen Verkehrsbedeutung abgestuft werden.

Zu Frage 2: Ausgangspunkt der angesprochenen Untersuchungen war zunächst die bei Frage 1 angesprochene nicht vorhandene Verkehrsfunktion der Strecke als Landesstraße. Es wurde dann untersucht, welche Verkehrsfunktion die einzelnen Streckenabschnitte tatsächlich haben, und zwar nicht nur die L 1100, sondern auch das gesamte Umfeld. Um in Drognitz eine Verbindung der Kreisstraße 170 mit der Landesstraße 2385 herzustellen, sollen in der Ortslage von Drognitz etwa 100 m zur Kreisstraße abgestuft werden. Daran anschließend, in der Ortslage von Drognitz bis zur Ortsdurchfahrtsgrenze soll die Landesstraße 1100 zur Gemeindestraße werden. Ab dieser Ortsdurchfahrtsgrenze in nördlicher Richtung bis zur Verbindung zu der aus Altenbeuthen kommenden Gemeindestraße ist vorgesehen, die Landesstraße 1100 zur sonstigen öffentlichen Straße in der Baulast der Gemeinden Drognitz und Altenbeuthen abzustufen. Diese für den Fahrzeugverkehr längst gesperrte Strecke hat keine Funktion mehr für den Fahrzeugverkehr. Sie kann allenfalls noch als Rad- und Wanderweg dienen. Der sich dann anschließende verbleibende nördliche Abschnitt soll zur Gemeindestraße in der Baulast der Gemeinde Altenbeuthen werden.

Zu Frage 3: Die für den Fahrzeugverkehr noch nutzbaren Straßen befinden sich in einem ihrer Verkehrsbedeutung entsprechenden ordnungsgemäß und erhaltenen Zustand. Bei dem für den Fahrzeugverkehr gesperrten Abschnitt wurde im Sommer 2010 die Instandsetzung geschädigter Stützwandbereiche und die Wiederherstellung der Absturzsicherung veranlasst. Mit diesen Maßnahmen wurde die Verkehrssicherheit dieses Streckenabschnitts wieder hergestellt. Damit ist diese Strecke zukünftig als Rad- und Wanderweg nutzbar.

Zu Frage 4: Nach Abstufung werden auf die betroffenen Gemeinden und auch den Landkreis die sich aus der Baulast ergebenden Aufgaben zukommen. Das betrifft insbesondere den Betriebsdienst; der ist

(Staatssekretärin Dr. Eich-Born)

in gewisser Weise schwer berechenbar, man hat da Schätzungswerte.

Vizepräsident Gentzel:

Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Danke, Frau Staatssekretärin. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Rothe-Beinlich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/2520.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**Aufhebung der Residenzpflicht**

Schleswig-Holstein hat für die im Land untergebrachten Asylbewerber die sogenannte Residenzpflicht aufgehoben. Das CDU/FDP-Kabinett beschloss dazu am 5. April eine Verordnung, nachdem alle Fraktionen einstimmig für den GRÜNEN-Antrag zur Abschaffung der Residenzpflicht für geduldete und gestattete Menschen in Schleswig-Holstein gestimmt hatten. Zur Aufhebung der Residenzpflicht äußerte sich der zuständige Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration Schleswig-Holsteins in einer Pressemitteilung wie folgt: "Mit breiter politischer und gesellschaftlicher Unterstützung schaffen wir eine Regelung, die einer immer mobiler werdenden Welt angemessen ist. Arbeitsplatzsuche, gesellschaftliche Teilhabe und auch Alltägliches erfordern die Beweglichkeit von Menschen, die wir im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen ..."

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zur o.g. Aussage des Integrationsministers Schleswig-Holsteins?
2. Ist aus Sicht der Landesregierung die Regelung Schleswig-Holsteins zur Aufhebung der Residenzpflicht auf den Freistaat Thüringen übertragbar und - wenn nein - welche maßgeblichen Gründe führen die Landesregierung zu dieser Auffassung?
3. Ist die Landesregierung mit den Vertretungen anderer Bundesländer, die die Residenzpflicht bereits gelockert bzw. aufgehoben haben - wie z.B. Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen -, im informationellen Austausch über die Folgen und Wirkungen der Aufhebung bzw. Lockerung der Residenzpflicht, wenn ja, welche Erkenntnisse hat die Landesregierung daraus gewonnen und wenn nein, wieso nicht?
4. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um das in Artikel 13 der UN-Menschenrechtscharta formulierte Recht auf Bewegungsfreiheit auch in Thüringen für alle hier lebenden Menschen einschließlich Asylbewerbern und Aufenthaltsgeduldete umzusetzen und welcher Zeitplan liegt dem zugrunde?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Innenministerium, Herr Staatssekretär Rieder.

Rieder, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Rothe-Beinlich beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Landesregierung sieht keine Veranlassung, die Aussagen des Ministers für Justiz, Gleichstellung und Integration des Landes Schleswig-Holstein zu bewerten.

Zu Frage 2: § 58 Abs. 6 Asylverfahrensgesetz gibt den Landesregierungen ein eigenständiges und von den Entscheidungen anderer Bundesländer unabhängiges Gestaltungsermessen.

Zu Frage 3: Die Landesregierung befindet sich in ständigem Kontakt mit den zuständigen Ressorts der anderen Bundesländer zu allen das Ausländerrecht betreffenden Fragen. Zu den Folgen und Wirkungen der Aufhebung der Residenzpflicht in den angesprochenen Bundesländern liegen allerdings keine Informationen vor.

Zu Frage 4: Das Recht auf Freizügigkeit gemäß Artikel 13 der UN-Menschenrechtscharta gilt nicht vorbehaltlos. Artikel 29 Nummer 2 der UN-Menschenrechtscharta lässt ausdrücklich Einschränkungen durch Gesetz aus Gründen der öffentlichen Ordnung zu. Dass dies in Deutschland in verfassungsgemäßer Weise geschehen ist, hat das Bundesverfassungsgericht bereits 1997 ausdrücklich bestätigt.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt den Wunsch auf Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, gehe ich nach Ihren Ausführungen richtig in der Annahme, dass Sie die Residenzpflicht für richtig und menschenwürdig halten?

Rieder, Staatssekretär:

Es gibt eine Koalitionsvereinbarung. In der Koalitionsvereinbarung haben sich beide Koalitionsparteien darauf verständigt, auf der Basis von § 58 Abs. 6 eine Rechtsverordnung zu erlassen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt den Wunsch auf Nachfrage durch die Abgeordnete Berninger.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Herr Rieder, bisher hat sich die Thüringer Landesregierung immer auf § 58 Abs. 6 zurückgezogen und gesagt, eine Ausweitung der Residenzpflicht in Thüringen auf das Gebiet des gesamten Freistaats sei nicht möglich, weil in § 58 ja geregelt sei, dass die Residenzpflicht auf das Gebiet mehrerer Ausländerbehörden ausweitbar sei, „mehrere“ heiße aber nicht alle. Wie sehen Sie das in Bezug auf die Verordnung in Schleswig-Holstein und auch auf die Verordnung, die am 15. März in Sachsen-Anhalt erlassen wurde, wo ja auch die Landesregierung aus CDU und SPD besteht?

Zweite Frage: In Bezug auf die Verordnung, die die Landesregierung Sachsen-Anhalt am 15. März erlassen hat, hat der Innenminister Hövelmann in der Pressemitteilung verlautbart: Diese pragmatische Regelung bedeute - ich zitiere - „eine Verwaltungsvereinfachung und -entlastung für viele Behörden und die Polizei und für die Durchführung des Asylverfahrens bot sie keine Vorteile“. Aus welchen Gründen hält die Thüringer Landesregierung an der Residenzpflicht bezogen auf die Bezirke der Ausländerbehörden fest?

Rieder, Staatssekretär:

Frau Abgeordnete Berninger, Sie haben § 58 Abs. 6 richtig zitiert. Es ist müßig, darüber zu sprechen, wie diese Vorschrift auszulegen ist, weil sie in Kürze geändert werden wird. Wahrscheinlich wird die Vorschrift schon innerhalb der nächsten 14 Tage so geändert, dass die Ermächtigung auch die Möglichkeit eröffnet, die Residenzpflicht auf das ganze Land auszudehnen. Zum anderen habe ich eben schon gesagt, dass die Landesregierung beabsichtigt, eine Rechtsverordnung zu erlassen. Es geht lediglich jetzt noch um Detailfragen und dazu ist, wie Sie wahrscheinlich wissen, die Meinungsbildung der Landesregierung noch nicht abgeschlossen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt noch die zweite Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Habe ich es eben richtig verstanden, dass Sie planen, die Residenzpflicht auf das ganze Land auszudehnen, so wie Sie das eben ausgeführt haben?

Rieder, Staatssekretär:

Ich habe nur beschrieben, welche Gesetzesänderung zurzeit im Gesetzgebungsverfahren ist. Dieses Gesetz zur Änderung des § 58 Abs. 6 hat den Bundestag meines Wissens passiert und müsste jetzt

am Freitag auf der Tagesordnung des Bundesrats stehen. Mit anderen Worten, ich habe lediglich die Novelle beschrieben, aber daraus keine Schlussfolgerung gezogen.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Schade, Sie hätten jetzt Applaus bekommen.)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Staatssekretär. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten König von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2521.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Mögliche Kriminalisierung des Landesjugendausschusses des DGB Thüringen

Laut einer Pressemitteilung der DGB-Jugend Thüringen drangen am 30. März 2011 mehrere Polizeibeamte auf das Gelände der Gewerkschaft ver.di in der Schillerstraße 44 in Erfurt vor und stellten von den anwesenden Mitgliedern des Landesjugendausschusses der DGB-Jugend Thüringen die Identität fest. Ebenso wurden die Kennzeichen aller Fahrzeuge, die sich auf dem Gewerkschaftsgelände zu diesem Zeitpunkt befanden, erfasst. Die Polizei habe versucht, in das auf dem Gelände befindliche Jugendbüro einzudringen, um Verdächtige zu suchen. Die Durchsuchung und die Identitätsfeststellungen sollen im Zusammenhang mit einer brennenden Mülltonne am Löberwallgraben gestanden haben. Die DGB-Jugend Thüringen protestierte auf das Entschiedenste gegen diese Kriminalisierung eines gewerkschaftlichen Gremiums.

Ich frage die Landesregierung:

1. Was war konkreter Anlass für die beschriebene polizeiliche Maßnahme gegen die auf dem Gelände der Gewerkschaft ver.di sich aufhaltenden Personen?
2. Von wie vielen Personen wurde die Identität aufgrund welchen konkreten Tatverdachts erfasst, verarbeitet und gespeichert?
3. Wie bewertet die Landesregierung die beschriebene polizeiliche Maßnahme vor dem Hintergrund der nach dem Polizeiaufgabengesetz notwendigerweise vorzuliegenden Voraussetzungen für einen Grundrechtseingriff und vor dem Hintergrund des § 4 PAG?
4. Welche Ermittlungsergebnisse liegen zwischenzeitlich vor und wurden angesichts dessen die erhobenen personenbezogenen Daten gelöscht?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Innenministerium, Herr Staatssekretär Rieder.

Rieder, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten König beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Am 30.03.2011 wurde der Polizei gegen 20.13 Uhr mitgeteilt, dass in Erfurt im Bereich der Löberstraße/Löberwallgraben eine Personengruppe von etwa zehn Personen Mülltonnen umwirft bzw. anzündet. Nach Bestätigung dieses Sachverhalts - es wurde ein brennender Papiercontainer festgestellt - hat die Polizei eine Strafanzeige wegen Sachbeschädigung gemäß § 303 Strafgesetzbuch gefertigt und unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Aufklärung dieser Straftat ergriffen. Im Rahmen der sofort vor Ort durchgeführten Zeugenvernehmungen erklärte ein Zeuge, dass der Papiercontainer von einer Person angezündet worden sei, die aus einer Personengruppe heraus handelte. Nach Aussage von Zeugen waren die Personen dunkel bekleidet und führten eine Fahne mit einer Antifa-Symbolik sowie einer mobilen Musikanlage mit sich. Die Personengruppe sei nach Entzünden des Müllcontainers in Richtung des Thomasparks gelaufen. Eine entsprechende Absuche des Nahbereichs durch die eingesetzten Kräfte im Thomaspark verlief jedoch ergebnislos. Um 20.18 Uhr wurde von den eingesetzten Beamten vor der Einfahrt zu den Parkplätzen der Schillerstraße 44, der Rückfront des Gewerkschaftshauses ver.di, eine Personengruppierung von ca. 10 Personen festgestellt, auf welche die Personenbeschreibung passte. Ein zwischenzeitlich vor Ort erschienener Zeuge bestätigte, dass es sich um die Personengruppe handele, aus der heraus der Täter den Papiercontainer entzündete. Der Zeuge sagte jedoch auch aus, dass sich der Täter nunmehr nicht mehr in der Personengruppe befinde. Aus diesem Grund wurden die Personalien der anwesenden Personen festgestellt, um sie später als Zeugen zum Sachverhalt vernehmen zu können.

Zu Frage 2: Insgesamt wurden von 12 festgestellten Zeugen die Personendaten erhoben. Ferner wurden die Kennzeichen von zwei Fahrzeugen notiert, in die zwei weitere Zeugen vor Personalienfeststellung eingestiegen waren.

Zu Frage 3: Das Polizeiaufgabengesetz ist im vorliegenden Fall nicht einschlägig. Die polizeilichen Maßnahmen erfolgten im Rahmen der Strafverfolgung und nicht im Rahmen der polizeilichen Gefahrenabwehr. Insofern findet sich die Ermächtigung zum polizeilichen Handeln nicht im PAG, sondern in der Strafprozessordnung. Die Identitätsfeststellung erfolgte auf der Grundlage des § 163 b Abs. 2

Strafprozessordnung. Danach kann auch die Identität einer Person festgestellt werden, die einer Straftat nicht verdächtig ist, wenn und soweit dies zur Aufklärung der Straftat geboten ist. Die Maßnahme ist somit rechtlich nicht zu beanstanden. Eine der angetroffenen Personen, bei der es sich augenscheinlich um den Objektberechtigten handelte, stimmte einer Nachschau im Flachbau des Geländes zu und ermöglichte diese auch, so dass sich ein Rückgriff auf eine strafprozessuale Ermächtigungsgrundlage für die handelnden Polizeibeamten erübrigte.

Zu Frage 4: Das Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen und befindet sich weiterhin in polizeilicher Bearbeitung. Aus diesem Grund wurden die erhobenen Daten bisher nicht gelöscht.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Im Interview mit Radio F.R.E.I. erklärte der Pressesprecher der Polizei, dass er die Maßnahme als Nacheile einordne. Ich würde Sie bitten, mir das zu erklären, insbesondere vor dem Hintergrund Ihrer Antwort auf die Frage 3, dass es eine Zustimmung seitens einer verantwortlichen Person gegeben hätte.

Rieder, Staatssekretär:

Es gab eine Zustimmung. Das habe ich ja eben gesagt. Ansonsten ist eine Straftat geschehen - Verstoß gegen § 303 Strafgesetzbuch. Nachdem die Polizei darüber informiert wurde, hat sie Maßnahmen zur Strafverfolgung eingeleitet und hat diese Identitätsfeststellung durchgeführt, um im Rahmen einer Zeugenbefragung dann auch den Täter auffindig machen zu können.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Herr Staatssekretär, die Nachfrage: Ist bei der Erfassung der Personalien der Anwesenden vor Ort allen mitgeteilt worden, dass sie als Zeugen erfasst werden?

Rieder, Staatssekretär:

Aus dem Bericht der Polizei, der mir vorliegt, wurde die Maßnahme durchgeführt auf der Grundlage der Strafprozessordnung. Was vor Ort gesagt wurde, ist mir nicht bekannt.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke. Herr Staatssekretär, ist es Ihnen möglich im Nachgang herauszubekommen, ob vor Ort bei der Erfassung der Personalien den jeweiligen Personen mitgeteilt worden ist, weswegen sie aufgeschrieben worden sind und konkret als Zeugen befragt werden sollen? Können Sie das nachreichen?

Rieder, Staatssekretär:

Selbstverständlich.

Vizepräsident Gentzel:

Jetzt noch die zweite Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Ich konkretisiere jetzt meine Frage noch mal. Sie haben in Antwort auf Frage 3 erklärt, dass der Durchsuchung seitens eines Anwesenden zugestimmt wurde. Meine Nachfrage: Wieso erklärt dann der Pressesprecher der Polizei im Interview bei Radio F.R.E.I., dass die Maßnahme als Nacheile oder in Nacheile - der juristischen Einordnung

Nacheile, ich weiß nicht, ob Ihnen das was sagt - einzuordnen sei?

Rieder, Staatssekretär:

Die Äußerung des Pressesprechers, so wie Sie sie wiedergegeben haben, ist mir nicht bekannt. Ich habe den Sachverhalt ja geschildert. Es handelt sich meines Erachtens nicht um eine Nacheile.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Staatssekretär. Wir haben um 17.51 Uhr mit der Fragestunde begonnen, das heißt, die Stunde ist abgearbeitet. Deshalb schließe ich diesen Tagesordnungspunkt und schließe die 51. Plenarsitzung.

Ich weise gern noch auf den parlamentarischen Abend des Initiativkreises „Das Erdgasfahrzeug“ hin, welcher jetzt im Anschluss stattfindet. Ansonsten sehen wir uns wieder zur 52. Plenarsitzung, morgen, 9.00 Uhr, gleiche Stelle, gleiche Welle.

Ende: 18.58 Uhr